

## Sonderausgabe

Christof Wolf & Christina Eder (Hrsg.)

### Wählerverhalten und Parteiensystem im Wandel – 40 Jahre Politbarometer

#### Inhalt

<i>Matthias Jung</i> 40 Jahre Politbarometer. Ein Rückblick aus der Praxis	3
<i>Tassilo Heinrich &amp; Ann-Kathrin Reintl</i> The Christian Democratic and the Christian Social Union – Party and Voter Shifts during the Chancellorship of Angela Merkel	6
<i>Pascal Siegers &amp; Christina Eder</i> Entgrenzung politisch-religiöser Milieus? Der Wandel religiöser Einflüsse auf die Parteipräferenz 1977 bis 2016 in Deutschland	13
<i>Franz Urban Pappi, Anna-Sophie Kurella &amp; Thomas Bräuning</i> Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013. Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten	20
<i>Markus Tausendpfund</i> Zufriedenheit mit der Demokratie. Ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016	29
<i>Helmut Klages</i> Parteiendemokratie im Umbruch? Eine explorative Untersuchung	35

# Editorial

Das Politbarometer, das im Jahr 1977 zum ersten Mal erhoben wurde, feierte 2017 seinen 40. Geburtstag. Wie keine andere Datenquelle, erlauben es die monatlichen Erhebungen des Politbarometers den politischen Wandel in Deutschland zu untersuchen. Wie haben sich politische Einstellungen und das politische Verhalten in Deutschland in den letzten 40 Jahren gewandelt? Welchen Veränderungen ist das Verhältnis zwischen Politik und Wählerschaft über die Zeit unterworfen? Welche Entwicklungen hat das deutsche Parteiensystem durchgemacht? Diese und ähnliche Fragen, die den Kern des politischen Systems betreffen, sind mit dem reichen Datenschatz der Politbarometer aus wissenschaftlicher Sicht in einzigartiger Weise bearbeitbar. Die Forschungsgruppe Wahlen und GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften veranstalteten daher anlässlich des Jubiläums ein Symposium an der Universität Mannheim, bei dem die Verbindung von Politbarometer und Wissenschaft und die Relevanz der Daten für die wissenschaftliche Forschung in acht Vorträgen und zwei Posterpräsentationen deutlich wurde. Die Beiträge, die den Inhalt dieser ISI Sonderausgabe ausmachen, zeigen zum einen die Bandbreite an Fragestellungen, die – gerade auch über die Zeit – mit dem Politbarometer bearbeitet werden können. Die Gruppe der Autorinnen und Autoren beweist zum anderen, dass das Politbarometer sowohl von etablierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als auch vom wissenschaftlichen Nachwuchs gem genutzt wird.

## Die Politbarometer bei GESIS

Die Politbarometer haben bei GESIS einen hohen Stellenwert. Auch wenn das Institut nicht direkt in die Erhebung der Daten eingebunden ist, so fließen dennoch seit Jahrzehnten Zeit und Energie in die detaillierte Aufbereitung und Dokumentation der Daten nach internationalen Standards. Aus den verschiedenen Befragungen eines Jahres wird zunächst eine sogenannte

Jahreskumulation erstellt, Informationen aus der Jahreskumulation werden dann in die Zeitreihe „partielle Kumulation“ (ZA2391) eingefügt. Im Rahmen des Symposiums wurde ein weiteres Produkt zum Politbarometer vorgestellt: die von Monika Langhans erstellt Gesamtkumulation des Politbarometers für die Jahre 1977-2016 (ZA5100). Dieser Datensatz enthält alle Fragen, die in diesem Zeitraum mindestens zwei Mal abgefragt wurden. Wie alle Datensätze wird auch dieser über den Datenbestandskatalog des Datenarchivs der GESIS für wissenschaftliche Zwecke kostenfrei bereitgestellt. Aktuell stehen 60 Politbarometerdatensätze für Forschung und Lehre bei GESIS zur Verfügung.

Die Bedeutung der Politbarometerdaten für die Wissenschaft lässt sich ganz konkret an zwei Zahlen belegen, den Datenbereitstellungen und den Publikationen. In den Jahren 2013-2017 haben 1.438 Nutzende die Politbarometer-Datensätze 5.784 Mal heruntergeladen<sup>1</sup>. Daraus entstanden 466 wissenschaftliche Publikationen<sup>2</sup>. Wir wissen ferner, dass die Daten in der akademischen Lehre eingesetzt und für studentische Qualifizierungsarbeiten verwendet werden.

## Inhalt

Die vorliegende Sonderausgabe des ISI umfasst fünf der beim Symposium gehaltenen Vorträge. Im Mai 2017 wurde über einen offenen Call for Papers um Einreichungen für das Symposium geworben, die erhaltenen Vorschläge wurden von den Veranstaltern nach einem internen Review-Verfahren ausgewählt. Allen Referentinnen und Referenten wurde die Möglichkeit der Veröffentlichung ihres Beitrags in dieser ISI angeboten.

Im ersten Beitrag stellt Matthias Jung (Forschungsgruppe Wahlen) die Geschichte des Politbarometers kurz dar und verdeutlicht die enge Verbindung zwischen dem Politbarometer und der Wissenschaft. Anschließend beschäftigen sich Tassilo Heinrich und Ann-

Kathrin Reinl (Universität Regensburg und GESIS) mit dem Wandel der CDU und den Wählerwanderungen unter der Kanzlerschaft Angela Merkels. Pascal Siegers und Christina Eder (beide GESIS) setzen sich mit Konfession, Kirchengang und Wählen auseinander und analysieren den Wandel religiöser Einflüsse auf die Parteipräferenzen 1977 bis 2016. Franz Urban Pappi, Anna-Sophie Kurella und Thomas Bräuninger (MZES bzw. Universität Mannheim) lenken den Blick auf die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten seit 1961 und stellen die Frage nach der Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten. Markus Tausendpfund (FernUniversität Hagen) untersucht die Zufriedenheit mit der Demokratie im Wandel der Zeit, bevor Helmut Klages (Universität Speyer) mit einem Beitrag über die Parteiendemokratie im Umbruch schließt.

Wir würden uns freuen, wenn diese Auswahl von Beiträgen Ihr Interesse auf das Politbarometer weckt und Sie zur Nutzung dieses einmaligen Datenschatzes in Forschung oder Lehre anregt. Informationen zum Inhalt der Daten und zu den Bezugsmöglichkeiten finden Sie unter <https://www.gesis.org/wahlen/politbarometer/>

- 1 *Jahresberichte des FDZ Wahlen 2013 – 2016, ergänzt um Zahlen für 2017.*
- 2 *Politbarometer-Bibliographie (GESIS Paper 2017|24), Zahlen für 2017 aktualisiert. Da die wenigsten Autoren ihrer formalen Verpflichtung zur Angabe von Publikationen, die auf der Basis von Daten des Politbarometers entstanden sind, nachkommt, wurden verschiedene Datenbanken durchsucht. Die Bibliographie erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit, wir gehen vielmehr von einem under-reporting des Forschungssoutrputs durch Dritte aus und freuen uns auf Hinweise auf Publikationen, die wir übersehen haben.*

Christof Wolf, GESIS  
christof.wolf@gesis.org

Christina Eder, GESIS  
christina.eder@gesis.org

# 40 Jahre Politbarometer

Ein Rückblick aus der Praxis

Anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Politbarometers haben GESIS und die Forschungsgruppe Wahlen ein Symposium zum Thema „Wahlverhalten und Parteiensystem im Wandel“ durchgeführt.<sup>1</sup> Diese Tagung hat in der Universität Mannheim im Ostflügel des Schlosses stattgefunden – ein für die Forschungsgruppe Wahlen sehr symbolträchtiger Ort. Denn in unmittelbarer Nähe wurden in früheren Jahren die Hochrechnungen an Wahlabenden gerechnet und anfangs ist die Forschungsgruppe von dort sogar auf Sendung gegangen.

Im März 1977 lief das erste Politbarometer als Umfrage „vom Stapel“, zunächst noch als Trockenübung ohne Ausstrahlung im ZDF. Am 29. April 1977 gab es dann die erste Ausgabe des Politbarometers im ZDF zu sehen, wenn auch versteckt kurz vor Sendeschluss.

40 Jahre ist nicht unbedingt der Anlass für ein ganz großes Jubiläum, aber Grund genug, auf die Entwicklung des Politbarometers in diesem Zeitraum einzugehen. Man könnte an dieser Stelle jetzt vielleicht erwarten, eine Menge Lustiges, Sonderbares oder Befremdliches aus diesen Jahrzehnten aneinanderzureihen. Dieser Versuchung soll hier widerstanden werden. Ich möchte stattdessen auf einige Punkte eingehen, die aus der Geschichte des Politbarometers einen Bezug zum Hier und Heute und auch für die nächsten Jahre haben.

## ZDF

Das Politbarometer ist vom damaligen Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen, Manfred Berger, Wolfgang Gibowski und Dieter Roth konzipiert und initiiert worden. Es ist, wie die Forschungsgruppe Wahlen insgesamt, untrennbar mit dem ZDF verbunden – und zwar nicht nur, weil das ZDF es

finanziert und es dort ein Millionenpublikum erreicht.

Wie sehr dies ein wechselseitiger Prozess war und immer noch ist, wird deutlich, wenn man die Entstehungsgeschichte des Politbarometers verfolgt, die Detlef Sprickmann dankenswerterweise in einem Beitrag<sup>2</sup> festgehalten hat. Da zeigt es sich nämlich, dass das Politbarometer nicht nur ein Glücksfall für die FGW gewesen ist, sondern auch für das ZDF.

Das spät gegründete ZDF hatte sich anfangs rein über die Unterhaltungsdimension positioniert und damit recht schnell etabliert. Um aber dauerhaft auf Augenhöhe mit der ARD zu kommen, musste das erfolgreiche Unterhaltungfernsehen ZDF durch sichtbare Formate zu einem Sender mit einem konkurrenzfähigen politischen Informationsangebot weiterentwickelt werden. Dabei spielte das Politbarometer als ein so in Deutschland völlig neues Programmangebot eine wesentliche Rolle. Es trägt bis heute als einschaltquotenstärkste politische Regelsendung des ZDF zu dessen politischem Informationsprofil entscheidend bei.

## Aktualität und Unabhängigkeit

Damit die trockene Präsentation von Zahlen und Grafiken im Medium Fernsehen überhaupt eine Chance hat, ein Millionenpublikum zu erreichen, muss es naturgemäß journalistisch aufgelockert sein. Sehr deutlich wurde diese Problematik der Quotenorientierung bei der vor einigen Jahren aus Gründen des Programmschemas notwendig gewordenen Integration des Politbarometers in den Zeitblock des *heute-journals*. Bei dieser Gelegenheit wurde die davor eigenständige 9-minütige Politbarometer-Sendung auf 6 Minuten gekürzt und unmittelbar nach dem Wetter ins Programm genommen.

Bettina Schausten erwarb sich bei dieser Änderung des Programmschemas dauerhafte Meriten weil sie in langen Auseinandersetzungen durchsetzen konnte, dass das Politbarometer trotzdem als eigenständiges Sendeformat im Programmschema erhalten blieb und eine garantierte Sendelänge von 6 Minuten festgeschrieben wurde. Nachdem sich in der Folgezeit herausgestellt hatte, dass das dann mehr oder minder dem *heute-journal* zugerechnete Politbarometer eben nicht zu dessen Quotenkiller wurde, war die Gefahr einer vollständigen Integration und Kannibalisierung allein nach dem Bedarf der *heute-journal*-Redakteure endgültig gebannt.

Wie diese richtungsweisende Entscheidung deutlich macht, steht das Politbarometer immer in einem Spannungsfeld zwischen journalistischer Aktualitätsanforderung und den über den Tag hinaus mit einem sozialwissenschaftlichen Instrumentarium zu beantwortenden Grundfragen von Politik und Gesellschaft.

Die Forschungsgruppe Wahlen hat diese Herausforderung immer sehr bewusst angenommen und dabei so manchem Druck in Richtung Trivialisierung und Schlagzeilenorientierung widerstanden. Wir haben immer sehr viel Wert darauf gelegt, die Seriosität des Politbarometers zu bewahren und deshalb lieber in Kauf genommen, manchmal auch ein bisschen „langweiliger“ zu sein als andere. Letztlich haben wir das ZDF im Zweifelsfalle immer überzeugen können, dass eine bewusste Seriosität auf Dauer mehr bringt, als eine kurzfristige, sensationell hohe Aufmerksamkeit.

Ganz wesentlich ist in diesem Zusammenhang dabei die alleinige Hoheit über die Formulierung des Fragebogens. Selbstverständlich tauschen wir uns mit dem ZDF über die zu behandelnden aktuellen Themen aus. Wie die Fragen

aber formuliert werden, haben dann alleine wir zu verantworten, ebenso wie den sehr großen Anteil von standardmäßig im Fragenprogramm enthaltenen Zeitreihenfragen.

Mit Sicherheit ist das sehr untypisch für die Beziehung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Es erfordert ein langjährig gewachsenes, stabiles Vertrauensverhältnis.

Das ist auch ein grundsätzlich anderer Ansatz als beim DeutschlandTrend der ARD, den Jörg Schönenborn als „journalistische Demoskopie“ charakterisiert hat.<sup>3</sup> Entsprechend formuliert dort dann ein beim WDR angesiedeltes Redaktions- und Autorenteam „aus dem journalistischen Alltag kommend“ die Thesen und Fragen des DeutschlandTrends.

## Transparenz

Ansehen und Reputation des Politbarometers resultieren auch aus seiner Transparenz, auf die die Forschungsgruppe Wahlen und das ZDF großen Wert legen. Das war gerade in den Anfängen sehr wichtig, als es galt, Skepsis und Misstrauen gegenüber diesem neuen Instrument abzubauen.

Damals wurden Tabellenbände automatisch und kostenlos von uns z.B. an Kurt Reumann bei der *FAZ*, Werner Harenberg vom *SPIEGEL* oder Gernot Sittner bei der *Süddeutschen* geschickt – ohne dass diese Medienpartner des ZDF oder der FGW waren. Es ging darum, sich des Rückhalts von sehr kompetenten Journalisten in Schlüsselmedien im Hinblick auf die Seriosität des Unterfangens und seiner Auswertung zu versichern.

Das Politbarometer ist bis heute die einzige der in den Medien veröffentlichten Umfragen, die sich an die seit Juli 1997 geltende gemeinsame Richtlinie der einschlägigen Landesorganisationen für Umfragen der Wahlforschung<sup>4</sup> hält und in jeder Publikation sowohl die politische Stimmung – also die Rohdaten nach Haushalts- und Repräsentativgewichtung – als auch die Projektion parallel dazu veröffentlicht, so dass jeder Rezipient den Einfluss des Instituts auf die veröffentlichten Daten der Sonntagsfrage mithilfe der Grundrechenarten nachvollziehen kann.

Zur Transparenz des Politbarometers gehört aber natürlich auch – und nicht unwesentlich – die kostenlose Bereitstellung der Datensätze über GESIS an Dritte – ohne dass dafür jeweils unsere Zustimmungserklärung notwendig wäre.

Wir haben jahrelang versucht, auf die anderen Institute einzuwirken, dies ebenfalls so zu handhaben. Bisher ist dem in vollem Umfang eigentlich nur FORSA nachgekommen, während die ARD mit einer abgespeckten Version<sup>5</sup> verhindert, dass man die politischen Stimmungswerte des DeutschlandTrends in den Datensätzen erkennen kann.

Gerade diese Transparenz des Politbarometers hat wesentlich zu seiner Erfolgsgeschichte beigetragen, was sich an der tausendfachen Nachnutzung der Datensätze bei GESIS ablesen lässt. Allein 2017 haben 358 Nutzer insgesamt 1.280 Datensätze der Forschungsgruppe Wahlen zum Zwecke der Sekundäranalyse bestellt und erhalten.

## Methoden

40 Jahre Politbarometer – das sind auch 40 Jahre methodische Weiterentwicklung des Instruments.

Anfangs war das Politbarometer eine face-to-face-Befragung mit all ihren unvermeidbaren Schwierigkeiten. Ein Problem war die fehlende Kontrolle der Interviewertätigkeit, ein anderes vor allem der lange Zeitbedarf zwischen Redaktionsschluss des Fragebogens und Publikation. Der face-to-face-Erhebung folgte 1988 die Umstellung auf telefonische Befragung, ab 1990 die Integration der neuen Bundesländer mit einem gemischten Ansatz von telefonischer Befragung im Westen und face-to-face-Befragung im Osten und schließlich die Einbeziehung von Umfrageergebnissen aus Mobilfunkstichproben und einem damit realisierten Dual-Frame-Ansatz Anfang 2017.

Mit Online-Befragungen haben wir übrigens schon sehr früh angefangen zu experimentieren und diese letztlich verworfen bis hin zur Liquidierung einer eigens dafür gegründeten GmbH. Grund dafür war die Erkenntnis, dass man mit Online-Umfragen niemals die methodischen Standards für repräsentative Befragungen im sozialwissenschaftli-

chen Bereich erfüllen können wird.

All diese methodischen Anpassungen hat die Forschungsgruppe Wahlen mit umfangreichen, parallel durchgeführten Studien und Experimenten begleitet. Es ging uns dabei nicht um die Adaption von Moden oder um Kostenfragen, sondern ausschließlich um die Verantwortung bestmöglicher Qualität, im Wesentlichen um die Sicherstellung von Repräsentativität.

## Repräsentativität

Und beim Thema Repräsentativität beobachten wir in der letzten Zeit eine bedenkliche Entwicklung. Heute wird von vielen in nicht vertretbarer Art und Weise „Schindluder“ mit dem Begriff der Repräsentativität getrieben, der meines Erachtens die gesamte Zunft sowohl der kommerziellen als auch der akademischen Meinungsforschung existenziell bedroht.

Als „Repräsentativ“ wird heute oft schon eine Umfrage bezeichnet, wenn die Randverteilung bei wenigen demographischen Variablen wie Alter, Geschlecht und bestenfalls Bildung mit den Sollwerten der amtlichen Statistik durch Gewichtung angeglichen worden ist. Woher die Rohdaten dann vorher gekommen sind, erscheint völlig egal.

Zwei Beispiele: Im April 2017 wurden die Ergebnisse der europaweiten Studie „generation what“ veröffentlicht. Dafür wurden über Monate hinweg 212.656 Interviews irgendwo eingesammelt. Jeder, der davon erfahren hat und interessiert war, konnte ungeprüft – zumeist online und auch problemlos mehrfach – Fragebögen ausfüllen. Im Abschlussbericht der Studie steht dann lapidar: „Um eine für die Altersgruppe repräsentative Stichprobe zu erlangen, wurde eine Randsummengewichtung durchgeführt“<sup>6</sup>. Fertig – das war alles. Kein Journalist hat dies bei der medienwirksamen Präsentation dieser Studie auch nur ansatzweise hinterfragt.

Beispiel Nr. 2: Seit mehr als einem Jahr überzieht Civey mit Hilfe von öffentlichen Wissenschaftsförderungsmitteln des Landes Berlin eine Unzahl diverser Medien mit Online-Befragungen. Es nehmen fast alle namhaften und weniger namhaften Medien mit ihren Online-Portalen teil. Immerhin bekom-

men sie dafür einen schön bunten und aktuellen, kostenlosen Content geliefert, der zudem noch mit einem Innovationsimage geadelt zu sein scheint.

Anfangs hat Civey die erfassten Ergebnisse sichtbar gemacht und die dabei zustande gekommenen Randverteilungen veröffentlicht. Nachdem aber offensichtlich wurde, wie systematisch AfD-nahe Kreise dieses Instrument zum „Pushen“ der AfD-Werte missbraucht haben, sind jetzt nur noch die Ergebnisse nach einer nicht nachvollziehbaren Gewichtungszusammenfassung sichtbar, die u.a. die AfD-Werte in realistische Größenordnungen drückt.

Wie absurd dieses Online-Befragungsmodell ist, kann man in einem Interview mit dem Geschäftsführer von Civey, Gerrit Richter, nachlesen, aus dem hervorgeht, dass ein durchschnittlicher Befragter von Civey pro Monat an 64 Umfragen teilnimmt<sup>7</sup>. Was solche Ergebnisse noch mit Repräsentativität zu tun haben sollen, bleibt mir verschlossen.

Selbstverständlich führt der seit vielen Jahren zu beobachtende Rückgang der Teilnahmebereitschaft bei Umfragen zu niedrigeren Ausschöpfungsquoten, weshalb die Realität im Feld nichts mit der Idylle der reinen Zufallsauswahl des Statistiklehrbuchs zu tun hat. Aber meines Erachtens ist es evident, dass eine zufällige Auswahl der verbliebenen für eine Befragung zugänglichen Elemente der Grundgesamtheit zu wesentlich besseren Ergebnissen führt, als den Zugang zur Teilnahme an Umfragen völlig unkontrolliert zuzulassen. Durch den Verzicht jedweder Auswahl der Befragten wird ja keine einzige Teilgruppe zusätzlich erreicht, die bei einer Zufallsauswahl unter den Befragungsbereiten nicht erreicht werden könnte.

Hier sind m.E. auch die Vertreter des akademischen Bereichs gefordert, ihre Stimme hörbar zu erheben. Denn eine von uns vorgetragene Kritik an diesen Praktiken wird häufig als „pro domo“ diskreditiert.

## Herrschaftswissen

Demoskopie wurde von Anfang an kritisch beäugt und oft als demokratiefeindlich gebrandmarkt. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik

**Tabelle 1** Glauben Sie, dass heute bei uns in der Bundesrepublik (2017: in Deutschland) im Großen und Ganzen die richtigen Leute in den führenden Stellungen (2017: Positionen) sind oder glauben Sie das nicht?

	1977	2017
Glaube ich	28%	46%
Glaube ich nicht	47%	44%
Weiß nicht / k.A.	24%	10%

Forschungsgruppe Wahlen:

Politbarometer April 1977 (n=993) und Oktober 2017 43.KW (n=1.325)

spielte dabei der Begriff von Demoskopie als „Herrschaftswissen“ eine große Rolle, der in der Regel Wilhelm Hennis zugeschrieben wird. Liest man seine Schrift „Meinungsforschung und Repräsentative Demokratie“ von 1957 jedoch noch einmal<sup>8</sup>, stellt man fest, dass dieser Aspekt dort nur eine marginale Rolle spielt. Hennis sieht in der Demoskopie vielmehr eine Bedrohung einer für die Demokratie notwendigen öffentlichen Meinung, der eine ganz andere Qualität zukomme als der bloßen Erfassung temporärer Stimmungen im Elektorat.

Es würde sich m.E. lohnen, darüber einmal neu nachzudenken, auch wenn ich befürchte, dass ein heutiger Politikstudent der dort aufgeworfenen Fragestellung mit völligem Unverständnis begegnen würde, von einer extrem egalitär ausgerichteten heutigen Öffentlichkeit ganz zu schweigen.

Die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik waren sicherlich dadurch gekennzeichnet, dass vor allem die Parteien und Regierungen einen exklusiven und zumeist geheimen Zugang zu Umfrageergebnissen hatten, weil sie die einzigen Auftraggeber davon waren. Sie konnten die dort gewonnenen Erkenntnisse für ihre Herrschaftsausübung nutzen.

Inzwischen haben die Medien die Meinungsforschung weitgehend in Besitz genommen. Das hat vielfältige Auswirkungen auch auf die Medienlandschaft und natürlich auf die Demoskopie selbst gehabt. Man kann fast sagen, dass diese in einer extrem schnelllebigen Zeit ein Stück Massenware geworden ist, die durch modernen Journalismus sogar versucht wird, noch weiter zu beschleunigen. Heute jagt eine Umfrage die andere, eine immer weniger differenzierte Wahrnehmung ist die Folge davon. Aber von einem

missbräuchlichen Vorteil der Regierenden durch Meinungsforschung bei der Herrschaftsausübung kann man wahrlich nicht mehr reden.

Unser erklärtes Ziel ist es immer gewesen, durch ein Minimum an Kompromissen diesen Inflationierungstendenzen zu begegnen und zu versuchen, das Politbarometer als einen Inbegriff an Seriosität zu erhalten. Das ist erleichtert worden, weil die dafür notwendigen Voraussetzungen schon sehr früh gelegt worden sind: Die Etablierung des Politbarometers war bereits abgeschlossen, bevor der „Tsunami der Massenware“ uns alle überschwemmt hat.

Im Rückblick glaube ich, dass wir uns auch angesichts großer Konkurrenz sehr gut behauptet haben. Wir werden jedoch Einiges investieren müssen, um diesen Standard auch in der Zukunft erhalten zu können.

## Lange Zeitreihen: der größte Schatz des Politbarometers

Für die Medien ist das Politbarometer primär Lieferant aktueller Daten. Für die Wahlforschung hingegen hat das Politbarometer einen unermesslichen Schatz an systematisch gepflegten langen Zeitreihen in den 40 Jahren seines Bestehens geschaffen, der immer wieder aufs Neue für die empirische Forschung mit unterschiedlichsten Fragestellungen herangezogen werden kann. Anhand eines Beispiels aus dem Politbarometer soll dies abschließend aufgezeigt werden, das m.E. paradigmatisch für den Anspruch dieses Instruments steht. Es zeigt, wie bei systematischer Pflege von Zeitreihendaten mit deren Hilfe auch aktualitätsgerechte Erkenntnisse präsentiert werden können.

Im Politbarometer von Ende Oktober

2017 hat die Forschungsgruppe Wahlen die „klassische“ Frage wieder gestellt, ob die Leute glauben, dass heute bei uns in Deutschland im Großen und Ganzen die richtigen Leute in den führenden Positionen sind. Diese Frage haben jetzt 46% bejaht, 44% verneint und 10% haben darauf keine Antwort gegeben. Die gleiche Frage war auch im ersten gesendeten Politbarometer vom April 1977 enthalten.

Damals, also zu einer Zeit, in der wir noch charismatische Politiker hatten, ein überschaubares Parteiensystem und in ihrer Autorität weniger stark bedrängte Eliten, fiel dennoch das Urteil ausgesprochen vernichtend aus. Lediglich 28% vertraten damals die Auffassung, dass in der Bundesrepublik die richtigen Leute in den führenden Positionen sind. 47%, also ähnlich viele wie heute, verneinten diese Frage. Allerdings sah sich damals fast jeder Vierte (24%) nicht in der Lage, die Frage zu beantworten.

Ein doch überraschendes Ergebnis angesichts der nicht nur in populistischen

Kreisen heute weit verbreiteten Elitenschelte auch außerhalb des politischen Bereichs.

- 1 Der Autor bedankt sich im Namen der Forschungsgruppe Wahlen bei GESIS namentlich Herrn Prof. Dr. Wolf und Frau Dr. Eder. Ohne deren Anregung zu dieser Veranstaltung und die Organisation wäre diese Tagung nicht zustande gekommen.
- 2 Sprickmann Kerkerinck, Detlef: Die „Erfindung“ des Politbarometers. In: Wüst, Andreas (Hg.): Politbarometer. Opladen 2003; S. 17ff.
- 3 Schönenborn, Jörg: Demoskopie in der beschleunigten Stimmungsdemokratie. In: Machnig, Matthias/Raschke, Joachim (Hg.): Wohin steuert Deutschland? Hamburg 2009, S. 311.
- 4 Richtlinie für die Veröffentlichung von Ergebnissen der Wahlforschung. Herausgegeben vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und dem Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V. (BVM). [www.adm-ev.de/Richtlinien/](http://www.adm-ev.de/Richtlinien/) (Download)

- 5 Die ARD bzw. infratest-dimap stellt offensichtlich nur diejenigen Interviews des DeutschlandTrend bei GESIS zur Verfügung, die aus der Festnetzstichprobe stammen. Dadurch fehlt ca. ein Drittel der Interviews, die in die Sonntagsfrage eingehen. Zudem wird eine fallweise Genehmigung für die Herausgabe der Datensätze verlangt.
- 6 <https://www.zdf.de/gesellschaft/generation-what/generation-what-abschlussbericht-100.html> abgerufen am 29.11.2017
- 7 Gerrit Richter im Interview mit Sabine Hedewig-Mohr <http://www.horizont.net/planung-analyse/nachrichten/Wahl--und-Meinungsforschung-Zeit-fuer-einen-fairen-Deal-mit-den-Teilnehmern-157818>, abgerufen am 29.11.2017.
- 8 Hennis, Wilhelm: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie. Tübingen 1957.

Matthias Jung

Vorstand Forschungsgruppe  
Wahlen e.V., Mannheim

[matthias.jung@forschungsgruppe.de](mailto:matthias.jung@forschungsgruppe.de)

doi: 10.15464/isi.60.2018.3-6

## The Christian Democratic and the Christian Social Union

### Party and Voter Shifts during the Chancellorship of Angela Merkel

The German party system is one of the most stable party systems in the European Union (Saalfeld 2002). Nevertheless, caused by external events, transition of voters, or other structural opportunities, political parties occasionally change their positioning in the party system and new parties emerge (Nestler and Rohgalf 2014; Niedermayer 2015; Poguntke 2014). In the years of Angela Merkel's chancellorship, the Christian Democratic and the Christian Social Union (CDU/CSU) gradually

shifted from a moderate right-wing position in the political system towards the center (Clemens 2013). Through this policy shift, the party aimed to attract voters located at the center of the political spectrum. However, those voters positioning themselves at the politically right margin and having given their voice to the Union in previous elections did not see their interests represented anymore (Decker 2017: 58-59). By moving the party to the left, the ideological distance to former voters located at the

moderate right grew. As a result, an unanswered electoral demand on the right side of the German political sphere occurred (Decker and Lewandowsky 2017: 33-43; Franzmann 2016).

This situation might have changed by the formation of the party Alternative for Germany (AfD) in 2013 (Nestler and Rohgalf 2014). At the beginning, the AfD primarily advocated economically right-wing positions closely linked to the European Financial Crisis (Niedermayer 2015; Niedermayer and Hofrich-

ter 2016; Schmitt-Beck 2014). However, from 2014 onwards the party's position on the social dimension has moved to the right too (Niedermayer and Hofrichter 2016).

The aim of this contribution is to reexamine the transition of the German Christian parties as well as vote switching of their former supporters to the AfD. For this, the research focus will be on swing voters from the CDU/CSU to the AfD. We assume that ex-CDU/CSU supporters located at the political right fringe intended to shift their vote to the more conservative AfD in the German federal election 2013.

## Part I: CDU/CSU's Transition Process under the Chancellorship of Angela Merkel

### CDU/CSU's Party Shift – Some Hypotheses

Referring to survey respondents of a study conducted by infratest dimap, the CDU/CSU has moved from a moderate right-wing party to the center of the German party system by the time Angela Merkel served as chancellor, where the party became a viable option at the ballot box for moderates and the conservatives on the left. As a consequence, a political vacuum between the Christian parties and the extreme right National Democratic Party (NPD) emerged (Niedermayer and Hofrichter 2016: 279). Subsequently our first research hypothesis reads as follows:

*H1: Under the chancellorship of Angela Merkel, the CDU/CSU shifted to the middle of the German party system which gave rise to a political vacuum.*

However, Debus and Müller in 2013 examined the programmatic shift of the German Christian Democrats in a timespan from 1990 to 2011 via election manifesto data and their models reveal that the CDU/CSU's federal association only moved to the left on the social dimension but remained economically conservative. Consequently, our second research hypothesis links to this finding:

*H2: Under the chancellorship of Angela Merkel, the CDU/CSU shifted to the middle of the German party system on the social dimension which gave rise to a political vacuum.*

Hence, it has been hypothesized that the Union parties' electoral success was due to the lack of a moderate competitor on the right range of the German party system over the years (Bale and Krouwel 2013). Until 2013, no party filled the vacant gap caused by the CDU/CSU's shift to the left. This situation supposedly changed with the formation of the AfD.

The AfD is located to the right of the CDU/CSU on the social dimension but the party's position is rather vague on the economic dimension (Jesse and Panreck 2017; Linhardt 2017). Moreover, the AfD often describes itself as the new conservative party in the German political sphere (Franzmann 2016: 462). Nevertheless, right after its formation the AfD mainly advocated issues closely linked to the European Financial Crisis (Niedermayer 2015; Niedermayer and Hofrichter 2016; Schmitt-Beck 2014).

Hence, we assume that for the 2013 federal election the AfD positioned itself at the economic right of the CDU/CSU while it shifted to the vacuum on the social dimension after 2014. Since Comparative Manifesto Project (CMP) data for the 2017 federal election are not accessible yet our analyses are restricted to the party's political localization in the time of the 2013 federal election (Volkens et al. 2017). These reflections lead to our third research hypothesis:

*H3: For the 2013 federal election, the AfD replaced the former positioning of the CDU/CSU on the economic dimension.*

To investigate policy shifts under Merkel (Clemens 2009) our period of study ranges from 1994, the last tenure under the chancellorship of Helmut Kohl as a benchmark, to 2016. In 1998, Angela Merkel became the party's general-secretary and in 2005 its candidate for chancellorship. Before we test our assumptions, we elaborate on how we derive policy positions out of manifesto data.

## Measuring Policy Positions and Policy Shifts Using Manifesto Data

The Comparative Manifesto Project (Volkens et al. 2017) contains information on election manifestos of parties for a wide ranging number of countries since 1945. With the information about a party's stance on standard policy preferences one is able to sort parties into party families and to place them into an ideological space or on the classic left-right axis. When trying to obtain a party's position on an ideological axis or in a multidimensional space, researchers are however confronted with numerous scales which differ in their constructions (e.g. Elff 2013; Franzmann and Kaiser 2006; König et al. 2017; Prosser 2014).

To calculate party positions on different policies we apply an approach proposed by Prosser (2014), which is unbiased by manifesto length and takes the saliency of policy preferences of parties into account. The dimensionality of the policy preferences is determined by sorting policy positions into left and right according to the classic RILE scale (Budge et al. 2001; Klingemann 2006 et al.), which works as a *super-issue* incorporating economic and social positions into a one dimensional left-right axis. Whereas the RILE scale makes use of all policy preferences, the approach applied here recommends to include policy preferences only if they meet a certain correlation threshold with all other preferences on the same side of the axis (Prosser 2014: 96). Otherwise, a policy preference is not confined either to a left or a right policy position.

While most researchers apply only one left-right axis, the works of Kitschelt (1995), Bornschier (2010) and Prosser (2016) contest the wideheld view of a one dimensional ideological space and therefore propose multidimensional policy spaces that are better suited to differentiate between party positions.

Again we follow Prosser (2014: 97) who constructed a two-dimensional space. The first dimension represents economic positions ranging from strong market regulation and massive wealth redistribution through welfare states on the left to unregulated free market

economies with little to no redistribution on the right. The second dimension represents a social left-right axis based on value orientations ranging from liberal to conservative or authoritarian positions. For higher comparability, each axis ranges from 1 left, to 10 right.

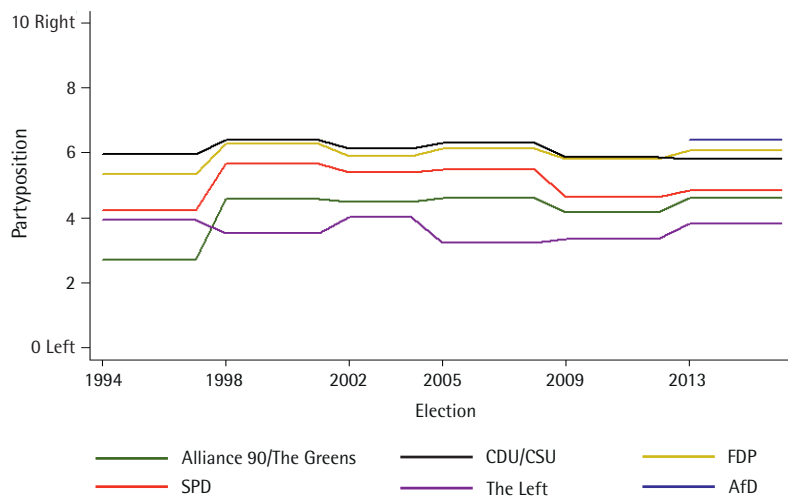
### The Programmatic Shift of the CDU/CSU and the Positioning of the AfD in the German Party Sphere – Results Based on Manifesto Data

Figure 1 shows how German parties moved over time on the general left-right axis between 1994 and 2013. Changes in party positions only occur in election years when new manifestos are released. Hence, for years without a general election the positions of the latest election year are used. CDU and CSU have to be analyzed together because they compete on a shared election manifesto in general elections. Over time the federal association does not move considerably, keeping a conservative right position. Although changes are small, we see how during Angela Merkel's tenure as chancellor the party is on a constant move to the center of the party spectrum confirming other studies. Especially after campaigning on a manifesto proposing strong market liberalism in 2005 and nearly losing the election, the party has started to hold more mainstream positions in subsequent elections.

The AfD positioned itself right of the CDU/CSU in 2013, the first time the party took part in a general election. Although the AfD holds a position furthest to the right, it could not be considered an extreme position due to relative closeness to the FDP and the CDU/CSU position. The centrist trend of the CDU/CSU might have turned the AfD into an appealing alternative for more conservative voters. However, the AfD is facing the well-established FDP as a contender for similar conservative positions.

Figure 2 plots the party positions of all relevant parties on the economic as well as the social left-right dimension as standard deviations. A position close to zero reflects a position close to the mean of the party sphere. This way we

Figure 1 Left-right placement of German parties 1994–2013



Dataset: Comparative Manifesto Project

can test whether the CDU/CSU held a central position in the party spectrum in 2013 trying to gain voters at the center and opening a void in the party spectrum to be filled by the AfD.

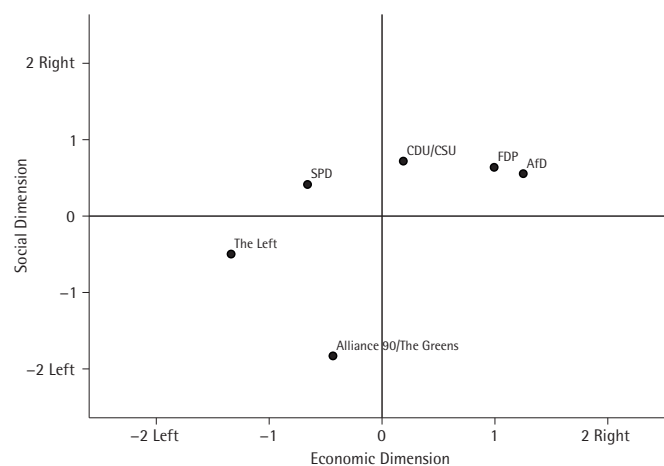
In 2013 the CDU/CSU is indeed in the center of the German party system. Its position is the result of a centrist economic position and rightmost position on the social dimension. The AfD in contrast is located at the right fringe of the economic dimension but poses no clear alternative on the social dimension. Again the party faces a strong competition from the FDP over the same ideological territory.

But did the CDU/CSU move within the two dimensional space leaving a void which could be filled by a party holding conservative views and there-

fore challenging the Union as the go-to-choice for conservative voters?

Figure 3 plots former positions of the CDU/CSU against the position of the AfD in 2013. After Helmut Kohl was defeated and Angela Merkel had taken over as general-secretary, the CDU/CSU became socially more conservative. However, during her tenure as chancellor the party moved considerably to the center beginning on social issues and later during the 2013 campaign on less conservative economic positions. Subsequently, the CDU/CSU indeed left a void in the party spectrum. In 2013 however the AfD did not hold any position the CDU/CSU ever held during Angela Merkel's tenure as party leader. Nevertheless, through the foundation of the AfD, a new conservative party in the

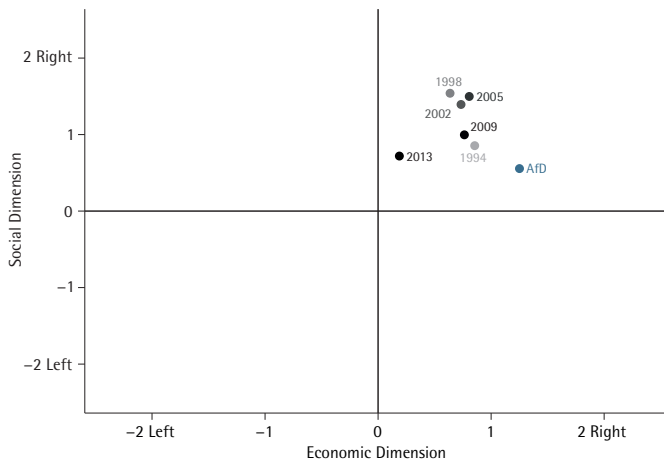
Figure 2 Two dimensional placement of German parties in 2013



Dataset: Comparative Manifesto Project



**Figure 3** Comparing the two-dimensional position of the CDU/CSU 1994–2013 to the AfD in 2013



Dataset: Comparative Manifesto Project

German party system emerged. Hence, although the AfD did not fill the mentioned gap arisen by CDU/CSU's shift, the party constituted a conservative alternative to former CDU/CSU voters.

Preliminarily, we can conclude that the CDU/CSU indeed moved to a more centrist position and left a void in the party spectrum to be filled by an economically and socially more conservative party. Thus hypotheses 1 and 2 are confirmed. However, as the AfD did not fill this void in 2013 hypothesis 3 has to be rejected.

## Part II: Shift of Votes from the CDU/CSU to the AfD

### Ideological Shift of CDU/CSU's Loyal and Swing Voters – Results Based on Survey Data

In addition to analyses on party positions, we also want to locate CDU/CSU as well as AfD voters on the general left-right dimension to isolate some major differences between these groups. Schwarzbözl and Fatke (2016) considered data provided by the GLES team to investigate the AfD's electorate. Their results demonstrate that AfD supporters place themselves at a position comparable to CDU/CSU proponents on the economic dimension. On the contrary, AfD voters take significantly different positions on the social dimension compared to all the other parties.

However, since *Politbarometer* data do not enable to distinguish between the social and the economic dimension, we can only portray voters' self-placements on the general left-right dimension. The advantages of *Politbarometer* data are twofold. On the one hand, for all the years of interest monthly data are available. This means that we have 45 survey points so far, which include the question if a respondent is willing to vote for the AfD in the upcoming election. On the other hand, all the survey waves under investigation include questions on the voting decision in the last election as well as self-placement on the political left-right axis.

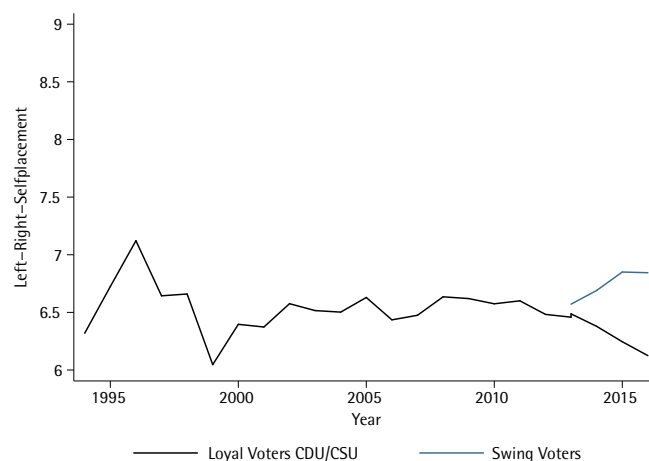
The following graph shows the localization of loyal CDU/CSU voters and of swing voters to the AfD on the general

left-right dimension. Loyal voters are defined as those respondents who voted for the CDU/CSU in the previous election and intend to vote for the party at the upcoming election. In contrast, swing voters are former CDU/CSU voters now intending to cast their ballot for the AfD.

Despite some comparatively small movements in the early and mid-nineties, the loyal voters of the CDU/CSU maintain a firm middle right position which consolidated under Angela Merkel's party leadership. However, during her second tenure as chancellor the loyal voter base started to move to a more moderate position. Turning to the swing voters, the story is not as clear cut. By 2013, swing voters are almost indistinguishable from the voter base of the CDU/CSU. But as time goes by, more and more former voters of the CDU/CSU which are ideologically more conservative want to cast their ballot for the AfD in the forthcoming election and thus the mean of the left-right self-placement of swing voters moves to the right. Hence, the loyal voter base and the swing voters represent two ideologically distinguishable groups.

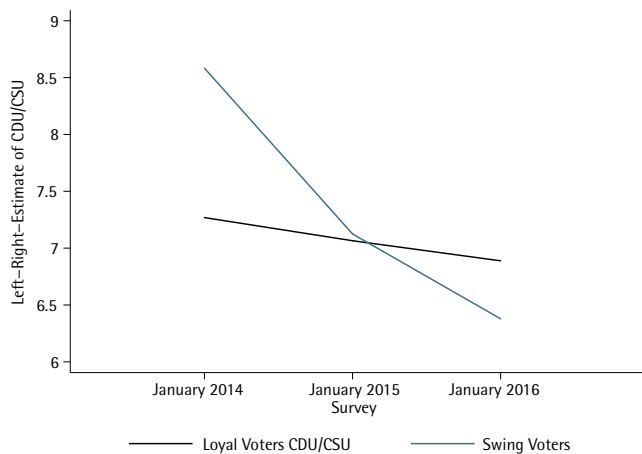
It remains an open question if the CDU/CSU is able to win back conservative voters in the future. But as Figure 5 shows, the party is perceived by both voter groups differently. The loyal voter base did not change its perception of the CDU/CSU considerably from 2014 to 2016. They located the CDU/CSU on a firm but not extreme conservative position. The swing voters however

**Figure 4** Left-right self-placement of loyal CDU/CSU voters and swing voters



Dataset: Politbarometer 1994–2016, own cumulation<sup>1</sup>

Figure 5 Voters estimation of left-right placement of the CDU/CSU



Dataset: Politbarometer, own cumulation 2014-2016<sup>2</sup>

perceived their former party choice on the conservative fringe in 2014. In contrast to that, in 2016 they see the party of Angela Merkel as even more liberal than the loyal voter base does.

In the next step we will test to what extent this modification in the German party system has affected voters' electoral behavior. Through CDU/CSU's shift to the left of the political spectrum, former CDU/CSU voters located at the right fringe might have abstained or drifted to more right-wing political groups (Clemens 2009: 135).

### Voter Shifts from the CDU/CSU to the AfD – A Hypothesis

Berbuir et al. (2015: 168) have shown that most AfD supporters in the 2013 general election had previously voted for the CDU/CSU in the election of 2009. Since our research focus is laid on vote switchers from the CDU/CSU to the AfD, the following explanations refer to this group of voters solely.

*Politbarometer* data are analyzed to trace back vote shifts of former CDU/CSU voters to the AfD. To this end, the focus will be on the era since the formation of the AfD in spring 2013.

After the CDU/CSU's movement to the center, some voters did not see their interests represented by the party anymore. Subsequently, we assume that through the shift of the CDU/CSU to the middle of the party spectrum the ideological distance to former CDU/CSU voters on the right fringe grew. As

a consequence, this growing distance might have moved some ex-CDU/CSU voters to cast their ballot for the AfD in the federal election 2013. Therefore, our research hypothesis on voter movements to the AfD is as follows:

*H4: The more right-wing former CDU/CSU voters positioned themselves on the general left-right dimension in comparison to the CDU/CSU, the more likely voters were to switch their vote to the AfD in the federal election 2013.*

### Voter Shifts from the CDU/CSU to the AfD – Results Based on Survey Data

#### Unit of Analysis

The aim of this work is to investigate the motivation of former CDU/CSU electors to shift their vote to the AfD. Subsequently, our analysis is restricted to *Politbarometer* interviewees who had given their voice to the CDU/CSU in the last federal election and intend to vote for either the CDU/CSU or the AfD. We use monthly surveys from March 2013, the first time vote intention for the AfD was included, until December 2016.

#### Method of Analysis

To analyze if the ideological distance between former CDU/CSU voters and the CDU/CSU affected the decision to vote for the AfD in the federal election 2013, diverse regression analyses are performed. At first, multilevel logistic

regression analyses are conducted and in the next step their results are verified by logistic regressions.

### Variables Used in the Regression Models

Our dependent variable in all statistical models is the voting intention. For this purpose a dummy variable was built. This dummy variable takes the value "1" if a respondent intends to vote for the AfD in the next federal election. On the contrary, it adopts "0" if the respondent once again plans to vote for the CDU/CSU.

Our independent variable of interest constitutes the ideological distance between former CDU/CSU voters and the CDU/CSU on the political left-right axis. This variable was measured via two different calculation formulas.

The first computation (c1) uses data provided by the CMP and the *Politbarometer*. Therefore, the *Politbarometer* variable asking for a respondent's left-right self-placement and CMP data on the position of the CDU/CSU on the left-right dimension are utilized. To position the CDU/CSU we apply a formula on CMP data developed by Prosser (2014). For computation of our distance variable, the position of the CDU/CSU is subtracted from the values of the respondents' left-right self-placements.

The second computation (c2) builds on *Politbarometer* data only. Instead of using data on objective party positioning, a variable asking for respondents' perception of political parties is deployed. Like in calculation one, the second computation subtracts the subjective position of the CDU/CSU from respondents' left-right self-placement.

In addition to our variables of interest, several control variables are included in our statistical models to check for their impact on the voting intention. To that end, variables that already proved their application in former research are added. Table 1 shows a list of all variables in our statistical models.

### Results

Table 2 depicts two regression models conducted to answer research hypothesis 4. On that account, Model 1 measures

Table 1 List of Variables

dependent variable	independent variable	control variables
vote switching 0 = CDU/CSU 1 = AfD	ideological distance of voters to the CDU/CSU on the general left-right axis	political interest, strength of party affiliation, personal economic situation, frequency of church attendance, sex, age, graduation, vocational training, place of residence (East/ West Germany)

the impact of the ideological distance on vote switching via a multilevel logistic regression analysis. Level one portrays *Politbarometer* survey respondents whereas level two constitutes the cross-sectional surveys included in our model. The distance variable in Model 1 is calculated according to our first computation formula (c1). The results show that all variables in the model, except education, significantly affect vote switching from the CDU/CSU to the AfD. Our variable measuring the ideological distance displays a highly significant positive effect on the dependent variable. This means that the more right former CDU/CSU voters positioned themselves to the CDU/CSU, the more likely voters intended to switch their vote to the AfD in the 2013 federal election. Hence, voters cast their vote for a party with a more similar ideological position. As a result and to refer back to research hypothesis 4, our assumption is confirmed through Model 1.

In contrast, Model 2 includes the second distance calculation (c2) and displays a logistic regression analysis. It was not possible to perform a multilevel model here as only three *Politbarometer* surveys since the establishment of the AfD in spring 2013 included the question on respondents' perception of political parties on the left-right axis. By comparing the results of the two models, one can conclude that the second model confirms the findings of the multilevel analysis. Hence, Model 2 can be seen as a robustness check for Model 1 as both our computations of ideological distance as well as the two types of regression analyses lead to quite similar regression results.

### Discussion

This article wants to shed some light on party and voter shifts of the Christian

Democratic and the Christian Social Party under the chancellorship of Angela Merkel. We show that the CDU/CSU did indeed move to the center of the German political sphere – which is a prevalent notion in research and public – but we challenge the assumption that the CDU/CSU simply turned left. By constructing a multidimensional policy space that incorporates economic and social policy positions separately, our analyses show that the CDU/CSU became more moderate in both dimensions under the chancellorship of Angela Merkel and positioned itself at the most centrist position in the German party sphere.

The political shift of the CDU/CSU indeed left a void in the German party sphere: no party held strong right or conservative positions on the economic and social dimension simultaneously. Even the AfD was not able to position itself as the true heir to the CDU/CSU of bygone days. In 2013, the AfD mostly campaigned on economic issues with a strong opposition to the fiscal policies of the coalition government stabilizing the European economy and thus was economically the party on the right extreme. However, the AfD was not able to pose a viable alternative on the social dimension in the 2013 federal election.

Furthermore, our analyses of data provided by the *Politbarometer* show that the shift of the CDU/CSU to the center of the party system had disenchanting effects on its voter base. Loyal and swing voters differ in their ideological self-placement as considerably as they do in their perception of the party's position. The difference of ideological self-placement and the party position as well as the perceived party position

Table 2 Regression analysis; standard errors in parenthesis

Vote switching	Model 1	Model 2
Distance respondent – CDU-CSU (different calculations M1 & M2)	0.213*** (0.031)	.264** (.116)
Political interest	0.728*** (0.070)	.772*** (.268)
Personal economic situation	-.485*** (.109)	.159 (.451)
Frequency of church attendance	-.135*** (.036)	.028 (.137)
Sex (Ref.: male)	-.808*** (.112)	-1.537*** (.505)
Age	-.064** (.025)	-.079 (.082)
Graduation	.034 (.050)	-.119 (.193)
Vocational training	.412*** (.138)	-.234 (.475)
Strength of party affiliation	-.773*** (.069)	-.840*** (.250)
Place of residence (East/ West Germany) (Ref.: West-G.)	.725*** (.103)	.908** (.375)
_cons	-2.124*** (.522)	.233 (-1.775)
N (individuals)	16,023	580
N (group)	45	
ICC	0.18	

p < 0.10, \* p < 0.05, \*\* p < 0.01, \*\*\*, Dataset: own cumulation<sup>3</sup>

of the CDU/CSU had modest but significant effects on voting intentions. If former CDU/CSU voters ideologically positioned themselves to the right of the CDU/CSU, the probability of voting for the AfD increased.

As a consequence, our insights reveal the CDU/CSU to be in a difficult position. If it moves further to the center it might lose more voters on the conservative side, especially if the AfD is able to distinguish itself as a party representing true conservative values. If it returns to the right in both dimensions, it can regain the conservative votes but might lose its dominant position. The future will show if and how the CDU/CSU reacts to the emerging opposition represented by the AfD. After publication of CMP and *Politbarometer* data for the 2017 general election, we will test our hypotheses again. We assume that the social dimension has played a bigger role for the voting intention after the European Migration Crisis.

## References

- Bale, Tim and André Krouwel (2013): Down but Not Out: A Comparison of Germany's CDU/CSU with Christian Democratic Parties in Austria, Belgium, Italy and the Netherlands. *German Politics* 22(1-2): 16-45.
- Berbair, Nicole, Lewandowsky, Marcel and Jasmin Siri (2015): The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? *German Politics* 24(2): 154-178.
- Bornschiefer, Simon (2010): The New Cultural Divide and the Two-Dimensional Political Space in Western Europe. *West European Politics* 33(3): 419-444.
- Budge, Ian, Klingemann, Hans-Dieter, Volkens, Andrea, Bara, Judith and Eric Tanenbaum (2001): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. New York: Oxford University Press.
- Clemens, Clayton M. (2009): Modernisation or Disorientation? Policy Change in Merkel's CDU. *German Politics* 18(2): 121-139.
- Clemens, Clayton M. (2013). Beyond Christian Democracy? Welfare State Politics and Policy in a Changing CDU. *German Politics* 22(1-2): 191-211.
- Debus, Marc and Jochen Müller (2013): The Programmatic Development of CDU and CSU since Reunification: Incentives and Constraints for Changing Policy Positions in the German Multi-Level System. *German Politics* 22(1-2): 151-171.
- Decker, Frank (2017): Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus im Parteiensystem der Bundesrepublik. In: C. Bieber, A. Blätte, KR. Korte, N. Switek (eds.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Studien der NRW School of Governance*. Wiesbaden; Springer VS: 55-61.
- Decker, Frank and Marcel Lewandowsky (2017): Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 64(1): 21-38.
- Elff, Martin (2013): A Dynamic State-Space Model of Coded Political Texts. *Political Analysis* 21(2): 217-232.
- Franzmann, Simon T. (2016): Calling the Ghost of Populism: The AfD's Strategic and Tactical Agendas until the EP Election 2014. *German Politics* 25(4): 457-479.
- Franzmann, Simon T. and André Kaiser (2006): Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data. *Party Politics* 12(2): 163-188.
- Kitschelt, Herbert (1995): *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor: The Michigan University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, Volkens, Andrea, Bara, Judith, Budge, Ian and Michael C. McDonald (2006): *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe 1990-2003*. New York: Oxford University Press.
- König, Thomas, Marbach, Moritz and Moritz Osnabrügge (2017): Left/Right or U? Estimating the Dimensionality of National Party Competition in Europe. *The Journal of Politics* 79(5): 1101-1105.
- Jesse, Eckhard and Isabelle-Christine Panreck (2017): Populismus und Extremismus Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD. *Zeitschrift für Politik* 64(1): 59-76.
- Linhart, Eric (2017): Politische Positionen der AfD auf Landesebene: Eine Analyse auf Basis von Wahl-O-Mat-Daten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48(1): 102 – 123.
- Nestler, Christian and Jan Rohgalf (2014): Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union – Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 61(4): 289-413.
- Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In: Oskar Niedermayer (ed.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS: 175-207.
- Niedermayer, Oskar and Jürgen Hofrichter (2016): Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2: 267-284.
- Poguntke, Thomas (2014): Towards a New Party System: The Vanishing Hold of the Catch-All Parties in Germany. *Party Politics* 20(6): 950-963.
- Prosser, Christopher (2014): Building Policy Scales from Manifesto Data: A Referential Content Validity Approach. *Electoral Studies* 35: 88-101.
- Prosser, Christopher (2016): Dimensionality, Ideology and Party Positions towards European Integration. *West European Politics* 39(4): 731-754.
- Saalfeld, Thomas (2002): The German Party System: Continuity and Change. *German Politics* 11(3): 99-130.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2014): Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1: 94-112.
- Schwarzbözl, Tobias and Matthias Fatke (2016): Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. *Politische Vierteljahresschrift* 57 (2): 276-299.
- Volkens, Andrea, Lehmann, Pola, Matthieß, Theres, Merz, Nicolas, Regel, Sven and Bernhard Weßels (2017): *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2017a*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- 1 ZA2559/doi:10.4232/1.2559;  
 ZA2546/ doi:10.4232/1.2546;  
 ZA2777/ doi:10.4232/1.2777;  
 ZA2765/ doi:10.4232/1.2765;  
 ZA2894/ doi:10.4232/1.2894;  
 ZA3045/ doi:10.4232/1.3045;  
 ZA3160/ doi:10.4232/1.3160;  
 ZA3261/ doi:10.4232/1.3261;  
 ZA3262/ doi:10.4232/1.3262; 2014-2016;  
 ZA3425/ doi:10.4232/1.3425;  
 ZA3426/ doi:10.4232/1.3426;  
 ZA3555/ doi:10.4232/1.3555;  
 ZA3554/ doi:10.4232/1.3554;  
 ZA3850/ doi:10.4232/1.3850;  
 ZA3849/ doi:10.4232/1.3849;  
 ZA4004/ doi:10.4232/1.4004;  
 ZA4003/ doi:10.4232/1.4003;  
 ZA4224/ doi:10.4232/1.4224;  
 ZA4223/ doi:10.4232/1.4223;  
 ZA4259/ doi:10.4232/1.12125;  
 ZA4258/ doi:10.4232/1.12124;  
 ZA4551/ doi:10.4232/1.4551;  
 ZA4550/ doi:10.4232/1.4550;  
 ZA4803/ doi:10.4232/1.4803;  
 ZA4802/ doi:10.4232/1.4802;  
 ZA5201/ doi:10.4232/1.12073;  
 ZA5200/ doi:10.4232/1.12072;  
 ZA5432/ doi:10.4232/1.11612;  
 ZA5431/ doi:10.4232/1.11611;  
 ZA5557/ doi:10.4232/1.12416;  
 ZA5556/ doi:10.4232/1.12415;

ZA5633/ doi:10.4232/1.11616;  
 ZA5632/ doi:10.4232/1.11615;  
 ZA5641/ doi:10.4232/1.11868;  
 ZA5677/ doi:10.4232/1.12171;  
 ZA5999/ doi:10.4232/1.12372;  
 ZA6700/ doi:10.4232/1.12649;  
 ZA6888/ doi:10.4232/1.12824

2 For this analysis our period of study is restricted to three surveys because res-

pondents are only tasked once a year to place the German parties on a left-right axis. The first time the AfD was included was in March 2014.

ZA5999/ doi:10.4232/1.12372;  
 ZA6700/ doi:10.4232/1.12649;  
 ZA6888/ doi:10.4232/1.12824

3 see Endnote 1

Ann-Kathrin Reinl  
 Ann-Kathrin.Reinl@gesis.org

Tassilo Heinrich  
 tassilo.heinrich@politik.uni-regensburg.de

doi: 10.15464/isi.60.2018.6-13

## Entgrenzung religiös-politischer Milieus?

Der Wandel religiöser Einflüsse auf die Parteipräferenz 1977 bis 2016 in Deutschland

Die Zeiten, in denen die katholische Kirche wie 1980 per Hirtenbrief zur Wahl von CDU/CSU aufrief, dürften in der Bundesrepublik größtenteils Vergangenheit sein. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland veröffentlicht schon lange keine Wahlempfehlung mehr und die Reichweite der Predigtworte schwindet durch die sinkenden Mitgliederzahlen der christlichen Kirchen und Gottesdienstbesucher. Als Folge dieses Säkularisierungstrends schließen manche Autoren auf einen Rückgang der Bedeutung religiöser Identitäten, religiösen Glaubens und der religiösen Praxis für politische Einstellungen und politisches Verhalten. Sie vermuten eine Angleichung der religiösen und nicht-religiösen Bevölkerung in politischen Fragen, also eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus. Religiös-politische Milieus zeichnen sich durch einen starken Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe und den politischen Einstellungen der Individuen aus. Zudem vertreten einzelne Parteien die religiösen Gruppen im politischen Prozess. Die Existenz dieser Milieus geht auf politische Konfliktlinien zwischen verschiedenen Konfessionen (wie zum Beispiel in den Niederlanden) oder zwischen religiösen und säkularen Gruppen (wie z.B. in den südeuropäischen Staaten) zurück.

Trotz allem bleiben religiöse Eigenschaften der Individuen wichtige Prädiktoren für politische Einstellungen und insbesondere das Wahlverhalten (Elff & Roßteutscher 2011). Für die Vereinigten Staaten konnte sogar eine Polarisierung zwischen religiöser und nicht-religiöser Bevölkerung nachgewiesen werden (Chaves 2011). Und auch wenn existierende empirische Studien keine Anzeichen für eine Polarisierung, sondern Hinweise für eine Entgrenzung in Deutschland finden konnten (Wolf & Roßteutscher 2013), stellt sich die Frage, ob eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus tatsächlich stattgefunden hat und ob dieser Trend weiterhin anhält.

Die Fragestellung an sich ist dabei nicht neu, hat aber in den letzten Jahren wieder an Relevanz gewonnen: die Pegida-Demonstrationen in Dresden und weiteren Städten, die explizit die Rettung des christlichen Abendlandes vor einer drohenden Islamisierung für sich beanspruchen, hoben das Thema prominent auf die politische Tagesordnung, insbesondere, weil die Kirchenmitgliederzahlen, wie weiter unten aufgeführt, im Osten der Republik vergleichsweise niedrig sind. Die AfD nahm sich des Themas ebenfalls an. Gleichzeitig sehen die beiden großen Kirchen sich selbst nach wie vor

als relevanter sozialer Akteur, der auch zur aktuellen Tagespolitik Stellung nimmt, insbesondere zu sozial- oder entwicklungspolitischen Themen oder der Flüchtlingskrise. Beispiele dafür sind auch die regelmäßigen Papstbesuche ranghoher Politiker flankiert von entsprechender Berichterstattung oder der Auftritt von Kanzlerin Merkel und dem ehemaligen US-Präsidenten Obama beim evangelischen Kirchentag.

In Deutschland konzentrieren sich die Studien zur Bedeutung der Religiosität für das Wahlverhalten vor allem auf die christdemokratischen Parteien (u.a. Arzheimer & Schoen 2007; Minkenberg 2010). Dabei wird meist der Einfluss religiöser Eigenschaften auf die Wahrscheinlichkeit der selbstberichteten Stimmabgabe für die christdemokratischen Parteien untersucht - es werden also in der Regel die Wähler der Christdemokraten mit den Wählern aller anderen Parteien verglichen. Die Referenzkategorie für die Regressionsanalysen ist dadurch sehr heterogen, umfasst sie doch genauso Anhänger linker und linksextremer Parteien wie liberaler und rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Parteien. Darin liegt dann auch eine Schwäche existierender Studien, weil Wähler sich nicht für oder gegen eine Partei entscheiden, sondern zwischen Alternativen wählen.

Es ist deshalb instruktiver, die Entscheidungen für Parteien paarweise zu vergleichen. Dieses Vorgehen wurde im vorliegenden Beitrag gewählt. Ein paarweiser Vergleich ermöglicht auch die Untersuchung der Effekte von Religion und Religiosität auf die Parteipräferenz, wenn Parteien verglichen werden, die sich im Parteiensystem relativ nahestehen, zum Beispiel die Sozialdemokraten und Grünen oder die Christdemokraten und die Freidemokraten.

Der Fragestellung liegt eine klare Langfristperspektive zugrunde, denn die interessierenden Mechanismen werden erst über die Zeit sichtbar. Mit der Gesamtkumulation der Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen, 2017) steht seit November 2017 erstmals eine Datenbasis zur Verfügung, die eine Bearbeitung dieser Frage für Ost- und Westdeutschland über die vergangenen 40 Jahre (Westdeutschland) beziehungsweise 15 Jahre (Ostdeutschland) erlaubt.

Unsere Ergebnisse weisen tatsächlich auf eine kontinuierliche und vermutlich auch noch anhaltende Entgrenzung der religiös-politischen Milieus hin. Allerdings ist das Bild differenzierter, da diese Effekte die Parteien in unterschiedlicher Weise betreffen und für Ost- und Westdeutschland getrennt betrachtet werden müssen.

## Religion und Parteipräferenz

Die Entstehung religiös-politischer Milieus geht in der Bundesrepublik, genauso wie in anderen europäischen Demokratien, auf die Bindung der christlichen – in Deutschland vornehmlich der katholischen Bevölkerung – an die christdemokratischen Parteien zurück. Die Gründung von CDU und CSU nach dem zweiten Weltkrieg, bewusst als überkonfessionelle Parteien, wirkte einer „Versäulung“ der protestantischen und katholischen Milieus, wie sie in den Niederlanden zu finden war, entgegen. Tatsächlich wurde in der Vergangenheit bereits gezeigt, dass im Hinblick auf das Wahlverhalten Unterschiede zwischen Protestanten und Katholiken geringer ausfallen als zwischen religiösen und nicht-religiösen Bürgern (Wolf 1996). Dennoch wurden in der Wahlforschung die konfessionellen Einflüsse auf die politischen Präferenzen nachgewiesen.

Die Bindung bestimmter konfessioneller Milieus an bestimmte politische Parteien lässt sich historisch rekonstruieren. In Westdeutschland konnten sich die CDU und die CSU auf die katholischen Kirchenmitglieder stützen, die zuvor die katholische Zentrumsparterie bzw. die Bayerische Volkspartei unterstützten hatten. Den Christdemokraten gelang es darüber hinaus, die Deutsche Volkspartei und die Protestanten außerhalb des ehemals preußischen Reiches einzubeziehen (von Alemann 2000). Innerhalb der Grenzen Preußens waren die konservativen Strömungen des protestantischen Bürgertums nur schwach organisiert, daher findet sich dort bei den Protestanten eine stärkere Präferenz für die Sozialdemokraten. Empirisch zeigte sich jedoch, dass bei ausgeprägter Kirchenbindung (d.h. regelmäßigem Kirchgang) Protestanten wie Katholiken gleichermaßen die christdemokratischen Parteien bevorzugten (Pappi & Brandenburg 2010). Mit dem kontinuierlichen Rückgang sowohl der Kirchenmitgliedschaft als auch der Kirchenbindung in Westdeutschland (Meulemann 2015) wurde die Vermutung geäußert, dass auch der Einfluss der Religion auf den politischen Prozess zurückgeht. Dieses Argument funktioniert auf zwei Ebenen: Zum einen nimmt die Zahl der kirchlich gebundenen Wähler ab und dadurch verlieren religiöse Milieus quantitativ an Bedeutung für den Ausgang von Wahlen. Zum anderen wird vermutet, dass der Einfluss der individuellen Religiosität auf politische Einstellungen und das Wahlverhalten zurückgeht. Es wird also eine Entkopplung von Religiosität und Parteipräferenz vermutet, die auch als Entgrenzung der politisch-religiösen Milieus gedeutet wird. Empirisch sollte sich dies darin zeigen, dass die Korrelationen zwischen religiösen Eigenschaften der Individuen und ihren politischen Einstellungen und Präferenzen nachlässt.

Allerdings ergibt sich aus dem Rückgang von Kirchenbindung und Religiosität nicht automatisch eine Entgrenzung der Milieus. Es ist durchaus plausibel anzunehmen, dass kirchengebundene Individuen ihre besonders ausgeprägte Bindung an die christdemokratischen Parteien behalten, auch wenn die Gruppe der Gläubigen schrumpft.

Auch schwindet die Affinität der Protestanten für die Sozialdemokraten nicht allein dadurch, dass die Zahl der Protestanten abnimmt. Vielmehr ist die (häufig implizite) Annahme, dass sich religiöse Milieus mit ihren konsistenten Weltanschauungen auflösen, d.h. dass sich die Säulen innerhalb derer sich die christlichen Milieus organisiert haben im Zuge der Säkularisierung auflösen und sich damit auch der strukturierende Effekt der Religiosität auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen abschwächt. Unterschiede zwischen Religiösen und Nicht-Religiösen – so die Annahme – verringern sich.

Allerdings finden sich auch in der Entwicklung des Parteiensystems Gründe, die eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus hervorrufen können. Die Leistung der christdemokratischen Parteien im Nachkriegsdeutschland bestand in der Integration der christlichen – insbesondere der katholischen – Bevölkerung in den demokratischen Prozess der Bundesrepublik. Für die christdemokratischen Parteien ist die Schrumpfung der religiösen Milieus problematisch, weil damit die traditionelle Wählerbasis erodiert. Nicht nur in Deutschland haben sich die Christdemokraten daher neu aufgestellt. Die enge Bindung an die christlichen Glaubenslehren wurden – zumindest partiell – durch abstrakte religiös-kulturelle Referenzen ersetzt, so sind beispielsweise christliche Werte an die Stelle des Glaubens an Gott getreten (Kalyvas & van Kersbergen 2010). Zudem waren die christdemokratischen Parteien weniger stark an politische Ideologien gebunden, als die Sozialdemokraten. Vielmehr hatten sie eine Rolle als Vermittler zwischen den Interessen der bürgerlichen Unternehmer und der christlichen Arbeiterschaft, die einher ging mit einem hohen Maß programmatischer Flexibilität bei der politisch-programmatischen Neuausrichtung im säkularisierten Deutschland (Frey 2009).

Die Veränderungen im Parteiensystem und die ideologische und programmatische Neuorientierung der christdemokratischen Parteien in Deutschland könnten folglich genauso zur Entgrenzung religiös-politischer Milieus beigetragen haben, wie der

Rückgang von Kirchenmitgliedschaft und Gottesdienstbesuch (Kalyvas & van Kersbergen 2010). Für die Niederlande konnte der Zusammenhang zwischen programmatischer Ausrichtung der Christdemokraten und den Präferenzen des kirchlich gebundenen Elektorates gezeigt werden (Jansen et al. 2012) und in gewissem Maße konnte ein Entgrenzungsprozess in Deutschland für verschiedene politische Einstellungsvariablen nachgewiesen werden (Wolf & Roßteutscher 2013). In der längsschnittlichen Perspektive erwarten wir daher einen Rückgang der Einflüsse von Kirchenmitgliedschaft und Kirchenbindung auf das Wahlverhalten und insbesondere auf die Präferenz für christdemokratische Parteien. Das bedeutet, dass wir im Zeitverlauf einen Rückgang der Effektstärken in den binär logistischen Regressionsmodellen zur Erklärung der Wahlabsicht/Parteipräferenz erwarten.

Das betrifft zunächst die Effekte der Kirchenbindung (d.h. des Gottesdienstbesuches) auf die Wahl von CDU/CSU anstelle der SPD und der Freien Demokraten (FDP). Wenn die Entgrenzungsthese richtig ist, sollten sich die Effekte abschwächen, weil sich die Elektorate der Parteien im Hinblick auf ihre religiöse Zusammensetzung angeglichen haben. Gleiches gilt auch für die Effekte einer katholischen und evangelischen Kirchenmitgliedschaft. Der positive Effekt der katholischen Kirchenmitgliedschaft als Ausdruck der Präferenz für die Christdemokraten sollte über die Zeit kleiner werden. Analog sollte auch der negative Effekt der evangelischen Kirchenmitgliedschaft, der im Modell, das die Wähler von Sozialdemokraten und Christdemokraten vergleicht, Ausdruck der Präferenz für die sozialdemokratische Partei ist, kleiner werden, d.h. näher an den Nullpunkt rücken. Die Erwartungen für die Konfessionsmitgliedschaft müssen ferner nach Ost- und Westdeutschland differenziert werden, denn in den neuen Bundesländern ist, anders als in den alten Bundesländern, die Bindung der evangelischen Kirchenmitglieder an die Christdemokraten sehr stark ausgeprägt. Wenn dort eine Entgrenzung stattfindet, dann analog zum Muster der Katholiken in Westdeutschland (d.h. eine Abschwächung positiver Effekte).

Neben einer Entgrenzung politisch-religiöser Milieus ist jedoch auch eine Verschiebung der religiösen Milieus denkbar. In einer vergleichenden Studie konnten Siegers et al. (2016) zeigen, dass mit der Zuwendung der christlichen Kirchen in Europa zu Themen des Umweltschutzes, interpretiert vor allem als Erhaltung der Schöpfung, kirchengebundene Wähler die grünen Parteien gegenüber den sozialdemokratischen Parteien bevorzugen. Die Öffnung der Kirchen für ökologische Themen könnte sich im Längsschnitt darin äußern, dass sich ein negativer Effekt der Kirchenbindung auf die Wahl der Grünen im Laufe der Zeit abschwächt oder sogar ins Positive umkehrt.

### Datengrundlage und Operationalisierung

Für die nachfolgenden Analysen wurde die Gesamtkumulation der Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen, 2017) verwendet. Die Grundgesamtheit der ungefähr monatlich durchgeführten Querschnittsbefragungen ist die deutsche Wahlbevölkerung. Seit 1988 werden die Befragungen telefonisch durchgeführt, zuvor wurden die Daten mittels persönlicher Befragungen erhoben. Der Datensatz enthält Informationen zu insgesamt 876.834 Befragten, davon 574.691 in Westdeutschland (seit 1977) und 301.925 in Ostdeutschland (seit 1990).

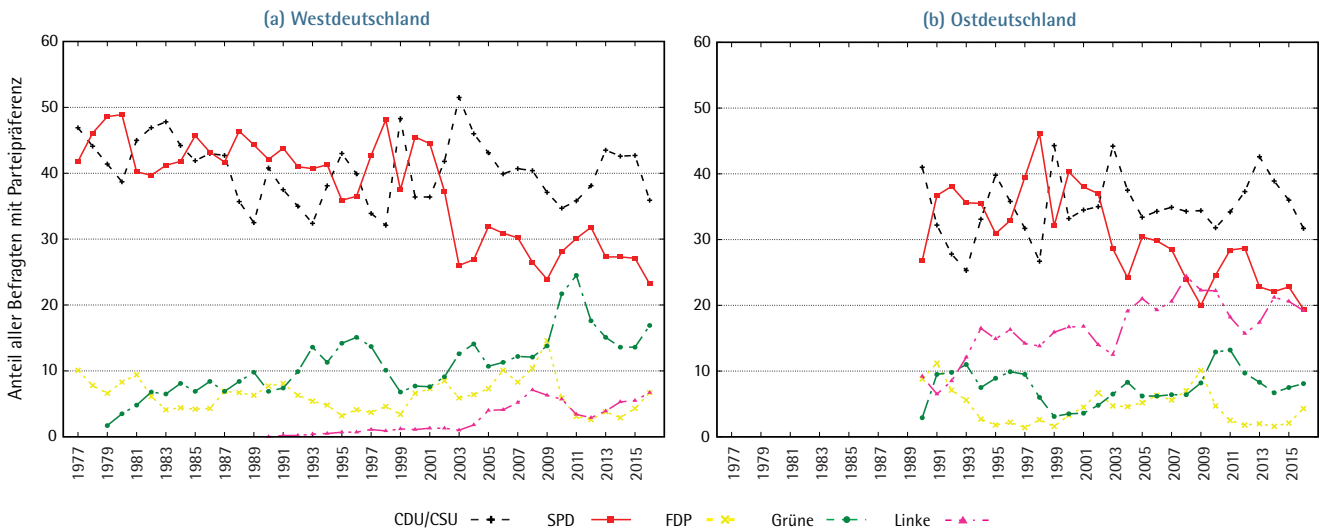
Die *abhängige Variable* unserer Modelle ist die Parteipräferenz, vorrangig gemessen durch die „Sonntagsfrage“, über die die Befragten angeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Die Auswertungen werden auf Parteien beschränkt, für die eine möglichst lange Zeitreihe existiert. Dabei werden – wie in der Wahlforschung üblich – CDU und CSU zu einer Partei zusammengefasst. Darüber hinaus wurden Wähler der SPD, der FDP, der Grünen und der Linken untersucht. Weil rechtsextreme Parteien wie die Republikaner oder die NPD nicht durchgängig auf ausreichende Anteile in den Befragungen kommen, lassen wir diese Parteienfamilie außen vor. Das Auftreten der Alternative für Deutschland (AfD) ist zu neu, um in eine sinnvolle

Trendanalyse einbezogen zu werden.

Für Ost- und Westdeutschland ergibt sich über die Zeit die in Grafik 1a und 1b dargestellte Entwicklung der Parteipräferenzen. Die Prozentuierung bezieht sich nur auf die Befragten in der Stichprobe, die eine Parteipräferenz angegeben haben. Nichtwähler oder Unentschlossene werden nicht berücksichtigt.

In beiden Graphiken sehen wir einen klaren Trend weg von den klassischen Volksparteien, der sich auch in den Ergebnissen der letzten Bundestagswahlen widerspiegelt. In den 1970er- und 1980er-Jahren ist das Wechselspiel der Macht zwischen den Unionsparteien einerseits und den Sozialdemokraten andererseits klar zu sehen, ab Anfang der 2000er-Jahre nimmt die Parteipräferenz für die SPD als Folge der Agendapolitik deutlich sichtbar ab. Seitdem konnten die Sozialdemokraten die Unionsparteien in der Wählergunst nicht mehr überholen. Auffällig ist auch die Verteilung für Bündnis'90/Die Grünen, die im Westen auch 2016 noch auf über 15% Zustimmung kommen. Im Osten spielen Grüne und FDP hingegen eine deutlich geringere Rolle, hier ist die Linke stärker. Die aus PDS und WASG hervorgegangene Partei kann wiederum erst seit 2014 im Westen über 5 Prozent erzielen.

Die zentralen *unabhängigen Variablen* sind Konfessionsmitgliedschaft und Kirchbindung, wobei letztere über die Häufigkeit der Teilnahme an Gottesdiensten erhoben wird. Beide Merkmale wurden im Politbarometer von Beginn an abgefragt. Die Grafiken 2a und 2b zeigen die Entwicklungen über die Zeit für West- und Ostdeutschland. In Westdeutschland sind die sinkenden Mitgliedszahlen in beiden großen Kirchen klar abzulesen, gleichzeitig steigt der Anteil der Konfessionslosen von unter 10% auf fast 30%. Im Osten ist der Anteil römisch-katholischer Kirchenmitglieder auf niedrigem Niveau stabil, die evangelische Kirche verliert in den Nachwendejahren zunächst Mitglieder, pendelt sich dann aber ebenfalls auf einem relativ stabilen Niveau ein und scheint in den vergangenen zwei bis drei Jahren wieder mehr Mitglieder zu verlieren. Die Kategorie „konfessionslos“ umfasst alle Befragten, die angeben,

**Grafik 1** Entwicklung der Parteipräferenz 1977 bis 2016 in Westdeutschland (a) und 1990 bis 2016 in Ostdeutschland (b)


Datenbasis: ZA5100, eigene Auswertungen; ungewichtet; N Westdeutschland=452.308; N Ostdeutschland=219.473

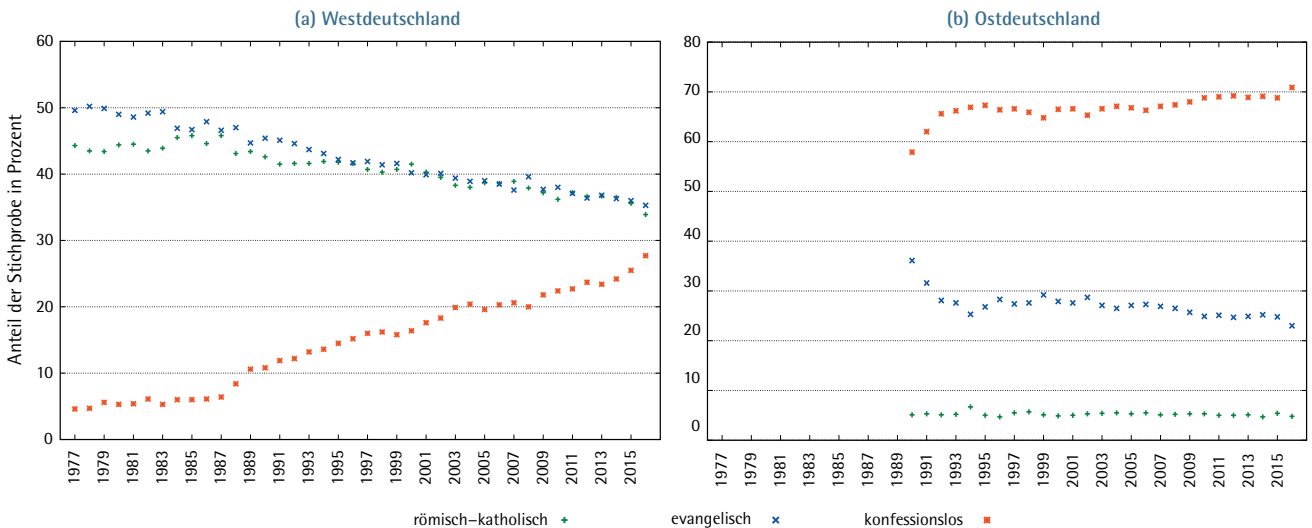
keiner Konfession anzugehören (34% des gesamten Samples über die Zeit). Die anderen Religionsgemeinschaften machen insgesamt nur etwa 2% des Samples aus und werden daher in den Analysen nicht berücksichtigt.

Weitere *Kontrollfaktoren* in unseren Modellen sind Alter, Geschlecht und Wohnortgröße, die jeweils sowohl mit Kirchenmitgliedschaft und Kirchenbindung als auch mit den Parteipräferenzen korreliert sind. Es wäre wünschenswert noch weitere Variablen in die Regressionsmodelle einzubeziehen, um möglichst unverzerrte Schätzer für die Regressionsgewichte zu erhalten. Insbesondere die Links-Rechts-Selbstein-

stufung ist ein wichtiger Prädiktor der Parteipräferenz und auch mit religiösen Variablen korreliert. Dieser Indikator ist aber nicht in allen Politbarometer-Jahrgängen enthalten und zudem hat sich das Format über die Jahre verändert, so dass diese Variable in den Regressionsmodellen nicht berücksichtigt wurde. Aufgrund fehlender Kontrollvariablen sind die berichteten Koeffizienten tendenziell überschätzt.

Wir verwenden binär-logistische Regressionsmodelle um jeweils die Anhänger zweier Parteien miteinander zu vergleichen, unsere abhängige Variable hat folglich jeweils zwei Ausprägungen: die uns interessierende

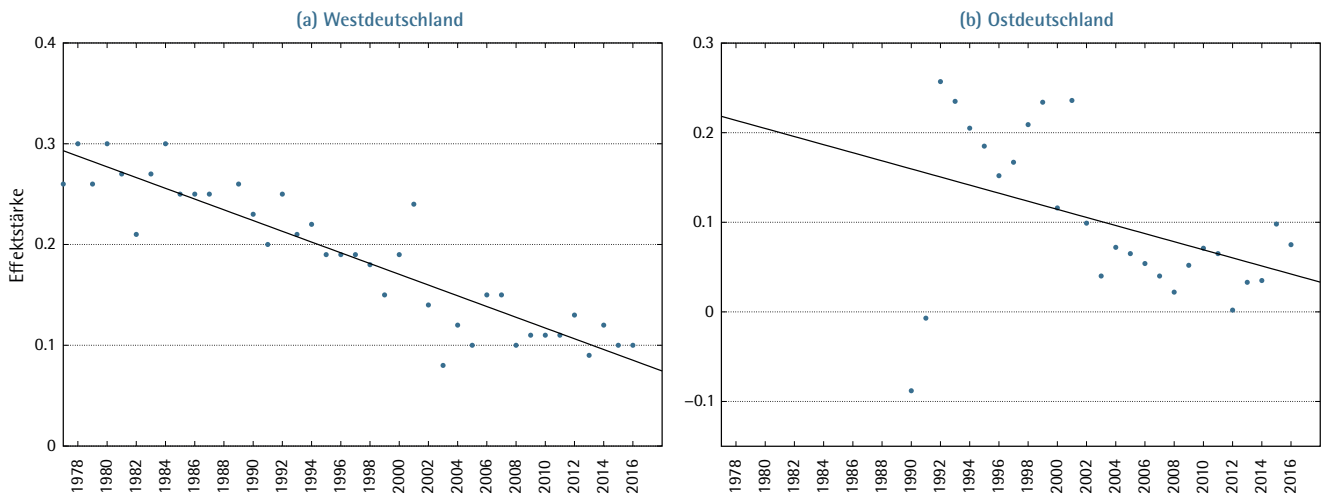
Partei (codiert mit dem Wert 1) und die Vergleichspartei (codiert mit dem Wert 0). Dieses Vorgehen stellt sicher, dass wir die Unterschiede zwischen den Parteilanhängern deutlicher herausarbeiten können als wenn wir – wie oben beschrieben – eine Partei allen anderen Parteien gegenüberstellten. Die Regressionen wurden jeweils für die jeweiligen Erhebungsjahre geschätzt. Die Ergebnisse werden im Längsschnitt für die Jahre 1977 bis 2016 dargestellt. Alle folgenden Auswertungen wurden für Ost- und Westdeutschland getrennt vorgenommen, weil sich sowohl die Parteiensysteme als auch die konfessionell-religiöse Zusammensetzung der

**Grafik 2** Entwicklung der Konfessionsmitgliedschaft 1977 bis 2016 in Westdeutschland (a) und 1990 bis 2016 in Ostdeutschland (b)


Datenbasis: ZA5100, eigene Auswertungen; ungewichtet; N Westdeutschland=571.943. N Ostdeutschland=300.342.



**Grafik 3** Effektstärken des Kirchgangs (abhängig: CDU/CSU=1 vs. SPD=0) von 1977 bis 2016 in Westdeutschland (a) und Ostdeutschland (b)



beiden Landesteile erheblich unterscheidet und deshalb auch Unterschiede in den Effekten erwartet werden können.

### Entgrenzung religiös-politischer Milieus?

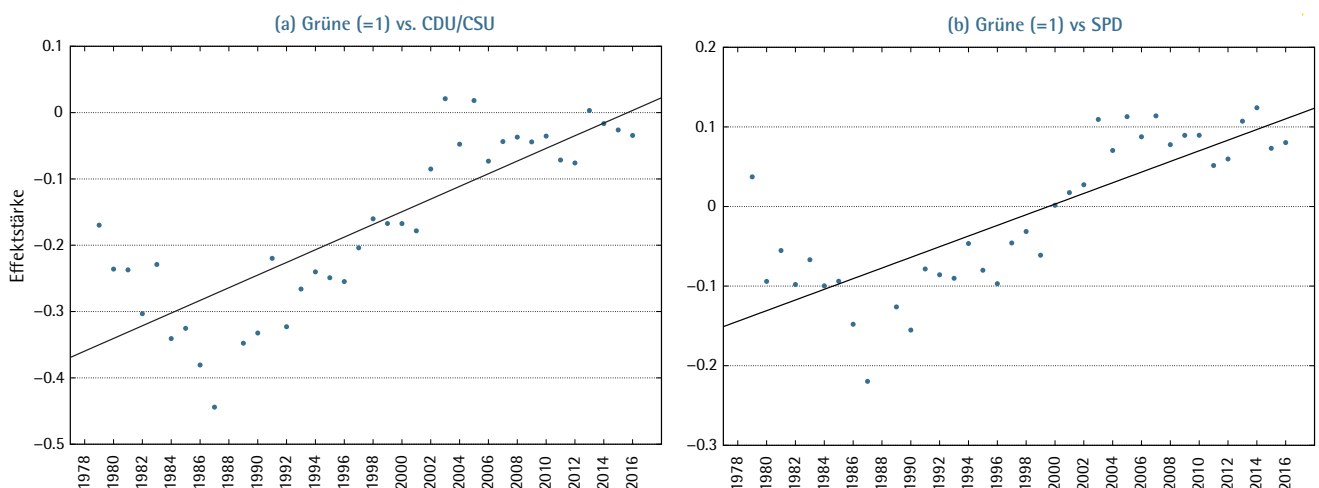
In einem ersten Schritt haben wir die Effekte der Kirchenbindung im Zeitverlauf untersucht. Die Grafiken 3a und b zeigen die Effektstärken des Kirchgangs in dem Modell, das eine Präferenz für die CDU/CSU gegenüber der SPD vorhersagt getrennt für West und Ostdeutschland. Die Linien in den Grafiken zeigen den linearen Trend der Veränderung der Regressionsgewichte über die Zeit. Obwohl eine gewisse Streuung in den Effektstärken offensichtlich ist, sind

die Regressionsgewichte seit den späten 1970er Jahren kontinuierlich kleiner geworden: Im Hinblick auf den Kirchgang unterscheiden sich die Wähler von CDU/CSU und SPD also immer weniger. Ein vergleichbares Muster, wenn auch auf niedrigerem Niveau, zeigt sich auch für die Modelle, in denen die Präferenz für CDU/CSU gegenüber der FDP erklärt werden (nicht abgebildet). Die tendenziell positiven Effekte in den späten 1970er Jahren und 1980er Jahren verringern sich stetig und sind für die neueren Jahrgänge des Politbarometers nicht mehr signifikant. Soweit sprechen die Ergebnisse für die Kirchenbindung für eine fortschreitende Entgrenzung der religiös-politischen Milieus.

Um die These der Verschiebung

der religiös-politischen Milieus zu den Grünen zu illustrieren, haben wir für Westdeutschland auch Modelle geschätzt, die eine Präferenz für die Grünen gegenüber CDU/CSU bzw. SPD vorhersagen. Die Regressionsgewichte für den Kirchgang werden in Grafik 4a und b dargestellt. Das Muster für die Erklärung einer Präferenz der Grünen über die CDU/CSU folgt der Entgrenzungsthese. Die negativen Effekte aus den 1980er Jahren verschwinden kurz nach der Jahrtausendwende. Es gibt keine „Inkompatibilität“ zwischen Religiosität und einer Präferenz für grüne Parteien, die aufgrund der liberalen moralpolitischen Positionen der Grünen in den 1980er Jahren noch bestand. Für den Vergleich der Wähler von Grünen

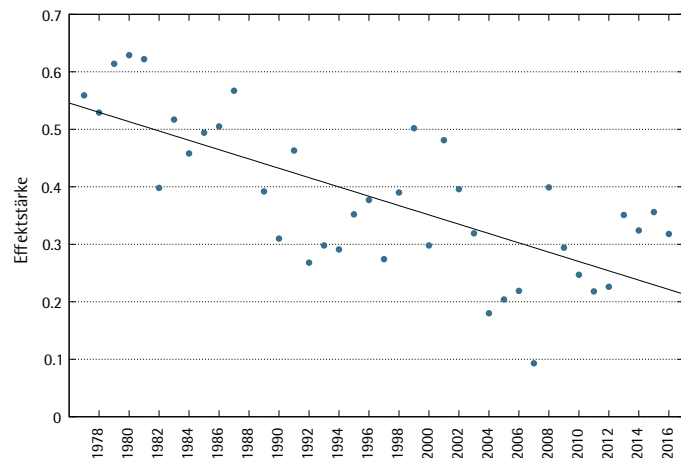
**Grafik 4** Effektstärken des Kirchgangs auf eine Präferenz für die Grünen (=1) gegenüber der CDU/CSU (a) und der SPD (b) von 1979 bis 2016 in Westdeutschland



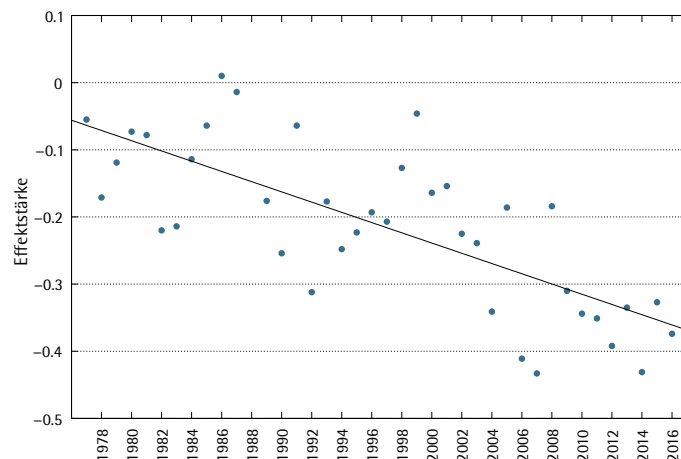
und SPD ist das Muster komplexer. Der negative Effekt in den 1980er Jahren dreht sich im Laufe der Zeit um. Ab der Jahrtausendwende verändert er sich in einen – zwar schwachen – aber positiv signifikanten Effekt. Das bedeutet, dass mit stärkerer Kirchenbindung in den 1980er Jahren noch eine Präferenz für die Sozialdemokraten einherging, während sich im Laufe der Zeit die Präferenz zu den Grünen hin verschoben hat. Das ist ein Anzeichen dafür, dass die Zuwendung der Kirchen zu ökologischen Themen – zumindest im linken Spektrum des Parteienwettbewerbs – zu einer politischen Neuorientierung der religiösen Milieus geführt hat. In Zukunft könnten die Grünen daher auch noch stärker in direkte Konkurrenz mit den Christdemokraten um die religiösen Wähler treten.

In einem zweiten Schritt haben wir die Effekte der Konfessionsmitgliedschaft auf die Parteipräferenz untersucht. Die Effekte für die katholische Kirchenmitgliedschaft – im Vergleich zu den Konfessionslosen als Referenzkategorie –, in Grafik 5 dargestellt, folgt ebenfalls einem abnehmenden Trend. Die vormals stark positiven Effekte bleiben auch in den 2010er Jahren signifikant aber sie haben sich deutlich abgeschwächt. Auch dieser Befund spricht für die Entgrenzungsthese. Anders ist das Muster für die evangelische Kirchenmitgliedschaft (Grafik 6). Waren die Effekte in den späten 1970er schwach negativ oder insignifikant, sind sie durch die Zeit, vor allem seit der Jahrtausendwende immer negativer geworden. Die evangelischen Kirchenmitglieder bevorzugen in den vergangenen 15 Jahren folglich zunehmend die Sozialdemokraten gegenüber den Christdemokraten. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss jedoch bedacht werden, dass für die Intensität der Kirchenbindung in den Regressionsmodellen kontrolliert wurde. Die Veränderung der Effekte geht also nicht auf eine Veränderung in der Kirchenbindung der Protestanten in Deutschland zurück. Dieser Befund widerspricht der Entgrenzungsthese. Zu prüfen wäre, ob die Zunahme in den Effektstärken darauf zurückzuführen ist, dass die Protestanten in der Phase abnehmender Unterstützung für die Sozialdemokraten (vgl. Grafik 1a)

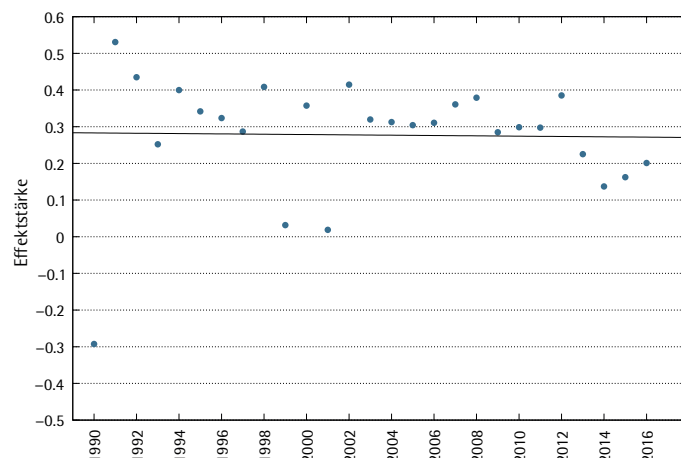
Grafik 5 Effektstärken der katholischen Konfessionsmitgliedschaft vs. Nichtmitglieder (abhängig: CDU/CSU=1 vs. SPD =0) von 1977 bis 2016 in Westdeutschland



Grafik 6 Effektstärken der evangelischen Konfessionsmitgliedschaft vs. Nichtmitglieder (abhängig: CDU/CSU=1 vs. SPD =0) von 1977 bis 2016 in Westdeutschland



Grafik 7 Effektstärken der evangelischen Konfessionsmitgliedschaft vs. Nichtmitglieder (abhängig: CDU/CSU=1 vs. SPD =0) von 1990 bis 2016 in Ostdeutschland



der Partei die Treue gehalten haben. Im Osten hingegen hat sich der positive Effekt der evangelischen Kirchenmitgliedschaft auf die Präferenz der CDU/

CSU gegenüber der SPD seit 1990 kaum verändert, wie Grafik 7 deutlich zeigt<sup>2</sup>. Die traditionell enge Bindung der ostdeutschen Protestanten an die CDU ist

über die Zeit stabil geblieben. In der politischen Orientierung der Protestanten zeigt sich folglich ein markanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

## Fazit

Lässt sich in Deutschland in den letzten 40 Jahren eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus beobachten? Tatsächlich lassen sich in den Daten der Politbarometer Anzeichen für eine kontinuierliche und vermutlich auch noch anhaltende Entgrenzung der religiös-politischen Milieus finden. Besonders klar sind die Befunde für die Kirchenbindung: der positive Effekt der Kirchenbindung für die Präferenz für christdemokratische Parteien hat abgenommen. Bezogen auf die Kirchenbindung unterscheiden sich die Wähler von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen nunmehr weniger als dies noch Anfang der 1980er Jahre in Westdeutschland und Anfang der 1990er Jahre in Ostdeutschland der Fall war.

Die Ergebnisse für die Kirchenmitgliedschaft sind weniger eindeutig. Während sich die Präferenz der Katholiken für die CDU/CSU zumindest im direkten Vergleich mit den Sozialdemokraten abgeschwächt hat, ist der Zusammenhang zwischen evangelischer Kirchenmitgliedschaft und der Präferenz für die Sozialdemokraten anstelle der Christdemokraten in Westdeutschland erstarkt. In Ostdeutschland ist der Effekt einer evangelischen Kirchenmitgliedschaft auf die Präferenz der CDU gegenüber der SPD seit der Wende stabil. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss der Säkularisierungstrend in Westdeutschland berücksichtigt werden. Auch in den Politbarometer-Daten ist die Schrumpfung der kirchlich gebundenen Milieus sichtbar, während sie in Ostdeutschland auf niedrigem Niveau stabil sind. Die Effekte in den Regressionen hängen jedoch nicht unmittelbar mit dem Rückgang der religiösen Bindung zusammen. Vielmehr wirken bei der Veränderung der Zusammenhänge zwischen Religiosität und Wahlverhalten ein Niveaueffekt (Rückgang von Kirchenmitgliedschaft und Kirchenbindung) sowie ein Struktureffekt (Rückgang der Effekte von

Kirchenmitgliedschaft und Kirchenbindung) zusammen. Welche Effekte dies für den Ausgang der Wahlen hat, bedarf weitergehender Auswertungen.

Die Ursache der Entgrenzung muss nicht im Rückgang der Religiosität liegen. Auch die programmatische Neuausrichtung der christdemokratischen Parteien ist ein denkbarer Grund für die Loslösung.

Gleichzeitig finden sich auch Hinweise auf eine Verschiebung in den politischen Präferenzen der religiösen Wähler. War die Kirchenbindung in den frühen 1980er Jahren noch mit einer Präferenz für die SPD anstelle der Grünen verbunden (zumindest im direkten Vergleich der beiden Parteien), hat sich dieses Muster seit der Jahrtausendwende umgekehrt. Aufgrund der Zuwendung der Kirchen zu ökologischen Themen können die Grünen in Zukunft möglicherweise an Attraktivität für die religiösen Milieus gewinnen.

Religion und Religiosität bleiben bis auf weiteres somit strukturierende Faktoren des Wahlverhaltens. Die Trends deuten zwar auf eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus hin. Wie sich dieser Prozess jedoch entwickelt ist nicht abzusehen, weil auch die programmatische Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems insgesamt die Einflüsse bestimmen. Insbesondere das Aufkommen der rechtspopulistischen AfD könnte hier eine entscheidende Rolle spielen, weil sich die Kirchen mit ihren kosmopolitischen Werthaltungen gegen den Rechtspopulismus positionieren.

Schließlich sollten die hier präsentierten Ergebnisse sehr vorsichtig interpretiert werden. Da das Modell nur wenige Kontrollvariablen enthält, werden die Effekte mitunter überschätzt. Das betrifft vor allem die Modelle, die linke und rechte Parteien vergleichen, weil die Links-Rechts Selbsteinstufung ein wichtiger Prädiktor der Wahlentscheidung ist und in den Daten fehlt. Andere Datenquellen, insbesondere die Allgemeine Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften (ALLBUS), könnten verwendet werden, um die hier berichteten Befunde im Längsschnitt unter Verwendung weiterer Merkmale in den Regressionsmodellen zu validieren.

## Referenzen

- Arzheimer, K. und H. Schoen (2007). „Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozio-ökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994–2005“, in: H. Rattinger, O. W. Gabriel und J. W. Falter (Hrsg.) *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wahlverhaltens*, 89–112, Baden-Baden: Nomos.
- Chaves, M. (2011). *American Religion. Contemporary Trends*. Princeton: Princeton University Press.
- Elff, M. und S. Rossteutscher (2011). „Stability or Decline? Class, Religion and the Vote in Germany“, *German Politics* 20(1), 107–127.
- Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim (2017). *Politbarometer - Gesamtkumulation*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.5100.
- Frey, T. (2009). *Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg*. Baden-Baden: Nomos.
- Jansen, G., N. D. de Graaf und A. Need (2012). „Explaining the Breakdown of the Religion-Vote Relationship in The Netherlands, 1971–2006“, *West European Politics* 35(5), 1215–1215.
- Kalyvas, Stathis N. (1996). *The Rise of Christian Democracy in Europe*. Ithaca: Cornell University Press.
- Kalyvas, Stathis N. und K. van Kersbergen (2010). „Christian Democracy“, *Annual Review of Political Science* 13(13), 183–209.
- Meulemann, H. (2015). *Nach der Säkularisierung: Religiosität in Deutschland 1980–2012*. Springer-Verlag.
- Minkenberg, M. (2010). „Party Politics, Religion and Elections in Western Democracies“, *Comparative European Politics* 8(4), 385–414.
- Pappi, F. und J. Brandenburg (2010). „Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62(3), 459–483.
- Siegers, P., Franzmann, S. und M. Hassan (2016). „The Religious and Spiritual Underpinnings of Party Choice in Christian Europe“, *Electoral Studies* 44, 203–213.
- von Alemann, U. (2000). *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske & Budrich.
- Wolf, C. und S. Roßteutscher (2013). „Religiosität und politische Orientierung – Radikalisierung, Traditionalisierung oder Entkopplung?“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 65(1), 149–181.

Wolf, C. (1996). „Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft“; *Politische Vierteljahresschrift* 37(4), 713-734.

1 Die Autoren danken PD Dr. Simon Franzmann für wertvolle Hinweise zum Manuskript.

2 Aufgrund des geringen Anteils der Katholiken in Ostdeutschland haben wir auf die Auswertung verzichtet.

Pascal Siegers  
Pascal.Siegers@gesis.org

Christina Eder  
christina.eder@gesis.org

doi: 10.15464/isi.60.2018.13-20

# Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013

## Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten

Die Forschungsgruppe Wahlen erhebt unter dem Markenzeichen Politbarometer seit 1977 politische Einstellungen, darunter die Einstufung von Parteien und Spitzenpolitikern mit Hilfe sogenannter Skalometerfragen: „Und was halten Sie - so ganz allgemein - von den politischen Parteien? Sagen Sie es bitte anhand dieser Skala. +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von ihr halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen“. Wir nehmen an, dass diese allgemeinen Wählerurteile über Politiker und Parteien sowohl vom Ansehen des Beurteilungsobjekts in der Öffentlichkeit als auch vom eigenen Standpunkt des Beurteilers abhängen. Je linker oder rechter man selbst eingestellt ist, desto positiver oder negativer wird man Parteien/Politiker der verschiedenen Lager beurteilen. Diese „ideologische Nähe“-Logik des Urteils wird ergänzt um eine „mehr ist besser“-Logik, in der sich ein gewisser Konsens der Befragten darüber ausdrückt, wie kompetent eine Partei oder ein Politiker ist. Wir werden diese beiden Aspekte des Urteils mit Hilfe einer Bayesianischen Entfaltungsana-

lyse trennen. Als Hauptkriterium für die Nähe-logik ergibt sich, wenig überraschend, die Links-Rechts-Position der Parteien und der Befragten. Diese Logik führt uns zur Grundstruktur des deutschen Parteienwettbewerbs zwischen einer konservativen, christdemokratischen Partei und einer linken, sozialdemokratischen Partei. Das übereinstimmende Urteil der Befragten über die Kompetenz, Regierungsfähigkeit oder politische Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten bezeichnen wir zusammenfassend als Valenzlogik. Dieses Urteil führt uns zu den Valenzwerten dieser Einstellungsobjekte. Sie unterscheiden sich stärker von Wahl zu Wahl und erweisen sich als das eigentlich dynamische Element in den Bundestagswahlen der letzten 50 Jahre.

Folgende Fragen werden wir beantworten:

1. Mit welchen Daten und welchem Messmodell kann man die Trennung von Nähe- und Valenz-Logik vornehmen und damit eine Langzeitanalyse der Bundestagswahlen durchführen?
2. Bleibt der Einfluss der ideologischen Nähe zu den Parteien und der

Valenzwerte auf die Wahlabsichten im Zeitverlauf vom Drei- über das Vier- bis zum west- und ostdeutschen Fünf-Parteiensystem genügend stabil, sodass ein Zeitvergleich der geschätzten Aggregatparameter gerechtfertigt ist?

3. Inwieweit ist die ideologische Konfliktstruktur zwischen den Parteien tatsächlich stabil geblieben und wie beeinflussen Distanz- und Valenzwerte der Parteien und der Kanzlerkandidaten die Wahlerfolge der Parteien? Antworten wird eine deskriptive Zeitreihenanalyse der Aggregatparameter für die Bundestagswahlen seit 1961 in Abschnitt 3 und die Voraussage der Wahlergebnisse mit unseren Parametern in Abschnitt 4 liefern.

### Daten und Messmodell

40 Jahre Politbarometer sind eine lange Zeit. Da das Fragenprogramm Vorläufer in den deutschen Wahlstudien hat, können wir mit den Partei- und Politiker-Skalometern sogar bis 1961 zurückgehen. 1961 war die erste Bundestagswahl, bei der die Herausforderer-

partei einen eigenen Kanzlerkandidaten aufstellte.

An der Frageformulierung für die Parteien und Politiker hat sich bis heute wenig geändert. In der Vorwahlzeit sind unter den Politikern immer die Kanzlerkandidaten der Union und der SPD zu finden.<sup>1</sup> Die Politbarometer erheben die Einschätzung von CDU und CSU getrennt. In älteren Wahlstudien war es teilweise üblich, CDU/CSU als einheitliches Einstellungsobjekt beurteilen zu lassen. Da man die CSU außerhalb Bayerns nicht wählen kann, ersetzen wir für Bayern die Beurteilung der CDU durch die der CSU, so dass für Westdeutschland wieder ein Einstellungsobjekt entsteht.

Von 1961 bis 2013 fanden insgesamt 15 Bundestagswahlen statt, davon sieben seit der deutschen Wiedervereinigung. Da man nicht von vornherein davon ausgehen kann, dass ostdeutsche Wähler die ideologischen Positionen und Valenzen der Parteien genauso wie die Wählerschaft der alten Bundesländer einschätzen, teilen wir das Wahlgebiet ab 1990 in West- und Ostdeutschland auf. Das ergibt für die Analyse 22 Wahleinheiten. Für jede Wahleinheit wurde ein Vorwahldatensatz zusammengestellt, der bei den Wahlen vor 1980 aus einer oder zwei Vorwahlstudien und seither aus mehreren Politbarometern besteht (siehe Anhang). Kriterien für die Auswahl waren, dass die zwei Kanzlerkandidaten bereits nominiert sein mussten und dass der Wahlkampf öffentlichkeitswirksam begonnen hatte. Wir gehen dabei von einem Zeitraum von höchstens drei Monaten bis zum Wahltag aus. Die in diesen Zeitraum fallenden Politbarometer wurden kumuliert, der Prozess der Meinungsbildung und Mobilisierung im Laufe des Wahlkampfes interessieren hier nicht.

Wir führen Bayesianische Entfaltungsanalysen getrennt in den 22 Wahleinheiten durch. Dazu verwenden wir als Ausgangswerte die Skalometer der Parteien und der zwei Kanzlerkandidaten für die jeweilige Bundestagswahl. Von 1961 bis 1976 sind das die drei Parteien CDU/CSU, SPD und FDP. Ab 1980 nehmen wir die Grünen bzw. Bündnis 90/Die Grünen dazu und ab 1990 die PDS bzw. seit 2005 Die Linke.

Die Urteile über die fünf, sechs oder sieben Einstellungsobjekte  $j$  durch die Befragten  $i$  setzen sich nach dem von uns postulierten Messmodell aus zwei Komponenten zusammen:

1. aus dem aus der Nähe-logik folgenden Urteil, das einen Befragten mit Einstellung  $\xi_i$  ihm nahestehende Einstellungsobjekte  $\pi_j$  positiver beurteilt, als ihm fernstehende, so dass mit zunehmender Distanz  $|\pi_j - \xi_i|$  die Beurteilung negativer ausfällt, und
2. aus der Valenzlogik, bei der sich die Befragten relativ einig sind, so dass nur eine Konstante  $\alpha_j$  pro Einstellungsobjekt zu schätzen ist.

Wir haben die ursprünglichen Skalometerwerte auf 1 bis 11 umkodiert ( $z_{ij}$ ), so dass die Schätzparameter für die Valenzen ( $\alpha_j$ ) auch in diesen Bereich fallen. Die Positionen der Parteien und Kanzlerkandidaten ( $\pi_j$ ) und die Positionen der Befragten ( $\xi_i$ ) auf der einen angenommenen Dimension nehmen positive oder negative Werte an, weil zur Identifizierbarkeit die Summe der  $\pi_j$  auf 0 fixiert ist. Die Schätzung erfolgt gleichzeitig für alle Einstellungsobjekte einer Wahl mit der *Annahme* eines systematischen Teils und eines Zufallsteils bei der Generierung der Ausgangsskalometer  $z_{ij}$ :

$$(1) z_{ij} \sim \mathcal{N}(\mu_{ij}, \sigma), \text{ wobei } \mu_{ij} = \alpha_j - \gamma | \pi_j - \xi_i |$$

Im Vergleich zu anderen Entfaltungsmodellen solcher Skalometerdaten für deutsche Parteien und Politiker (vgl. Shikano u. Käppner 2016) schätzen wir ein sparsames Modell, indem wir uns für die Nähe-logik auf eine einzige Dimension beschränken und die Valenzwerte für die Wählerschaft insgesamt und nicht für bestimmte Untergruppen bestimmen. Der Grund dafür ist, dass wir nicht für jede einzelne Wahl ein möglichst realistisches Modell anstreben, sondern ein Modell, das die wesentlichen Gemeinsamkeiten aller Wahlen erfasst.

Wir werden im nächsten Abschnitt prüfen, ob die identifizierten Modellparameter die Wahlabsichten der Befragten und die tatsächlichen Wahlergebnisse robust, ohne große Abweichungen zwischen den Wahlen voraussagen. Bei positivem Befund erhalten die geschätzten Aggregatparameter für Parteien und Kanzlerkandidaten (Links-Rechts-

Positionen, Valenzwerte) einen hohen deskriptiven Wert zur Beschreibung der einzelnen Wahlen im Zeitverlauf. Diese Beschreibung in Abschnitt 3 kann dann mit unserem zeitgeschichtlichen Wissen über die einzelnen Wahlen verglichen werden.

### Individuelle Wahlabsichten unter dem Einfluss ideologischer Distanzen und Partei- und Kandidatenvalenzen

Die Entfaltungsanalyse liefert uns für jede Wahl von 1961 bis 2013, ab 1990 getrennt für West- und Ostdeutschland, die zwei Aggregatparameter der ideologischen Positionen der Parteien und Kanzlerkandidaten ( $\pi_j$ ) und deren Valenzen ( $\alpha_j$ ). Dazu kommen die ideologischen Positionen der Befragten ( $\xi_i$ ). Mit Hilfe der ideologischen Distanz zwischen den Befragten und den einzelnen Parteien und den für eine Wahleinheit konstanten Valenzwerten können wir die Wahlabsicht der Befragten neo-downsianisch erklären. Als neo-downsianisch bezeichnen wir Modelle, die neben Termen für die ideologische oder Politikdistanz zu den Parteien auch Terme für deren Valenzwerte enthalten. Sei  $U_{ik}$  der Nutzen des Wählers  $i$  von Partei  $k$ , postulieren wir eine Zunahme des Nutzens mit der Valenz von  $k$  und eine Abnahme des Nutzens mit zunehmender Distanz. Aus den  $\alpha_j$  der Entfaltung werden jetzt zwei Variablen, einmal der Valenzwert  $v_k$  der Partei, die Wähler  $i$  mit seiner Zweitstimme wählen kann, und einmal der Valenzwert  $w_k$  des Kanzlerkandidaten der entsprechenden Partei. Für Parteien ohne Kanzlerkandidaten gelte  $w_k=0$ . Damit nehmen wir der Einfachheit halber im Interesse eines für alle 22 Wahlen geltenden Modells an, dass sich die Valenz der Kanzlerkandidaten nur auf die Wahlabsicht für die eigene Partei auswirkt.

Analog zu den Valenzen sind auch die Distanzen in zwei Variablen zerlegbar: in die ideologische Distanz Wähler-Partei ( $d_{ik}$ ) und in die ideologische Distanz Wähler-Kanzlerkandidat ( $f_{ik}$ ), die wieder auf 0 gesetzt wird für Parteien ohne Kanzlerkandidaten. Der Nutzen von  $i$  für  $k$  werde deshalb Wahl für Wahl wie folgt generiert:

$$(2) U_{ik} = \beta_1 \cdot v_k + \beta_2 \cdot w_k - \beta_3 \cdot d_{ik} - b_4 \cdot f_{ik} + \varepsilon_{ik}$$

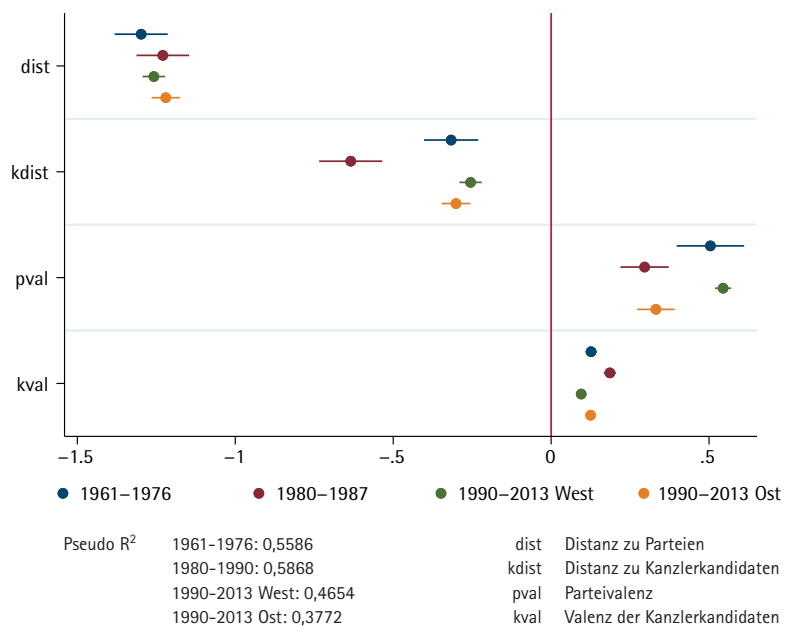
Mit Annahme einer Gumbel-Verteilung für die Fehlerterme kann ein konditionales Logit-Modell die Parameter der Nutzengleichung schätzen. Inhaltlich wird dadurch die Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen impliziert.

Damit wir die Parameter der Entfaltungsanalysen sinnvoll zur Beschreibung des Parteiensystems aus Sicht der Wähler und zur Erklärung der Wahlergebnisse nutzen können, müssen wir nachweisen, dass sie über den langen Zeitraum hinweg gleiches bedeuten. Die Entfaltungsanalyse liefert uns Schätzparameter, die für jede einzelne Wahlereinheit die eineinhalb Dimensionen Logik anwendet: Die Urteile über die Einstellungsobjekte unterscheiden sich nach der Nähelogik und nach der Valenzlogik. Ob erstere für jede Wahlereinheit auf der einen angenommenen Dimension Befragten- und Objektstandpunkte identifiziert, die über die Zeit vergleichbar sind, wissen wir nicht. Da sich die Wahlabsichten auf Parteien beziehen, für die über die Zeit eine gewisse programmatische Stabilität angenommen werden kann, sprechen in Größe und Richtung vergleichbare Einflüsse der geschätzten Werte auf die Wahlabsichten für ihre gleichbleibende Bedeutung über die Zeit.

Allerdings haben sich die Optionen für die Wahlabsichten seit 1961 geändert. Zu den Altparteien CDU/CSU, SPD und FDP traten 1980 die Grünen und 1990 die PDS bzw. später Die Linke als aussichtsreiche Konkurrenten hinzu. Gleichzeitig brachte die Wiedervereinigung eine Zunahme der wahlberechtigten Deutschen um ein Fünftel. Deshalb überprüfen wir die Vergleichbarkeit der Effekte von politischer Nähe zu und Valenz der Parteien und Kanzlerkandidaten für das Drei-, Vier- und Fünfparteiensystem und unterteilen letzteres nach West und Ost. Erst wenn Größe und Richtung der Koeffizienten der diskreten Entscheidungsanalysen in etwa übereinstimmen, ist eine wichtige Vorbedingung für eine sinnvolle Beschreibung des Parteiensystems mit Hilfe unserer geschätzten Parameter erfüllt.

Wie aus Grafik 1 hervorgeht, stimmt die Größenordnung der Koeffizienten

**Grafik 1** Erklärung der Wahlabsichten im Drei-, Vier- und west- und ostdeutschen Fünfparteiensystem mit der ideologischen Distanz und den Valenzen der Parteien und Kanzlerkandidaten. (Koeffizienten mit Standardfehlern einer konditionalen Logit-Analyse)



Datenbasis: siehe Anhang

für unsere vier Variablen in ihrem Einfluss auf die Wahlabsichten überein. Außerdem stimmt die Einflussrichtung. Mit größerer ideologischer Distanz zu Partei und Kandidat nimmt die Wahrscheinlichkeit der Wahl der entsprechenden Partei ab und die Valenzen erhöhen diese Wahrscheinlichkeit. Erwartungsgemäß sind die Parteikoeffizienten, die sich auf alle Parteien beziehen, größer als die Kandidatenkoeffizienten, bei denen die kleineren Parteien den Wert 0 haben. Um den Einfluss der unterschiedlichen Befragten-Zahlen in den einzelnen Jahren konstant zu halten, sind die Regressionen entsprechend gewichtet worden.<sup>2</sup>

Unter den vier Wahlsituationen weicht die Periode des Vierparteiensystems am stärksten von den anderen Wahlsituationen ab. Das hängt damit zusammen, dass hier nur drei Wahlen zusammengefasst wurden, von denen die Wahl 1980 eine besondere Konstellation aufwies. Darauf werden wir noch zurückkommen.

Ansonsten weisen die Pseudo-R<sup>2</sup> die größten Unterschiede zwischen den Perioden auf. Sie fassen die Erklärungskraft der Modelle in einem Wert zusammen. Dieser Wert ist für das Fünfparteiensystem kleiner als für das

Vier- und das Dreiparteiensystem. Wir werden in Abschnitt 5 sehen, dass auf der Aggregatebene die Fehlprognosen des Wahlergebnisses mit der Zahl der vorauszusagenden Zweitstimmenprozentage nicht abnehmen. Es macht einen Unterschied, ob man für einen Befragten voraussagt, welche von drei, vier oder fünf Parteien er wählen wird, oder ob man das Aggregatergebnis als Durchschnitt der für jeden Befragten vorausgesagten drei, vier oder fünf Wahlwahrscheinlichkeiten berechnet. Eine 1-0-Prognose wird mit zunehmender Parteienzahl schwieriger, eine Aggregatprognose als durchschnittlicher Wahrscheinlichkeitswert nicht unbedingt. Die Konfidenzintervalle der Koeffizienten in Grafik 1 sind wegen der größeren Fallzahl der Politbarometer in späteren Perioden erwartungsgemäß kleiner als in früheren Perioden.

Die Ergebnisse des Periodenvergleichs der Wahlabsichten unter dem Einfluss von ideologischer Distanz und Valenz zeigen, dass die getrennt für jede Wahlereinheit geschätzten Parameter des eineinhalb Dimensionen Modells gut über die Zeit vergleichbar sind. Sie verändern ihre Wirkung auf die Wahlabsicht nicht, wenn das Parteiensystem durch Eintritt neuer Parteien oder die

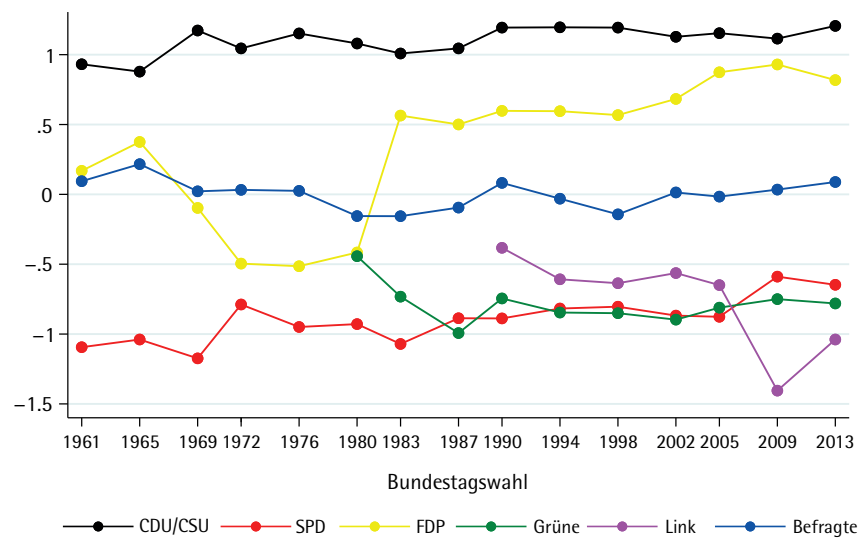
Wählerschaft durch die Wiedervereinigung erweitert wird. Dieses Ergebnis ist nicht selbstverständlich, sondern wird durch die von 1961 bis 2013 gleich bleibende Grundstruktur des Parteienwettbewerbs in Deutschland bewirkt: durch eine rechte und eine linke Ankerpartei für die Wählerurteile, um die sich die kleineren Parteien gruppieren. Wir werden im nächsten Abschnitt dieses Parteiensystem einschließlich der Valenzwerte für Parteien und Kanzlerkandidaten mit den von uns geschätzten Parametern beschreiben.

### Ideologische Positionen und Valenzen im Zeitverlauf

Beurteilungen deutscher Parteien und Politiker auf sogenannten Skalometern werden schon lange genutzt, um die Dimensionalität eines Parteiensystems samt Wählerpositionierung mit Hilfe von Faktorenanalysen bzw. multidimensionaler Skalierung (vgl. z.B. Pappi 1973) oder mit Entfaltungsanalysen (vgl. Norpoth 1979) festzustellen. Was in den älteren Analysen fehlt, ist eine eigene Valenzdimension, für die die Nähelegik nicht gilt. Oder, um es mit Groseclose (2007, S. 324) auszudrücken: Der eineinhalb-dimensionale Charakter der Urteile wurde nicht berücksichtigt, nämlich die eine räumliche Dimension, die der Nähelegik folgt, und die halbe Dimension, bei der die Befragten ähnlich beurteilen, wer „besser“ und wer „schlechter“ ist. Wir stellen zuerst unsere Ergebnisse für die räumliche Dimension vor und prüfen, inwieweit sie unserem Vorwissen über die Links-Rechts-Ordnung der deutschen Parteien entspricht und inwieweit diese Ordnung über die Jahre stabil geblieben ist. Danach gehen wir auf die identifizierten Valenzwerte der Parteien und Kanzlerkandidaten ein.

Die ideologische Grundstruktur des Parteiensystems der alten Bundesrepublik mit seiner Fortsetzung in Westdeutschland und Westberlin lässt unschwer eine Links-Rechts-Ordnung erkennen (vgl. Grafik 2). Einer linken Sozialdemokratie mit Werten um -1 steht eine rechte Union mit Werten um +1 gegenüber, während die durchschnittliche Links-Rechts-Einstellung der Wählerschaft leicht um den Wert 0 schwankt. Die größte Abweichung von

Grafik 2 Die Links-Rechts-Position der Parteien und Befragten vor den Bundestagswahlen seit 1961 in Westdeutschland



Datenbasis: siehe Anhang

einer stabilen Links-Rechts-Position weist die FDP auf, die während der sozialliberalen Regierung eine Position links von der Mitte einnimmt und ab 1983 wieder wie 1961 und 1965 eine Position rechts der Mitte. Hier ist daran zu erinnern, dass die Jahreszahlen die Wahlkampfphasen vor der jeweiligen Bundestagswahl angeben. Die linke Positionierung der FDP setzte also 1969 noch zu Zeiten der Großen Koalition von Union und SPD ein.

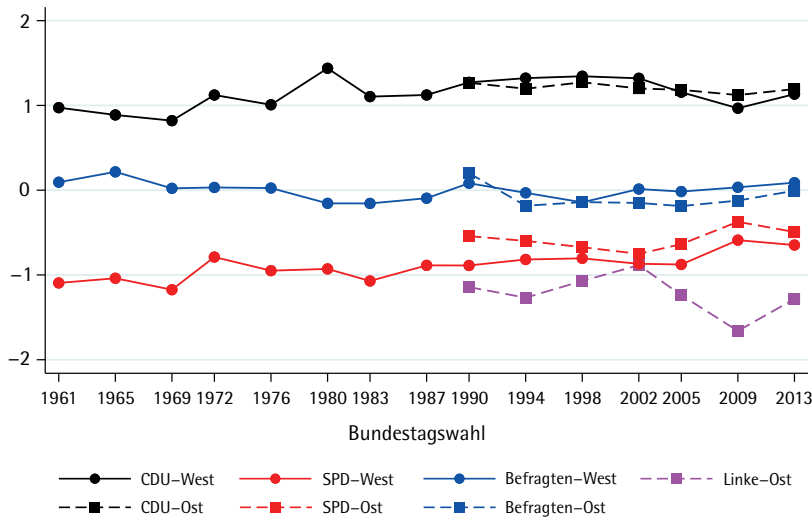
Interessanterweise werden die Grünen vor der ersten Bundestagswahl, an der sie sich beteiligten, fast gleichauf mit der FDP in der moderaten linken Mitte platziert. Erst danach setzt eine Annäherung an die SPD-Positionen ein.

Die Links-Rechts-Position der PDS bzw. seit 2005 der Linken erinnert daran, dass die hier identifizierte ideologische Parteienordnung nicht auf inhaltlichen Kriterien der Wahlprogramme beruht. Sie resultiert allein aus der Nähelegik, für die offensichtlich die beiden großen Parteien die Ankerpunkte bilden. Die kleineren Parteien werden dann je nach ihrer politischen Nähe, die zum Beispiel aus Koalitionen erschlossen wird, in die Nähe der Ankerpartei gerückt. So neigen Befragte, die der SPD nahestehen, dazu, Grüne und Linke ebenfalls positiver zu beurteilen als CDU und FDP, und umgekehrt bauen Unionswähler seit 1983 eine größere Distanz zu den linken Parteien als zur FDP auf. Die großen Parteien behalten dagegen in

den Augen der Wähler auch in Zeiten großer Koalitionen ihren ideologischen Schwerpunkt bei, 1969 bewegten sie sich sogar etwas in entgegengesetzter Richtung, 2009 ganz leicht aufeinander zu. Die im Vergleich zur SPD etwas gemäßigte Position der PDS bis 2002, die aus den Urteilen der westdeutschen Wähler ableitbar ist, ist höchstwahrscheinlich einer gewissen Unkenntnis zu verdanken. PDS/Die Linke sind zwar seit 1990 ununterbrochen im Bundestag vertreten, haben bis 2002 aber nur Zweitstimmenergebnisse um die ein Prozent in den alten Ländern erreicht. Das änderte sich schlagartig 2005 mit der Kandidatur von Mitgliedern der (westdeutschen) WASG auf Landeslisten der „Linkspartei.PDS“, der zwei Jahre später der Zusammenschluss zur Partei „Die Linke“ folgte. Die Platzierung der Linken links von der SPD erkennen seit 2005 auch die Westdeutschen. Seither sind auch die Wahlerfolge in Westdeutschland größer (2005: 4,9%, 2009: 8,3%, 2013: 5,6%); Die Linke ist auch hier in den Kreis der wählbaren Parteien (*choice set* der Wähler) gerückt.

Für die ostdeutschen Wähler war diese Platzierung der PDS links von der SPD von Anfang an klar (vgl. Grafik 3). Dabei tritt die eindeutig linke Position der PDS/Die Linke auch deshalb so klar hervor, weil aus dem Blickwinkel der Ostdeutschen die SPD gemäßigter erscheint als aus dem der Westdeutschen. Für die CDU fallen die

Grafik 3 Die Links-Rechts-Positionen von CDU und SPD in Westdeutschland und in Ostdeutschland und der PDS bzw. Linken in Ostdeutschland.



Datenbasis: siehe Anhang

Unterschiede geringer aus und weichen auch nicht durchgängig in dieselbe Richtung ab. Der Durchschnittswähler in den neuen Ländern ist seit 1994 etwas linker eingestellt als der westdeutsche Wähler. Bei den Platzierungen von FDP und Grünen existieren keine großen Unterschiede zwischen Ost und West (hier nicht gezeigt).

Unser Messmodell gibt nicht nur Auskunft über die Links-Rechts-Position der Parteien, sondern auch über die Links-Rechts-Position der Kanzlerkandidaten (vgl. Grafik 4). Wenig überraschend werden die Kanzlerkandidaten ideologisch ähnlich beurteilt wie ihre Parteien. Dennoch gibt es systematische Muster. So werden Brandt 1969 und Steinmeier 2009 sehr viel weniger links eingestuft als die SPD. Sie amtierten während des Wahlkampfes als Vizekanzler einer großen Koalition, deren Kanzler, Kiesinger 1969 und Merkel 2009, ebenfalls stärker zur Mitte tendierten als andere Kanzler der Union. Sehr viel weiter rechts als die Union wurde ihr Kandidat 1980 eingestuft: Es war Franz Josef Strauß als Parteivorsitzender der CSU. Aber auch sein fünfmaliger Nachfolger Kohl bis 1998 und Stoiber 2002 als Kanzlerkandidaten der Union werden etwas rechter eingeschätzt als ihre Partei. Merkel übernimmt bei ihrer ersten Kandidatur die Position ihrer Partei, um 2009 und 2013 dann moderater eingestuft zu werden. Bei der SPD werden neben den beiden erwähnten Vizekanzlern Brandt 1969

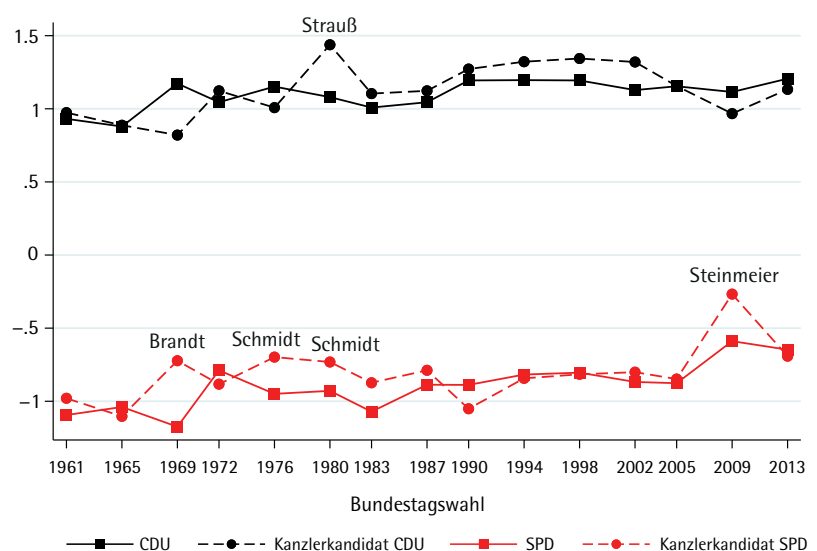
und Steinmeier 2009, Helmut Schmidt 1976 und 1980 merklich moderater und Vogel 1983 bzw. Rau 1987 etwas moderater als ihre Partei eingestuft.

Wir bezeichnen die rechte Einstufung der CDU/CSU und die linke Position der SPD als Anker der stabilen ideologischen Konfliktstruktur des deutschen Parteiensystems. Bei der großen Stabilität der Links-Rechts-Positionen der Parteien und den dementsprechenden Einstellungen der Befragten bleiben als dynamische Komponente, die über Sieg und Niederlagen der Parteien entscheiden, die Valenzwerte. Korreliert man die Zweitstimmenanteile für die 15 Bundes-

tagswahlen in den alten Ländern und die sieben in den neuen Ländern mit der durchschnittlichen Distanz der Befragten zu CDU/CSU und SPD und mit den Valenzwerten für diese zwei Parteien und ihre Kanzlerkandidaten, ergibt sich eine Korrelation von  $r = -0.52$  für die Distanz, von  $r = 0.78$  für die Parteivalenzen und von  $r = 0.57$  für die Valenzwerte ihrer Kanzlerkandidaten. Die Nähelegik wird also auch für die Aggregatdaten bestätigt: Je größer die Distanz einer Partei zum mittleren Wähler, mit desto geringeren Zweitstimmenergebnissen muss sie rechnen. Wichtiger für den von Wahl zu Wahl wechselnden Erfolg von Parteien ist aber die Valenzlogik. Dabei ist für den Wahlerfolg der großen Parteien mit eigenen Kanzlerkandidaten die Parteivalenz wichtiger als die Valenz ihrer Kanzlerkandidaten. Generell kann man davon ausgehen, dass über die Leistung einzelner Politiker hinaus das Urteil über die Regierungsfähigkeit einer Partei stark vom Eindruck ihrer Geschlossenheit abhängt (vgl. Greene u. Haber 2015). Natürlich werden erfolgreiche Kanzler auch das Ansehen ihrer Partei steigern. Dieser Effekt, den wir nicht separat untersuchen können, ist dann aber bereits in der Parteivalenz enthalten. Für eine darüberhinausgehende, getrennte Wirkung der Kandidatenvalenz auf den Wahlerfolg bleibt nur ein kleinerer Spielraum.

Sieht man sich die Entwicklung der Valenzwerte der großen Parteien und

Grafik 4 Die Links-Rechts-Position der Kanzlerkandidaten im Vergleich zu ihrer Partei in Westdeutschland.



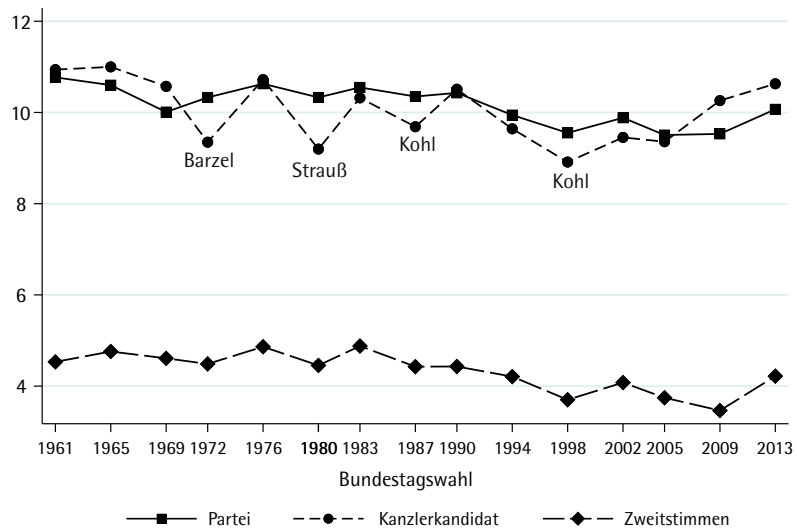
Datenbasis: siehe Anhang



ihrer Kandidaten in Westdeutschland an (vgl. Grafik 5 und 6), zeigen sich besonders ausgeprägt für die Union größere Schwankungen für die Kanzlerkandidaten als für die Partei. Die Kandidaten Barzel im Wahljahr 1972, Strauß 1980 und Kohl 1998 markierten Tiefpunkte der Kandidatenvalenz. Außerdem erreichten nur Adenauer 1961, Erhard 1965, Kiesinger 1969 und Merkel 2009 und 2013 höhere Werte als die CDU. Von den SPD-Kanzlern erreichten Willy Brandt im Jahr 1972, Helmut Schmidt 1980 und Gerhard Schröder 2002 ihr höchstes Ansehen, letzterer jedoch auf niedrigerem Niveau. Amtierende Kanzler erreichen also den Höhepunkt ihres Ansehens frühestens nach ihrer ersten Wahlperiode (Brandt 1972, Schmidt 1976 und 1980, Schröder 2002, Merkel 2009 und 2013). Helmut Kohl stellt die Ausnahme dar, weil er, mit Ausnahme der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990, sowohl 1987, nach seiner ersten vollen Amtszeit, und dann wieder 1994 und 1998 an Ansehen verlor. Für Herausforderer eines amtierenden Kanzlers ist es fast unmöglich, einen höheren Valenzwert als ihre Partei zu erreichen. Die wenigen Fälle gegenläufiger Bewegungen zwischen Partei und ihrem Kandidaten betreffen einmal Rainer Barzel, den kurz vor der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 erfolglosen Initiator eines konstruktiven Misstrauensvotums gegen Willy Brandt sowie Gerhard Schröder, dessen Valenz 2002 im Gegensatz zu derjenigen seiner Partei und zum Zweitstimmenergebnis noch anstieg.

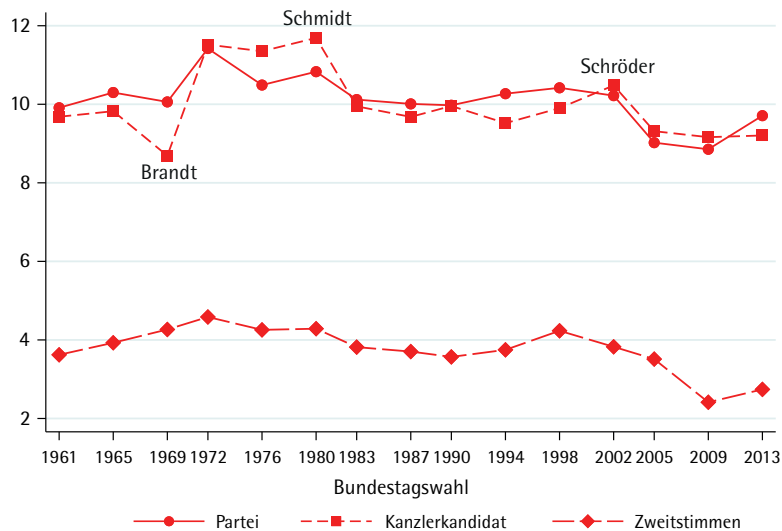
Die Entwicklung der Valenzwerte verläuft in den neuen Ländern parallel zu der Entwicklung in den alten Ländern, nur sind im Osten die Ausschläge stärker. Das spricht für eine gesamtdeutsche Öffentlichkeit bei der Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten, wenn man einmal die verschiedenen politischen Standpunkte der Befragten, also ihre Nähelogik, in Rechnung gestellt hat. Die Grundstruktur des Parteiensystems braucht deshalb also nicht gleich sein. Im Osten hat sich seit der zweiten gesamtdeutschen Wahl 1994 zumindest bis 2013 ein System mit drei großen Parteien durchgesetzt, wie ein Vergleich der Parteivalenzen und Zweitstimmenanteile für CDU, SPD und PDS

Grafik 5 Die Valenzwerte der CDU und ihrer Kanzlerkandidaten im Vergleich zu den Zweitstimmenanteilen (mal 10) in Westdeutschland seit 1961



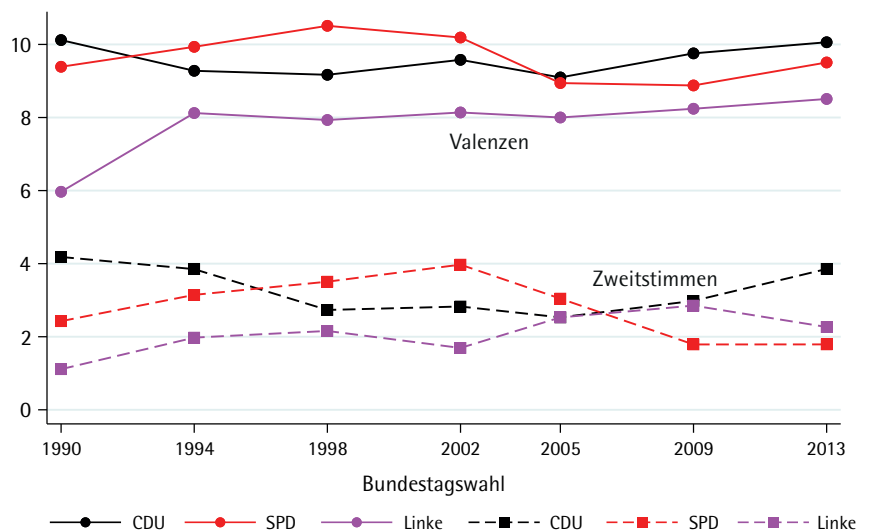
Datenbasis: siehe Anhang

Grafik 6 Die Valenzwerte der SPD und ihrer Kanzlerkandidaten im Vergleich zu den Zweitstimmenanteilen (mal 10) in Westdeutschland seit 1961.



Datenbasis: siehe Anhang

Grafik 7 Parteivalenzen und Zweitstimmenanteile (mal 10) in Ostdeutschland für CDU, SPD und PDS bzw. Linke



Datenbasis: siehe Anhang

bzw. Linke zeigt (vgl. Grafik 7). Auffällig ist dabei nur, dass die Valenzwerte der PDS bzw. Linken von 1994 bis 2013 ziemlich stabil bleiben, im Gegensatz zu den Zweitstimmenanteilen der Partei. 1990 war noch eine Ausnahmewahl gewesen mit einer sehr ungünstigen Startposition für die PDS als Nachfolgerin der SED. Die Valenzwerte für CDU und SPD laufen dagegen parallel zu den Wahlergebnissen, mit einem Aufstieg der SPD bis 1998 bzw. bei den Wahlergebnissen bis 2002, gefolgt von einem Abstieg bis 2009 und entsprechenden Ab- und Aufstiegen der CDU.

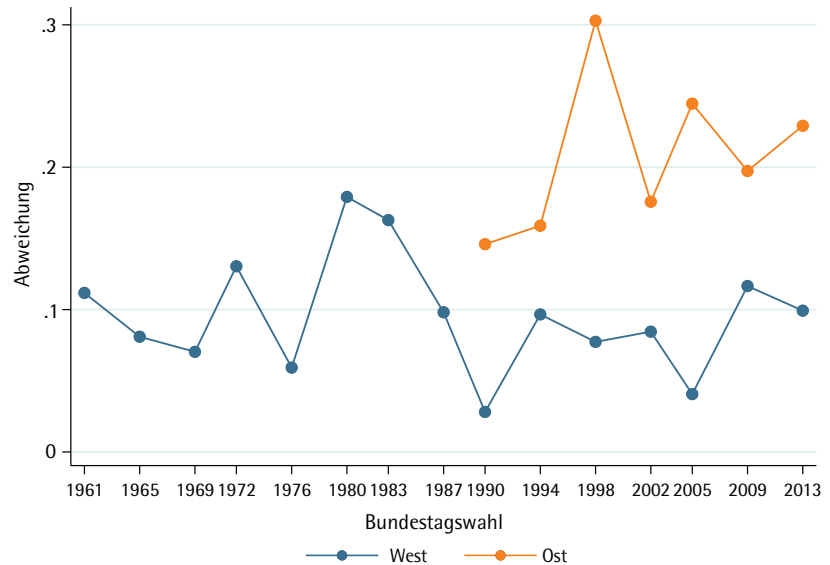
### Die Voraussage der Wahlergebnisse mit ideologischen Distanzen zum mittleren Wähler und mit Partei- und Kandidatavalenzen

In der Umfrageforschung konzentriert man sich auf die Voraussage individuellen Verhaltens. In der Wahlforschung interessiert aber in erster Linie das Ergebnis einer Wahl. So haben zum Beispiel Gschwend und Norpoth (2001, 2017) gezeigt, dass man die Ergebnisse von Bundestagswahlen gut mit den Ergebnissen der drei vorausgegangenen Wahlen als Strukturkomponente und der Kanzlerfrage als unmittelbar vor einer Wahl aus Umfragen abgeleiteten Valenzwert voraussagen kann. Allerdings beschränken sie sich auf die Voraussage des Stimmenanteils der Regierungsparteien und versuchen nicht, die Anteile aller Bundestagsparteien vorauszusagen. Wir werden dagegen, auf Basis von Individualmodellen zur Erklärung der Wahlabsichten für die einzelnen Wahlen, individuelle Wahlwahrscheinlichkeiten für alle Bundestagsparteien berechnen. Die Durchschnitte für die einzelnen Parteien verwenden wir dann als Voraussagewert für das Wahlergebnis im Aggregat. Dabei wird natürlich vorausgesetzt, dass die Umfragen repräsentativ für die jeweilige Wählerschaft sind. In Grafik 8 sind die Abweichungen dieser Prognosen vom tatsächlichen Zweitstimmenergebnis (Dissimilaritätsindices) dargestellt. Diese Abweichungen schwanken in Westdeutschland um die zehn Prozentpunkte und sie sind interessanterweise seit 1994 eher kleiner

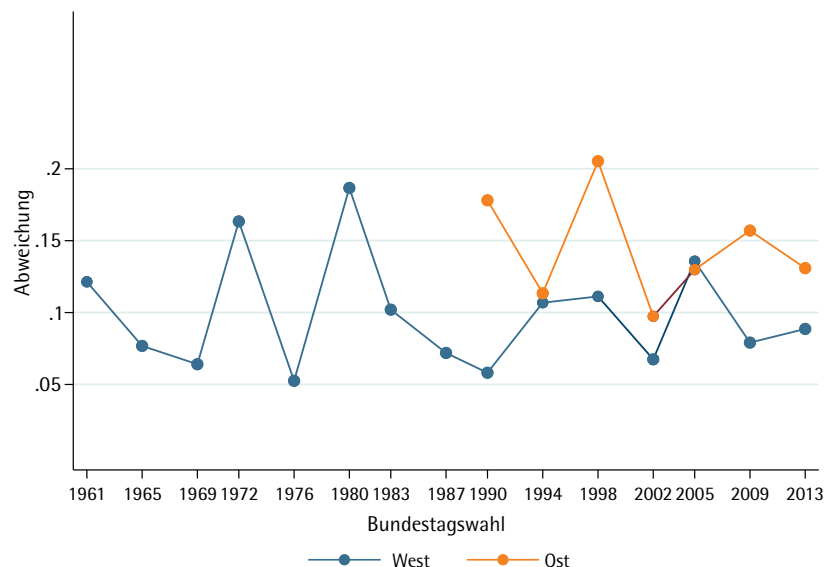
als bei früheren Wahlen. In Ostdeutschland treffen die vorausgesagten Werte die tatsächlichen Ergebnisse durchweg sehr viel weniger gut. Da die Abweichungen bei den Antworten auf die einfache Wahlabsichtsfrage zwischen West- und Ostdeutschland ähnlicher sind (vgl. Grafik 9), ist zu vermuten, dass unser Messmodell die Verhältnisse in Ostdeutschland schlechter abbildet als im Westen. Das könnte zum einen an unserer Entscheidung liegen, nur eine ideologische Dimension aus den Skalometern zu extrahieren, oder zum anderen an der Annahme einer Öffentlichkeit, die in ihren Urteilen über die Partei- und Kandidatavalenzen mehr oder weniger übereinstimmt. Bei der

Besprechung von Grafik 7 haben wir bereits darauf hingewiesen, dass der Valenzwert für die PDS bzw. Die Linke im Osten das Auf und Ab dieser Partei bei den Wahlergebnissen nicht gut abbildet. Deshalb könnte unser Messmodell vielleicht mehr durch die Annahme unterschiedlicher Teilöffentlichkeiten als durch eine Erweiterung der ideologischen Dimensionen verbessert werden. Wir haben die ost- und westdeutsche Wählerschaft als jeweils eigene Öffentlichkeiten behandelt, indem wir alle Parameter separat für Ost- und Westdeutschland berechnet haben. Damit lassen sich aber die größeren Abweichungen von Voraussage und tatsächlichem Wahlergebnis im

Grafik 8 Abweichung zwischen vorausgesagten und tatsächlichen Wahlergebnissen in West- und Ostdeutschland



Grafik 9 Abweichung zwischen Wahlabsichtsanteilen und tatsächlichen Wahlergebnissen in West- und Ostdeutschland



Osten nicht erklären. Wenn wir hier von Teilöffentlichkeiten sprechen, meinen wir Teile der Wählerschaft, die in Kommunikationsumwelten leben, die vom vorherrschenden Meinungsklima abweichen. Das könnte eine eigene Untersuchung wert sein.

Ein ganz einfacher Grund für die schlechteren Wahlprognosen in Ostdeutschland hängt sicher mit der Art des dortigen Parteiensystems zusammen. In Ostdeutschland erreichte die Summe der Stimmenanteile von CDU und SPD wegen der starken PDS bzw. Linken nie die hohen Werte wie in Westdeutschland. Wenn aber die beiden Parteien, die überhaupt aussichtsreiche Kanzlerkandidaten aufstellen, ihre Stimmenführerschaft bei Wahlen nicht überzeugend nachweisen, wird auch die Erklärungskraft unseres Wahlmodells geschwächt, das bei den Politikern nur auf die Kanzlerkandidaten setzt. Eine einfache Modellerweiterung um die Spitzenpolitiker der kleineren Parteien wäre eventuell eine Lösung. Sie würde aber die herausgehobene Stellung von CDU/CSU und SPD als einzig aussichtsreiche Führer einer künftigen Regierungskoalition verfehlen. Diese herausgehobene Stellung hängt von der Stimmenführerschaft bei den Zweitstimmen und von der Fähigkeit ab, Direktmandate zu gewinnen. Dazu kommen dann die politische Profilierung der Kanzlerkandidaten und ihre Reputation beim Wähler. Welche Bedeutung diese beiden Faktoren für den Wahlerfolg ihrer Parteien haben, können wir mit Hilfe von Simulationen auf Basis unseres individuellen Wahlmodells beantworten.

Dazu nehmen wir als Normalfall an, dass die Kanzlerkandidaten dieselbe ideologische Position auf der Links-Rechts-Dimension und denselben Valenzwert wie ihre Partei haben. Prognosen des Wahlergebnisses mit diesen kontrafaktischen Werten vergleichen wir mit Prognosen auf Basis der tatsächlichen Werte. So können wir feststellen, wie viele Prozentpunkte eine Partei einem Kanzlerkandidaten verdankt, der zum Beispiel näher am mittleren Wähler ist als seine Partei und auch noch einen höheren Valenzwert hat. Die Wahlfunktion selbst mit den Effektkoeffizienten für die jeweilige

Wahl bleibt unverändert.

Paradigmatisch seien zwei Wahlen für Westdeutschland herausgegriffen, für die einmal eine ausgeglichene Situation für CDU und SPD und einmal eine günstige Situation für den SPD-Kanzler und eine ungünstige Situation für den CDU-Herausforderer bestand. Der erste Fall war 2009 gegeben: Merkel und Steinbrück wurden beide näher am mittleren Wähler wahrgenommen als ihre Parteien und beide hatten im Vergleich zu ihren Parteien höhere Valenzwerte (siehe Grafiken 4 bis 6). Der zweite Fall war 1980 gegeben: Kanzler Helmut Schmidt war sowohl hinsichtlich der Distanz als auch der Valenz in einer günstigen Position und sein Herausforderer Franz Josef Strauß wurde von allen Kanzlerkandidaten der Union am weitesten rechts eingestuft und auch sein Valenzwert lag weit unter dem seiner Partei. Vergleicht man nun für den ersten Fall die beiden Prognosen – auf Basis der tatsächlichen Werte und auf Basis der kontrafaktischen Werte – verändern sich die Anteile der fünf Parteien erst an der dritten Stelle nach dem Komma. Die Ausgeglichenheit der Vorteile minimiert den Einfluss der Kandidaten auf den Wahlerfolg auf wenige Zehntelprozentpunkte. Dagegen führte die Unausgeglichenheit der Wahlkampf-situation zwischen Schmidt und Strauß doch zu größeren Abweichungen (vgl. Grafik 8 zu den aufsummierten Abweichungen für alle Parteien). CDU/CSU hätten 1980 mit einem Kandidaten, der wenigstens die Parteiwerte erreicht, ein um 2,5 Prozentpunkte besseres Ergebnis erreichen können. Umgekehrt konnte die SPD ein um 2,5 Prozentpunkte besseres Resultat mit den tatsächlichen Schmidt-Werten erzielen als mit einem Normalkandidaten, der nur die Parteiwerte erreicht.

Ein Kanzlerkandidaten-Bonus setzt sich analytisch aus drei Komponenten zusammen: aus der Attraktion der Aufmerksamkeit für eine Partei, die glaubhaft Kanzlerkandidaten aufstellt, aus der Ausstrahlung von Profil und Reputation des Kandidaten auf seine Partei und aus dem direkten Effekt des Kandidaten auf den Wahlerfolg seiner Partei. Nur diesen letzteren Einfluss haben wir hier erfasst. Er scheint in extrem unausgeglichene Situationen

wie 1980 eine größere Wirkung von bis zu 2,5 Prozentpunkten zu erreichen. Im Normalfall einer geringen ideologischen Abweichung zwischen Kandidat und Partei und bescheidenen Differenzen in den Valenzwerten, sind die Abweichungen zwischen den beiden Prognosen äußerst gering. A fortiori wird das dann für die Spitzenkandidaten der kleineren Parteien gelten. Immerhin stehen die Kanzlerkandidaten der beiden großen Parteien mehr im Rampenlicht als die Parteiführer kleinerer Parteien. Den gegenseitigen Einfluss von Partei und Kandidat konnten wir mit unserem Messmodell nicht erfassen, da die Parameter für beide gleichzeitig aus den Wählerbeurteilungen extrahiert wurden. Wenn es für das Ansehen der Partei auf den Eindruck der Geschlossenheit ankommt, den sie dem Wähler vermittelt, weist das über die Bedeutung einzelner Spitzenkandidaten hinaus.

## Schlussfolgerungen

Wir haben mit einem einfachen Messmodell die ideologische Grundstruktur und die Valenzwerte der Parteien und Kanzlerkandidaten über 53 Jahre von 1961 bis 2013 untersucht. Unser Modell hat sich für Westdeutschland sehr gut bewährt und für Ostdeutschland mit Einschränkungen. Das deutsche Parteiensystem ist durch eine stabile Grundstruktur gekennzeichnet, in der sich zwei Blöcke gegenüberstehen: ein rechter konservativer Block unter Unionsführung und ein linker Block unter SPD-Führung. Die Grundstruktur ist allein aus Wählerbeurteilungen der Parteien und Kanzlerkandidaten abgeleitet, ihre inhaltliche Interpretation als ideologisch-politischer Gegensatz liegt nahe, bedarf aber für die einzelnen Wahlen noch einer Bestätigung durch die kontroversen Wahlkampfthemen. Diese Grundstruktur blieb selbst nach Legislaturperioden bestehen, in denen Union und SPD eine große Koalition bildeten. Das dynamische Element des Parteienwettbewerbs wird durch die Parteivalenzen bestimmt, unter denen man wohl in erster Linie Urteile über die Regierungsfähigkeit verstehen kann. Die Kanzlerkandidaten sind demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Bei erfolgreicher Regierungsführung genießen wieder kandidierende Kanzler höchstens nach ihrer ersten Legislaturperiode persönliches Ansehen, das

die Valenzwerte ihrer Partei übertrifft. Die Herausforderer müssen sich damit begnügen, höchstens den Valenzwert ihrer Partei zu erreichen. Schneiden sie schlechter ab als ihre Partei und übertrifft der amtierende Kanzler seine Partei und liegt er auch noch näher am mittleren Wähler, so kann sich dies in einem Plus von etwa zwei Prozentpunkten für die Kanzlerpartei und einem entsprechenden Minus für die Herausforderer-Partei bei den Zweitstimmen auswirken. Kanzlerboni in diesem Umfang waren in der Vergangenheit aber eher selten.

Die Personalisierung des Wahlkampfes in ihrer Wirkung auf das Wählerverhalten wird für das parlamentarische System der Bundesrepublik häufig überschätzt. Zu diesem Ergebnis kam auch Brettschneider (2002) mit einem anderen Untersuchungsansatz: „Die ‚Personalisierung des Wählerverhaltens‘ ist ein Phantom“ (S. 206). Was allerdings weiterer Untersuchungen bedarf, ist das Zusammenwirken von Spitzenpolitikern und Partei, das die Öffentlichkeit von ihrer gemeinsamen Regierungsfähigkeit überzeugt. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 stellt eine Herausforderung für unser einfaches Entfaltungsmittel mit der Annahme einer einzigen ideologischen Dimension und generischen Valenzen dar, über die annahmegemäß ein hohes Maß an Konsens herrscht. 2017 ist der Zweitstimmenanteil von CDU/CSU und SPD gegenüber dem bisherigen Tiefpunkt bei der 2009er Wahl noch einmal um 3,3 Prozentpunkte auf 53,5 Prozent zurückgegangen, was der Erklärungskraft unseres Modells nicht förderlich sein dürfte. Statt die Lösung in der Einführung einer zweiten ideologischen Dimension zu suchen, scheint uns der Weg über die Annahme von Teilöffentlichkeiten bei der Valenzeinschätzung aussichtsreicher zu sein.

## Literatur

- Brettschneider, Frank. 2002. Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Greene, Zachary David and Matthias Haber. 2015. „The consequences of appearing divided: An analysis of party evaluations and vote choice.“ *Electoral Studies* 37:15-27.
- Groseclose, Tim. 2007. „One and a half dimensional‘ preferences and majority rule.“ *Social Choice and Welfare* 28:321-335.
- Gschwend, Thomas and Helmut Norpoth. 2001. „Wenn am nächsten Sonntag...“ Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen.“ In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, eds. Hans-Dieter Klingemann and Max Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gschwend, Thomas and H. Norpoth. 2017. „Machtwechsel in Sicht? Die Vorhersage des Kanzlermodells für die Bundestagswahl 2017.“ *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* 58(3):392-406.
- Norpoth, Helmut. 1979. „Parties come to order! Dimensions of preferential choice in the West German electorate, 1961 - 1976.“ *American Political Science Review* 73(3):724-736.
- Pappi, Franz Urban. 1973. „Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik.“ *Politische Vierteljahresschrift* 14:191-213.
- Shikano, Susumu and Konstantin Käppner. 2016. „Valenz im ideologischen Parteienwettbewerb während des Bundestagswahlkampfes 2013.“ In *Wahlen und Wähler*, eds. Harald Schön and Bernahrd Weßels. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- 1 1961 sollten die Politiker, im Gegensatz zu den Parteien, noch nach der Sympathie beurteilt werden. Bereits 1965 haben Max Kaase und Rudolf Wildenmann (ZA-0556; vgl. Anhang) die Politikerfrage an die Parteienfrage angepasst. 1969 haben Hans-Dieter Klingemann und Franz Urban Pappi (ZA-0426, vgl. Anhang) nur für die Parteien die Skalometerfrage gestellt. Deshalb haben wir einen Ersatzindex aus den Antworten auf die offenen Fragen nach Politikern, die ihrer Aufgabe gewachsen sind, und Politikern, die am sympathischsten sind, gebildet: bei beiden Kriterien genannt = 4 Punkte, nur bei Kompetenz genannt = 3 Punkte, nur bei Sympathie genannt = 2 Punkte, gar nicht genannt = 1 Punkt. Diese Skala wurde dann von 1 bis 4 auf 1 bis 11 linear umskaliert.
- 2 Wir verwenden als Gewicht  $1/n$ , wobei  $n$  für die Zahl der Befragten bei einer Wahlinheit steht, die bei der Wahlabsichtsfrage für die Zweitstimme eine der 3, 4 oder 5 Parteien genannt haben.

/// Franz Urban Pappi  
Franz.Pappi@mzes.uni-mannheim.de

/// Anna-Sophie Kurella  
anna.kurella@mzes.uni-mannheim.de

/// Thomas Bräuninger  
thomas.braeuninger@uni-mannheim.de

doi: 10.15464/isi.60.2018.20-28

## Anhang: Dokumentation der verwendeten Umfragen

Bundestagswahl	GESIS-Datenarchiv-Studiennummer	Monate
1961	ZA0055 (Juli); ZA0056 (September)	Juli, September
1965	ZA0556	
1969	ZA0426	
1972	ZA0635	Erste Welle
1976	ZA0823	Erste Welle
1980	ZA1053	Juli, September
1983	ZA2209	Januar, Februar
1987	ZA1536	November 1986, Dezember 1986, Januar 1987
1990	ZA1920(West); ZA1987(Ost)	Oktober, November (für West und Ost)
1994	ZA2546(West); ZA2559(Ost)	Juli, August, September
1998	ZA3160	Juli, August, September (Woche 36, 37 und 38)
2002	ZA3849(West); ZA3850(Ost)	Für West und Ost: Juli, August, September, Blitzumfrage vor BTW
2005	ZA4259(West); ZA4258 (Ost)	Für West und Ost: Kalenderwoche 29-36
2009	ZA5432(West); ZA5431(Ost)	Für West und Ost: Kalenderwoche 32-38 (August, September)
2013	ZA5677	Kalenderwoche 32-37

# Zufriedenheit mit der Demokratie

Ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016

Seit den Arbeiten von David Easton (1965, 1975; siehe auch Almond und Verba 1963) gilt die politische Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger als eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität eines politischen Systems. Mit manifester (*overt support*) und latenter Unterstützung (*covert support*) unterscheidet Easton (1965, S. 159) zwei Formen der politischen Unterstützung. Bei der manifesten Unterstützung handelt es sich um Handlungen wie das Zahlen von Steuern oder die Wahl eines Kandidaten. Diese sichtbaren Formen der politischen Unterstützung sind nach Easton (1975, S. 436) aber nur der Ausdruck zugrundeliegender Einstellungen zu politischen Objekten, die er als „covert support“ bezeichnet. Die Zufriedenheit mit der Demokratie gilt in der empirischen Sozialforschung als ein zentraler, aber durchaus umstrittener Indikator dieser politischen Unterstützung (Canache et al. 2001; siehe auch Abschnitt 1).

Das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen bietet eine einzigartige Datengrundlage, um erstens die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland im Zeitverlauf zu betrachten und zweitens wichtige (individuelle) Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit zu analysieren. Von 1977 bis 2016 liegen von rund 340.000 Bürgerinnen und Bürgern Angaben zur Zufriedenheit mit der Demokratie vor. In Westdeutschland haben von 1977 bis 2016 an 216 Zeitpunkten knapp 230.000 wahlberechtigte Personen die Frage nach der Demokratiezufriedenheit beantwortet; in Ostdeutschland liegen entsprechende Informationen von 1990 bis 2016 von rund 110.000 Bürgerinnen und Bürgern vor (146 Zeitpunkte). Im Vergleich zu anderen Datenquellen – z.B. dem Eurobarometer, der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und der European Social Sur-

vey (ESS) – bietet das Politbarometer damit die mit Abstand umfangreichste Datengrundlage zur Analyse der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland im Zeitverlauf.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut. Im folgenden Abschnitt wird zunächst das zentrale Merkmal dieses Beitrags – Zufriedenheit mit der Demokratie – näher erläutert, ehe die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland von 1977 bis 2016 auf Grundlage der Daten des Politbarometers beschrieben wird. Ein besonderer Blick gilt dabei den Gemeinsamkeiten und Unterschieden in West- und Ostdeutschland. Daran anknüpfend werden zentrale (individuelle) Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie betrachtet. In einem Fazit werden die zentralen Befunde des Beitrags zusammengefasst.

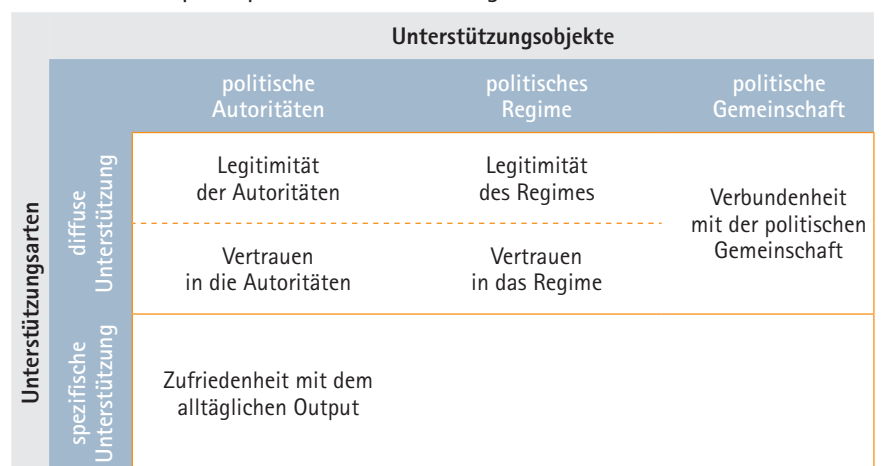
## Was ist Zufriedenheit mit der Demokratie?

Bei der Zufriedenheit mit der Demokratie handelt es sich um eine Einstellung einer Person gegenüber einem politischen Objekt. Mit dem Konzept der politischen Unterstützung hat Easton (1965, 1975) die einflussreichste

Konzeptualisierung von Einstellungen gegenüber politischen Objekten vorgelegt. Wie Grafik 1 zeigt, unterscheidet er mit a) den politischen Autoritäten, b) dem politischen Regime und c) der politischen Gemeinschaft drei Objekte eines politischen Systems. Diese Systematisierung basiert auf der Überlegung, dass die abstrakteren Objekte (z.B. Gemeinschaft) eine andere Form der Unterstützung erfahren als die konkreten Objekte (z.B. Politiker) eines politischen Systems.

Easton differenziert aber nicht nur zwischen den Objekten eines politischen Systems, sondern unterscheidet mit der spezifischen und der diffusen Unterstützung auch zwischen zwei Unterstützungsarten. Bei der spezifischen Unterstützung handelt es sich um eine leistungsabhängige Form der Unterstützung. Bürgerinnen und Bürger gewähren spezifische politische Unterstützung, wenn sie mit den Leistungen der politischen Autoritäten zufrieden sind. Die diffuse Unterstützung ist dagegen von konkreten Leistungen unabhängig. Das Objekt wird nicht unterstützt, weil es bestimmte Leistungen erbringt, sondern „for their own sake“ (Easton 1975, S. 446). Während die spezifische Unterstüt-

Grafik 1 Konzept der politischen Unterstützung



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Easton (1965)

zung im Zeitverlauf damit theoretisch stärkeren Schwankungen unterliegen kann, sollte die diffuse Unterstützung grundlegender für die Systemstabilität und in ihrer Ausprägung stabiler sein (Gabriel 1989).

Wie Grafik 1 zeigt, hat Easton in seiner Konzeptualisierung eine asymmetrische Zuordnung der Unterstützungsarten zu den Unterstützungsobjekten vorgenommen. Während sich die spezifische Unterstützung nur auf die politischen Autoritäten richtet, bezieht sich die diffuse Unterstützung auf alle drei Objekte des politischen Systems. Easton begreift zudem die diffuse Unterstützung als mehrdimensionales Konzept (siehe Grafik 1). Die Komponenten, die die diffuse Unterstützung konstituieren, variieren mit dem Unterstützungsobjekt. Bei der politischen Gemeinschaft bezieht sich die diffuse Unterstützung auf das Gemeinschaftsbewusstsein, die Gruppenidentifikation oder das Wir-Gefühl – kurz: auf die Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft. Mit Blick auf die politischen Autoritäten und das politische Regime teilt er die diffuse Unterstützung in die Kategorien „Vertrauen“ und „Legitimitätsüberzeugungen“ (Easton 1975, S. 447–453).

Die von Easton vorgeschlagene Konzeptualisierung politischer Einstellungen gegenüber verschiedenen Objekten eines politischen Systems erlaubt ein besseres Verständnis für die Stabilität von politischen Systemen. Während für die Stabilität eines politischen Systems ein Minimum an politischer Unterstützung des politischen Regimes unerlässlich ist, räumt Easton bei den politischen Autoritäten ein, dass ein System auch beim Fehlen entsprechender Unterstützung – zumindest zeitweise – überlebensfähig ist (Easton 1965, S. 212). Deshalb bezeichnet Easton (1975, S. 444) diffuse Unterstützung auch als ein „reservoir of favorable attitudes“. Mit anderen Worten: Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit politischer Autoritäten führt nicht unmittelbar zur Krise eines politischen Systems. Erst längere Phasen der Unzufriedenheit haben Auswirkungen auf die Regimeunterstützung und können eine Gefährdung des politischen Systems zur Folge haben.

Die Zufriedenheit der Bürgerinnen

und Bürger mit der Demokratie gilt in der empirischen Sozialforschung zwar als wichtiger Indikator für die Stabilität eines politischen Systems (z.B. Westle und Niedermayer 2009; Sanders et al. 2014; Braun und Tausendpfund 2015). Die Einordnung dieser Einstellung in das Konzept der politischen Unterstützung ist aber durchaus umstritten (für ein Überblick siehe z.B. Allenspach 2012, S. 50). Canache et al. (2001) haben in der Literatur verschiedene Interpretationen des Indikators „Zufriedenheit mit der Demokratie“ identifiziert. Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie wird *erstens* als Indikator für die Unterstützung der politischen Autoritäten, *zweitens* als Indikator für die Regimeunterstützung unabhängig von der Bewertung der aktuellen Amtsinhaber und *drittens* als zusammenfassender Indikator für die Zufriedenheit mit dem existierenden politischen System gedeutet. Bei der dritten Sichtweise bilden die Zufriedenheit mit den politischen Autoritäten und die Zufriedenheit mit dem politischen Regime jeweils eine Teilkomponente der Zufriedenheit mit der Demokratie.

Nach der zweiten Lesart bezieht sich die Zufriedenheit mit der Demokratie nicht etwa auf einen bestimmten Politiker oder eine konkrete Institution, sondern auf die Bewertung des gesamten politischen Systems. Dalton (1999, S. 68) bewertet die Demokratiezufriedenheit deshalb als Regimeunterstützung. Er ordnet diesen Indikator allerdings eher der spezifischen Unterstützung zu, weil er auf die „performance of the system“ abzielt (Dalton 1999, S. 68). Sicherlich beinhaltet eine Antwort auf die explizite Frage nach der *Zufriedenheit* mit der Demokratie auch eine Bewertung ihrer empfundenen Leistungsfähigkeit. Allerdings bezieht sich die Formulierung nicht auf einzelne politische Institutionen oder Autoritäten, sondern auf das komplette politische System. Deshalb wird die Frage nach der Demokratiezufriedenheit auch als Indikator für die diffuse Regimeunterstützung betrachtet (z.B. Braun und Schmitt 2009, S. 71; Braun und Tausendpfund 2015, S. 341). Dabei dürfte der Indikator allerdings eher die „output-orientierte“ Legitimität des politischen Systems (Scharpf 1999; Linde und Ekman 2003, S. 394)

und weniger die grundlegende Akzeptanz eines demokratischen Systems erfassen (siehe auch Fuchs und Roller 2016, S. 408). In diesem Beitrag wird die Zufriedenheit mit der Demokratie als Indikator verstanden, der sich aus spezifischer und diffuser Unterstützung zusammensetzt (ähnlich auch Clarke et al. 1993, S. 1003).

## Zufriedenheit mit der Demokratie von 1977 bis 2016

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie gehört zum festen Frageprogramm des Politbarometers. Die Bürgerinnen und Bürger werden zwar nicht bei jeder Erhebung des Politbarometers zu ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie befragt, aber in jedem Jahr gibt es mehrere Befragungen, die das Item enthalten. Bei der Analyse der Zufriedenheit mit der Demokratie auf Basis der Daten des Politbarometers ist allerdings auf drei Herausforderungen hinzuweisen. Erstens ändert sich im Zeitverlauf die Zahl der Antwortkategorien, zweitens wurde die Frageformulierung angepasst und drittens wechselte die Methode der Datenerhebung von persönlichen Interviews Mitte 1988 zu telefonischer Befragung.

Von 1977 bis 1988 standen den Befragten vier (inhaltliche) Antwortkategorien zur Verfügung: sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden und sehr unzufrieden. Seit 1989 können die Personen nur noch mit „eher zufrieden“ oder „eher unzufrieden“ antworten. Für die Analyse werden die Angaben von 1977 bis 1988 entsprechend in zwei Kategorien (eher/sehr zufrieden und eher/sehr unzufrieden) zusammengefasst. Wie Tabelle 1 zeigt, lassen sich bei der Erfassung der Zufriedenheit mit der Demokratie verschiedene Fragevarianten unterscheiden. Die Variante A ist problematisch, da mit „politischen Parteien“ und „ganzen politischen System“ zwei Stimuli vorliegen. Bei Variante B bezieht sich die Frage explizit auf das „ganze politische System“, bei Variante C fehlt diese Konkretisierung. Bei der Datenaufbereitung wurde geprüft, ob der geänderte Befragungsmodus sowie Frageformulierung und Antwortoptionen erkennbare Effekte auf das Antwortverhalten hatten. Dabei wurden

Tabelle 1 Erfassung der Zufriedenheit mit der Demokratie

Variante	Formulierung	Erhebungsjahr
A	Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, d.h. zu unseren politischen Parteien und zu unserem ganzen politischen System sagen?	1977 bis 1980 1982 bis 1987 1988 (Februar und Juni)
B	Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik, d.h. zu unserem ganzen politischen System sagen?	1981 1988 (September und November) 1989–1992
C	Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen?	1993–2016

keine Auffälligkeiten identifiziert, so dass diese Veränderungen nicht unmittelbar die Datenqualität gefährden.

Die Linien in Grafik 2 zeigen den Anteil der Personen, die bei der jeweiligen Befragung angegeben haben, mit der Demokratie in Deutschland (eher bzw. sehr) zufrieden zu sein. Als zeitliche Orientierungspunkte sind – neben dem ersten (April 1977) und letzten Datenpunkt (Oktober 2016) – jeweils der Datenpunkt der nächsten Bundestagswahl eingetragen. Wie in Grafik 2 erkennbar, waren Ende der 1970er Jahre knapp 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie in Deutschland zufrieden. In der Endphase der sozialliberalen Koalition (1980–1982) ist ein starker Rückgang der Demokratiezufriedenheit festzustellen (zur Koalitionskrise und zum Regierungswechsel 1982 siehe Bohnsack 1983). Von Oktober

1980 bis zum Frühjahr 1982 sinkt die Zufriedenheit mit der Demokratie von 80 auf 55 Prozent. Bereits ab April 1982 – und damit vor dem Regierungswechsel im Herbst 1982 – steigt die Demokratiezufriedenheit wieder an, liegt zum Jahreswechsel 1982/83 bei 70 Prozent und stabilisiert sich in den Folgejahren bei knapp 70 Prozent. Im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie ab Oktober 1989 stabil über 70 Prozent, Ende 1990 sind vier von fünf Befragten mit der Demokratie in Deutschland zufrieden.

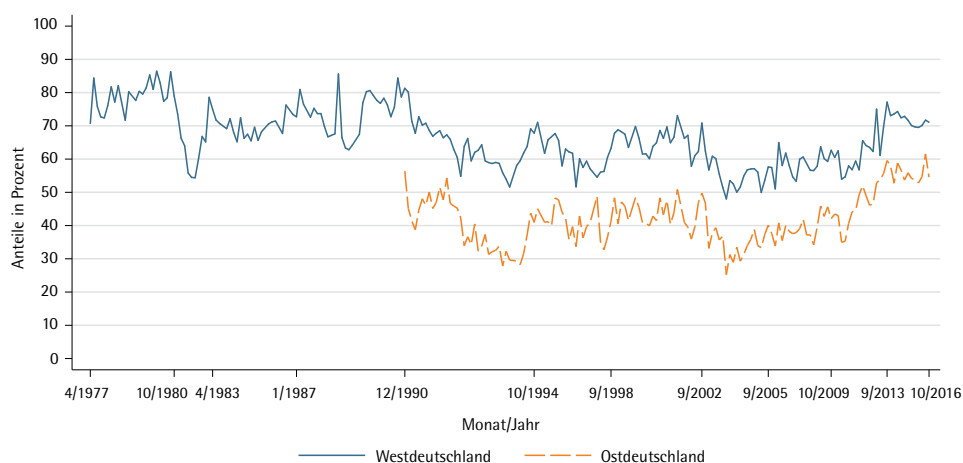
Die ökonomisch und politisch schwierigen Jahre nach der Wiedervereinigung führen ab 1991 allerdings zu einem stetigen Rückgang der Demokratiezufriedenheit (siehe auch Niedermayer 2005, S. 105; Gabriel 2005, S. 495–498). In Westdeutschland sinkt die

Zufriedenheit von Januar 1991 (80 Prozent) bis April 1992 (61 Prozent) um 19 Punkte. In den Folgejahren stabilisiert sich die Demokratiezufriedenheit bei 60 Prozent. Mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 ist zunächst ein leichter Anstieg der Demokratiezufriedenheit festzustellen, ab 2003 ist allerdings ein kontinuierlicher Abwärtstrend zu beobachten. Von Juni 2003 bis Ende 2005 liegt die Zufriedenheit in Westdeutschland unter 60 Prozent. Ab 2006 ist ein langsamer Aufwärtstrend zu beobachten, der aber durch die Finanz- und Eurokrise kurzfristig unterbrochen wird. Ab Mitte 2013 liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie in Westdeutschland bei knapp 70 Prozent.

Die in Grafik 2 dokumentierten Ergebnisse zeigen erhebliche Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie zwischen West- und Ostdeutschland (siehe auch Thaidigsmann 2009, S. 114–117; Holtmann und Jaeck 2015; Fuchs und Roller 2016). Nach einer kurzen Phase der Vereinigungseuphorie liegt die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland von Juni 1992 bis Mitte 1994 lediglich bei 30 Prozent, erst Mitte der 90er Jahre ist ein langsamer Anstieg auf rund 40 Prozent festzustellen. Ende 2002 fällt die Demokratiezufriedenheit wieder auf 30 Prozent, steigt ab September 2005 wieder auf 40 Prozent. Seit 2013 liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie in den ostdeutschen Bundesländern bei über 50 Prozent.

Für die Erklärung der Ost-West-Unterschiede lassen sich mit der Sozialisations- und der Situationshypothese zwei Ansätze unterscheiden (z.B. Neller 2006, S. 64–70; Niedermayer 2005, S. 109). Vertreter der Sozialisationshypothese argumentieren, dass die Niveauunterschiede auf variierende Sozialisationserfahrungen der Menschen in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen zurückgeführt werden können. Danach wurden die Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen politischen Kontexten sozialisiert. Während die Menschen in den westdeutschen Bundes-

Grafik 2 Zufriedenheit mit der Demokratie von 1977 bis 2016



Anmerkungen: Dargestellt ist der Anteil der Befragten, die mit der Demokratie sehr bzw. eher zufrieden sind. Gewichtete Daten (Repräsentativgewicht: Variable Vx56).

Datenbasis: Politbarometer – Gesamtkumulation 1977 bis 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0 (2017), doi:10.4232/1.5100

ländern schon mehrere Jahrzehnte in einem demokratischen System sozialisiert wurden und entsprechend demokratische Werte internalisiert haben, waren die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern mit einer autokratischen politischen Herrschaft konfrontiert. Demzufolge haben die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern keine Sozialisation in einem demokratischen System erlebt und es konnten keine demokratischen Werte und Normen vermittelt werden, so dass sie letztlich auch eine geringere Zufriedenheit mit dem (demokratischen) politischen System äußern als Personen, die in einem demokratischen System sozialisiert wurden (z.B. Braun 2013, S. 86–88).

Anhänger der Situationshypothese verweisen dagegen stärker auf die ungleichen Lebensbedingungen in Ost und West, die eine unterschiedliche Bewertung der Demokratie zur Folge hat. So gibt es auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch große Unterschiede zwischen den „alten“ und den „neuen“ Bundesländern. Die Arbeitslosenquote ist in den ostdeutschen Bundesländern höher als in den westdeutschen Bundesländern, und das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den neuen Bundesländern geringer als in den alten Bundesländern (Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2016). Entsprechend fällt die Zufriedenheit mit der Demokratie in Ostdeutschland geringer aus als in Westdeutschland, weil die Lebenssituation für viele Menschen in Ostdeutschland schlechter ist als in Westdeutschland.

Empirische Befunde deuten darauf hin, dass sich die Ost-West-Unterschiede durch eine Kombination dieser beiden Erklärungsansätze besser erklären lassen als durch die isolierte Sichtweise dieser Perspektiven (z.B. Gabriel und Neller 2000; Gabriel 2005, S. 520; Thaidigsmann 2009, S. 125–131). Für diese Interpretation spricht auch der langsame Rückgang der Ost-West-Unterschiede (ähnlich auch Holtmann und Jaeck 2015, S. 38).<sup>1</sup> In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung lag die Ost-West-Differenz bei etwa 20 Punkten, zwischen 1995 bis 2010 bei etwa 20 Punkten und ab 2010 verringert sie sich

auf etwa 15 Punkte. Die geringen Auswirkungen der Euro- und Finanzkrise hatten in beiden Landesteilen einen positiven Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie (Braun und Tausendpfund 2015, S. 346–350). Dabei fiel der Anstieg in den neuen Bundesländern etwas stärker aus als in den alten Bundesländern.

Die in Grafik 2 präsentierten Zeitreihen für die Zufriedenheit mit der Demokratie in West- und Ostdeutschland zeigen zwar einerseits deutliche Niveauunterschiede in beiden Landesteilen, aber deren Entwicklungen verlaufen andererseits sehr parallel. Trotz unterschiedlichem Niveau reagieren die Menschen in Ost und West offensichtlich sehr ähnlich auf aktuelle Ereignisse und Herausforderungen (Fuchs und Roller 2016, S. 409).

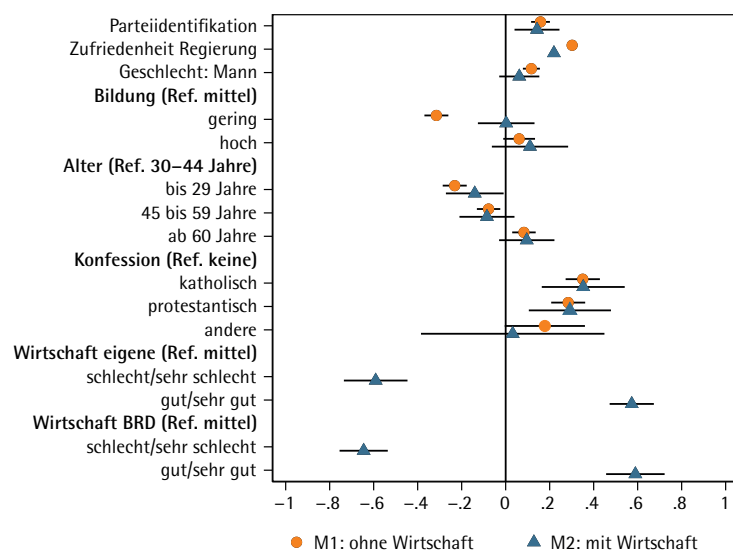
### Individuelle Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist von mehreren Faktoren abhängig (Gabriel 2005, S. 514–520). Dabei gelten die wirtschaftliche Situation (z.B. Clarke

et al. 1993; Quaranta und Martini 2016; Lange 2018), die Zufriedenheit mit der Regierung und die Parteiidentifikation als Indikator für die politische Involvement (z.B. Kern 2017), sowie soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Konfession und Bildung als wichtige Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie (Braun und Tausendpfund 2015; Tausendpfund 2013). Die Gesamtkumulation des Politbarometers enthält allerdings nicht zu allen Zeitpunkten alle Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie. Deshalb werden bei der Analyse zwei Zeiträume unterschieden. In einem ersten Schritt werden die Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland von 1977 bis 1989 analysiert, im zweiten Schritt wird der Zeitraum von 1991 bis 2016 getrennt nach West und Ost betrachtet.

Grafik 3 zeigt die Ergebnisse von zwei logistischen Regressionen in Form eines Koeffizientenplots mit eingezeichneten 95-Prozent-Konfidenzintervallen. Dabei werden die Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie in Westdeutschland von 1977 bis 1989 berücksichtigt. Die Aufnahme

Grafik 3 Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland (1977 bis 1989)



Anmerkungen: Logistische Regressionen. Fallzahl Modell 1: 63.893. Fallzahl Modell 2: 12.445. Der Kreis (M1) bzw. die Dreiecke (M2) zeigen die logistischen Regressionskoeffizienten; der Strich innerhalb des Symbols weist das jeweilige 95-Prozent-Konfidenzintervall aus. Positive Koeffizienten deuten auf einen positiven Effekt des jeweiligen Merkmals auf die Demokratiezufriedenheit hin. Entsprechend deuten negative Koeffizienten auf einen negativen Effekt des Merkmals hin. Neben den ausgewiesenen Merkmalen wurde bei den Regressionen jeweils das Erhebungsjahr als Dummyvariable berücksichtigt.

Datenbasis: Politbarometer – Gesamtkumulation 1977 bis 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.5100. Eigene Berechnungen

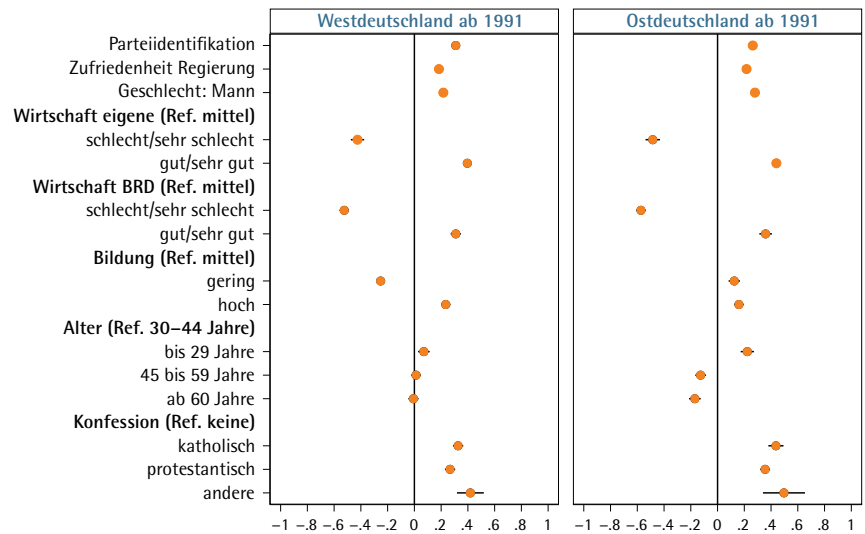


der Bewertung der persönlichen bzw. der landesweiten wirtschaftlichen Lage führt allerdings zu einer erheblichen Verringerung des Datenmaterials. Deshalb wird bei Modell 1 in Grafik 3 auf diese Indikatoren verzichtet; bei Modell 2 in Grafik 3 werden die persönliche und die landesweite Bewertung der wirtschaftlichen Situation berücksichtigt. In beiden Modellen zeigen konfessionsgebundene (männliche) Befragte mit einer Parteiidentifikation, die mit der Arbeit der Regierung zufrieden sind, eine höhere Zufriedenheit mit der Demokratie als konfessionslose (weibliche) Befragte, die sich keiner Partei verbunden fühlen und mit der Arbeit der Regierung nicht zufrieden sind. Starke Effekte auf die Zufriedenheit mit der Demokratie hat die wahrgenommene wirtschaftliche Situation. Eine positive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage bzw. der wirtschaftlichen Lage des Landes korrespondiert mit einer höheren Demokratiezufriedenheit.

In Grafik 4 werden die Ergebnisse von zwei logistischen Regressionen für den Zeitraum 1991 bis 2016 getrennt für West- und Ostdeutschland ausgewiesen. Bei einem Ost-West-Vergleich der Bestimmungsfaktoren zeigen sich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. In beiden Landesteilen sind die Zufriedenheit mit der Wirtschaft (persönlich und landesbezogen), die Zufriedenheit mit der Regierung, die Parteiidentifikation sowie eine christliche Konfession wichtige Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie. Je positiver die eigene Wirtschaftslage und die landesweite wirtschaftliche Situation bewertet werden, desto größer ist die Demokratiezufriedenheit. Männliche Befragte mit einer Parteiidentifikation, einer größeren Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung und einer christlichen Konfession sind mit der Demokratie zufriedener als Frauen, Personen ohne Parteiidentifikation und Konfessionslose.

Beim Bildungsniveau und bei den Altersgruppen sind allerdings Unterschiede auszumachen. In Westdeutschland steigt mit dem Bildungsniveau die Demokratiezufriedenheit an; in Ostdeutschland zeigen Befragte in der mittleren Bildungsgruppe dagegen eine geringere Demokratiezufriedenheit als

**Grafik 4 Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit in Deutschland (ab 1991–2016)**



Anmerkungen: Logistische Regressionen. Fallzahl Westdeutschland: 103.389. Fallzahl Ostdeutschland: 88.778. Die Kreise zeigen die logistischen Regressionskoeffizienten; der Strich innerhalb des Symbols weist das jeweilige 95-Prozent-Konfidenzintervall aus. Positive Koeffizienten deuten auf einen positiven Effekt des jeweiligen Merkmals auf die Demokratiezufriedenheit hin. Entsprechend deuten negative Koeffizienten auf einen negativen Effekt des Merkmals hin. Neben den ausgewiesenen Merkmalen wurde bei den Regressionen jeweils das Erhebungsjahr als Dummyvariable berücksichtigt.

Datenbasis: Politbarometer – Gesamtkumulation 1977 bis 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0 (2017), doi:10.4232/1.5100. Eigene Berechnungen

Personen mit geringer oder hoher Bildung. In Ostdeutschland sind zudem Befragte in den Altersgruppen 45 bis 59 Jahre sowie ab 60 Jahre mit der Demokratie unzufriedener als junge Befragte oder Personen zwischen 30 bis 44 Jahre. Dieser Alterseffekt könnte möglicherweise auf einen Kohorteneffekt zurückgeführt werden. Während die jüngste Altersgruppe in einem demokratischen System sozialisiert wurde, trifft dies für die Altersgruppen ab 45 Jahre nicht zu. In Westdeutschland zeigt die Zugehörigkeit zu diesen Altersgruppen keinen Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie.

**Zusammenfassung**

Die Zufriedenheit mit der Demokratie gilt in der empirischen Sozialforschung – trotz konzeptioneller Unschärfe und variierender Formulierungen im Zeitverlauf – als wichtiger Indikator der politischen Unterstützung. Das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen bietet eine ausgezeichnete Datengrundlage, um die Entwicklung der Zufriedenheit in Deutschland über einen langen Zeitraum zu analysieren. Bei der deskriptiven Betrachtung sind einerseits

deutliche Einbrüche (1980–1982 und 1991–1993), aber andererseits auch anschließende Phasen der Erholung und Konsolidierung zu erkennen. Seit 2006 ist ein langsamer Aufwärtstrend festzustellen, der nur kurzfristig durch die Finanz- und Eurokrise beeinträchtigt wird. Seit Mitte 2013 liegt die Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland bei knapp 70 Prozent, in Ostdeutschland ist jeder Zweite mit der Demokratie zufrieden. Dabei ist in den vergangenen Jahren ein langsamer Rückgang dieser Unterschiede erkennbar.

Trotz der Niveauunterschiede in West- und Ostdeutschland ist es bemerkenswert, dass die Entwicklung in beiden Landesteilen sehr ähnlich verläuft. Offensichtlich reagieren die Menschen in Ost und West in vergleichbarer Weise auf politische Ereignisse. Auch bei einer Betrachtung der Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie überwiegen eindeutig mehr die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede. Eine positivere Bewertung der wirtschaftlichen Situation, die Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung, die Verbundenheit mit einer Partei sowie eine christliche Konfession sind in beiden Landesteilen mit einer positiveren Bewertung der

Demokratie verknüpft. Lediglich bei Alter und Bildung sind unterschiedliche Effekte nachweisbar.

In der Öffentlichkeit wird das Politbarometer als ein Instrument wahrgenommen, um die aktuelle Stimmungslage der (wahlberechtigten) Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland zu erfassen. Diese Sichtweise greift mehr als 40 Jahre nach Etablierung des Politbarometers allerdings zu kurz. Die Häufigkeit und die Kontinuität der Datenerhebung erlauben sowohl die Betrachtung kurzfristiger Trends als auch langfristiger Entwicklungen. Damit ist über die Jahre ein einzigartiger Datensatz entstanden, dessen Wert mit jeder weiteren Datenerhebung noch steigt. Das Politbarometer leistet einen wertvollen Beitrag, um wichtige Aspekte deutscher Politik – wie die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie – analysieren zu können (Kaase 2003) und Rückschlüsse für das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik ziehen zu können. So deuten die Befunde in diesem Beitrag – entgegen der Krisendiagnosen um „Politikverdrossenheit“ und „Vertrauensverlust“ – eindeutig eher auf eine zufriedene als auf eine zerrüttete Beziehung der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie hin.

## Literatur

- Allenspach, Dominik. 2012. *Der Effekt der Systemunterstützung auf die politische Partizipation. Eine vergleichende Analyse westlicher Demokratien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston: Little, Brown and Company.
- Bohnsack, Klaus. 1983. Die Koalitionskrise 1981/82 und der Regierungswechsel 1982. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 14 (1): 5-32.
- Braun, Daniela. 2013. *Politisches Vertrauen in neuen Demokratien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Braun, Daniela, und Hermann Schmitt. 2009. Politische Legitimität. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina und Andrea Römmele, 53-81. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Braun, Daniela, und Markus Tausendpfund. 2015. Wirtschaftskrise und politische Unterstützung im europäischen Vergleich. In *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten*, Hrsg. Heiko Giebler und Aiko Wagner, 333-360. Baden-Baden: Nomos.
- Canache, Damarys, Jeffery J. Mondak, und Mitchell A. Seligson. 2001. Meaning and measurement in cross-national research on satisfaction with democracy. *Public Opinion Quarterly* 65 (4): 506-528.
- Clarke, Harold D., Nitish Dutt, und Allan Kornberg. 1993. The Political Economy of Attitudes toward Polity and Society in Western European Democracies. *Journal of Politics* 55 (4): 998-1021.
- Dalton, Russell J. 1999. Political Support in Advanced Industrial Democracies. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 57-77. New York: Oxford University Press.
- Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5 (4): 435-457.
- Fuchs, Dieter, und Edeltraud Roller. 2016. Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 407-416. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gabriel, Oscar W. 1989. Regierungswechsel und politische Unterstützung. Implikationen des Parteienwettbewerbs für die Struktur politischer Unterstützung in der Demokratie. *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1): 75-93.
- Gabriel, Oscar W. 2005. Politische Einstellungen und politische Kultur. In *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann, 459-522. München: Oldenbourg.
- Gabriel, Oscar W., und Katja Neller. 2000. Stabilität und Wandel politischer Unterstützung im vereinigten Deutschland. In *Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland*, Hrsg. Hartmut Esser, 67-89. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Holtmann, Everhard, und Tobias Jaeck. 2015. Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (33-34): 35-45.
- Kaase, Max. 2003. Das Politbarometer als Instrument wissenschaftlicher und publizistischer Analyse. In *Politbarometer*, Hrsg. Andreas M. Wüst, 145-155. Opladen: Leske+Budrich.
- Kern, Anna. 2017. Identifikation mit politischen Parteien und Demokratiezufriedenheit: Eine Längsschnittanalyse zum Einfluss von Parteiidentifikation in Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 58 (1): 51-76.
- Lange, Hendrik. 2018. *Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD*. Wiesbaden: Springer VS.
- Linde, Jonas, und Joakim Ekman. 2003. Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics. *European Journal of Political Research* 42 (3): 391-408.
- Neller, Katja. 2006. *DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niedermayer, Oskar. 2005. *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Quaranta, Mario, und Sergio Martini. 2016. Does the economy really matter for satisfaction with democracy? Longitudinal and cross-country evidence from the European Union. *Electoral Studies* 42: 164-174.
- Sanders, David, Harold D. Clarke, Marianne Stewart, und Paul Whiteley. 2014. Output-oriented Legitimacy: Individual- and System-level Influences on Democracy Satisfaction. In *Elections and Democracy: Representation and Accountability*, Hrsg. Jacques Thomassen, 153-180. Oxford: Oxford University Press.
- Scharpf, Fritz W. 1999. *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch*. Frankfurt: Campus.
- Statistisches Bundesamt, und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Hrsg. 2016. *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Tausendpfund, Markus. 2013. Gemeinden als Fundament der Demokratie? Individuelle und kontextuelle Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie. In *Die Versprechen der Demokratie. 25. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, Hrsg. Hubertus Buchstein, 269-292. Baden-Baden: Nomos.
- Thaidigsmann, Isabell S. 2009. Aspekte politischer Kultur in Deutschland – Legitimitätsvorstellungen und Legitimitätsurteile: „Politische Ordnung“. In *Politische Kultur. Eine Einführung*, Hrsg. Bettina Westle und Oscar W. Gabriel, 97-137. Baden-Baden: Nomos.
- Westle, Bettina, und Oskar Niedermayer. 2009. Orientierungen gegenüber der Demokratie. In *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*, Hrsg. Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle, 11-29. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

1 Mit Daten des Eurobarometers kommen Fuchs und Roller (2016, S. 410) allerdings zu einer anderen Schlussfolgerung: „25 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es keine Hinweise

darauf, dass sich mit zunehmenden Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Demokratie die Kluft in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen verringert hat.“

Markus Tausendpfund  
Markus.Tausendpfund@fernuni-  
hagen.de

doi: 10.15464/isi.60.2018.29-35

# Parteiendemokratie im Umbruch?

## Eine explorative Untersuchung

### Verdrossenheits-Empirie als Ausgangspunkt

Dieser Beitrag thematisiert den eklatanten Widerspruch zwischen zwei Ansichten unserer politischen Wirklichkeit, denen man in der empirischen Forschung begegnen kann und die sich auch in den öffentlichen Diskursen wiederfinden. Die *erste* der beiden Ansichten präsentiert die politische Wirklichkeit in ausgesprochen negativer Perspektive, wobei schon seit längerer Zeit dem Begriff der „*Verdrossenheit*“ eine herausragende Bedeutung zukommt. Der Begriff bezieht sich auf eine missmutige Einstellung der Bevölkerungsmehrheit zu „den“ politischen Parteien und „den“ Politikern, zu deren Veranschaulichung Sachverhalte wie eine tendenziell sinkende Wahlbeteiligung, eine sinkende Zahl der Parteimitglieder, oder eine schwächelnde Parteiidentifikation herangezogen werden. Die entsprechenden Behauptungen können sich in der Tat auf empirische Belege stützen, an deren Glaubwürdigkeit kaum zu zweifeln ist. Ungeachtet seiner Schlagwortartigkeit konnte der „*Verdrossenheits*“-Begriff deshalb auch in der Demokratieforschung Fuß fassen. Die Fragen, die sich mit ihm verbinden, verknüpfen sich neuerdings mit der Frage nach der *Repräsentationsfähigkeit* der politischen Parteien, die verschiedenen Beobachtungen zufolge rückläufig ist, so dass die Verbindungsstränge zwischen der Bevölkerung und der Politik gefährdet erscheinen.

### Demokratiezufriedenheit als Kontra-Indikator

Die *zweite*, diametral entgegengesetzte Ansicht der politischen Wirklichkeit kann sich auf eine fortgesetzte und stark ausgeprägte Neigung der Bevölkerungsmehrheit zu einer *Zufriedenheit* stützen, die nicht etwa die private Lebenszufriedenheit, sondern ausdrücklich die „*Zufriedenheit mit der Demokratie*“ betrifft, deren Entwicklung sich empirisch insbesondere mit dem POLIT-BAROMETER der Forschungsgruppe Wahlen über nunmehr vier Jahrzehnte hinweg nachverfolgen lässt. Da sich der Beitrag von Tausendpfund in diesem Heft mit dieser Entwicklung bereits ausführlich beschäftigt, kann ich mich auf die zusammenfassende Feststellung beschränken, dass die 1977 beginnende Zeitreihe der Variable „*Demokratiezufriedenheit*“ einen Verlauf aufweist, der von einer über dem EU-Durchschnitt liegenden, also verhältnismäßig hohen, bis ca. 1990 andauernden Ausgangsperiode aus nach zwischenzeitlichen Rücksetzern im Jahr 2005 zügig wiederanzusteigen begann, um etwa seit 2013 den Höchststand der Ausgangsperiode wieder zu erreichen und zu überschreiten.

### Ansätze zur Widerspruchs-Erklärung

Der zusammenfassende Befund lautet dementsprechend in aller Kürze: Demokratieverdrossenheit und Demo-

kratiezufriedenheit – koexistent, widerspruchsgeladen und gleichermaßen empirisch belegbar. Wie lässt sich der Widerspruch nun aber erklären?

Eine erste mögliche Erklärung wäre, dass in beiden Fällen unterschiedliche Teile der Bevölkerung beteiligt sind, aber diese – empirisch leicht überprüfbare – Erklärung trifft nicht zu. Eine zweite mögliche Erklärung wäre, dass es sich bei der mit der Variable „*Demokratiezufriedenheit*“ erfassbaren *Zufriedenheit* um eine resignative, der passiven Hinnahme eines eigentlich unbefriedigenden Zustands ähnelnde Einstellung handelt, aber auch diese Erklärung trifft – ich muss darauf hoffen, dass mir diese Behauptung ohne empirische Belegung abgenommen wird – nicht zu. Eine dritte Erklärung könnte nun allerdings darauf abstellen, dass in den beiden Fällen unterschiedliche Einstellungsobjekte angezielt werden und in der Tat trifft diese Erklärung zu: Die „*Verdrossenheit*“ bezieht sich schwerpunktmäßig auf die politischen Parteien, die „*Demokratiezufriedenheit*“ – wie vorgreifend gesagt werden kann – dagegen nicht, oder jedenfalls nicht in erster Linie (vgl. die im übernächsten Abschnitt nachfolgende Erläuterung). Aber wer oder was kann in einer „*Parteiendemokratie*“, die wir ja dem allgemeinen Verständnis zufolge haben, eigentlich Demokratiezufriedenheit erzeugen, wenn nicht die Parteien? Gibt es womöglich etwas, was diesbezüglich an ihre Stelle getreten ist und ihre „*Repräsentationsschwäche*“ (Frank Decker) kompensiert? Und ist

unsere Demokratie, falls dies zutrifft, dann eigentlich noch eine Parteiendemokratie?

### Maßgebliche Einflussgrößen der Variable Demokratiezufriedenheit: Wahl einer Suchstrategie

Angesichts der Knappheit des verfügbaren Raumes mache ich an dieser Stelle einen Sprung und berichte, dass ich mit der vorstehenden Fragestellung in eine explorative empirische Untersuchung eintrat, die in einer ersten Phase der Suche nach maßgeblichen Einflussgrößen der Variable „Demokratiezufriedenheit“ gewidmet war, wobei ich eine Suchstrategie anwendete, die wahrscheinlich etwas unkonventionell war: Ich benutzte den gesamten Datenbestand des neuesten mir in diesem Augenblick zugänglichen auf Jahresbasis kumulierten Politbarometers – es handelte sich um den Jahrgang 2014 – zu einer umfassenden Korrelationsanalyse, wobei ich mich allerdings nicht an die sehr zahlreichen aus der Matrix entnehmbaren Signifikanzangaben hielt, sondern zur Auffindung „maßgeblicher“ Variablenbeziehungen einen verhältnismäßig hoch liegenden Schwellenwert (Pearson's  $r \geq ,300$ ) festlegte, für den ich selbst aufgrund von Plausibilitätserwägungen entschieden hatte. Tatsächlich war der hierbei erzielbare Komplexitätsreduzierungeffekt enorm: Für das Jahr 2014 ließen sich nur zwei Beziehungen der Variable „Demokratiezufriedenheit“ zu anderen Variablen bzw. Variablenkomplexen auffinden, die diesen Schwellenwert erreichten oder überschritten, so dass sie als „maßgebliche Einflussgrößen“ eingestuft werden konnten.

#### „Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft“ als erste maßgebliche Einflussgröße

Bei der ersten Einflussgröße handelt es sich um die Variable „Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft“ ( $r = ,375$ ). Dass die Ökonomie die „Demokratiezufriedenheit“ der Bevölkerungsmehrheit nachdrücklich beeinflusst, wird nur dann Verwunderung erregen, wenn dieser Zufriedenheitsbegriff streng politikwissenschaftlich interpretiert wird.

Angesichts der völligen Offenheit, mit welcher der Begriff im Fragebogen des Politbarometers formuliert ist, unterlagen die Befragungsteilnehmer allerdings keinem Zwang zur Entwicklung eines streng politikwissenschaftlichen Begriffsverständnisses. Sie konnten den Begriff vielmehr in eben derjenigen atmosphärischen Unbestimmtheit verstehen, wie sie ihn vermutlich selbst im alltäglichen Umgang verwenden, d.h. als eine Bezeichnung für das politisch organisierte gesellschaftliche Lebenssystem im Ganzen. So verstanden verliert das in der Bevölkerungsmehrheit offenbar gängige Zusammendenken von Ökonomie und Demokratiezufriedenheit aber jeglichen Überraschungscharakter. „It's the economy, stupid“ – dieser zeitgeistträchtige Satz scheint für das Verständnis der hervorgehobenen Stellung der betreffenden Variablenbeziehung auszureichen. Ich möchte deshalb im gegenwärtigen Augenblick keine weiteren Worte hierüber verlieren, sondern mich der zweiten „maßgeblichen Einflussgröße“ zuwenden, die nun allerdings doch sehr erhebliche Überraschungen mit sich bringt:

#### „Beurteilung der Bundesregierung“ als zweite maßgebliche Einflussgröße

Dass die Bundesregierung als maßgebliche Einflussgröße der Demokratiezufriedenheit auftritt, scheint – jedenfalls auf den ersten Blick und bei spontaner Stellungnahme – ein sehr erhebliches Interpretationsproblem aufzuwerfen. Es scheint die Frage nahezuliegen, ob sich darin eine Verdrängung der Parteidemokratie durch die Exekutive – oder zurückhaltender ausgedrückt: die Substitution ehemals von den politischen Parteien ausgeübter Funktionen durch Leistungen der Exekutive – dokumentiert. Auf dem Hintergrund der Ergebnisse der Verdrossenheits-Empirie liegt es nahe, hierbei – zumindest auch – an Ersatzleistungen im Bereich der den Parteien offenbar entgleitenden Repräsentationsfunktion zu denken.

Allerdings liegt es auch weiterhin nahe, mit der Gegenfrage zu kontern, wie denn ausgerechnet ein in maximaler Entfernung von den Menschen operierendes Verfassungsorgan in der

Lage sein kann, die politischen Parteien zu ersetzen, die doch – um der Erfüllung eben dieser Repräsentationsfunktion willen – stets anstreben, Organisationen mit maximaler gesellschaftlicher Bodenhaftung und intensivem Tuchfühlungsangebot zu sein, die aber trotz günstiger Ausgangsbedingungen gerade in dieser Hinsicht ihre „Repräsentationsschwäche“ entwickelten? Hieße dies nicht zwangsläufig, den „Bock zum Gärtner“ zu machen? Muss einer relativ „abgehobenen“ Bundesregierung nicht zwangsläufig diejenige mit zwischenmenschlicher Nähe durchtränkte, bis in tiefe Sozialisierungsschichten hineinreichende existenzielle, personale und thematische Verknüpfung mit der Gesellschaft abgehen, welche die Parteienforschung seit der Entwicklung des „Ann Arbor-Modells“ in den 50er Jahren den politischen Parteien zuschreiben zu können glaubte?

Bezüglich der Weiterverfolgung dieser Fragen empfiehlt sich allerdings große Vorsicht angesichts der Tatsache, dass sich bei der Benennung der Einflussgröße „Beurteilung der Bundesregierung“ um eine Sammelbezeichnung handelt, zu der – angesichts der zwischen ihnen bestehenden engmaschigen Beziehungen – verschiedene Einzelvariablen des Fragebogens des kumulierten „Politbarometers“ 2014 zusammenzufassen waren. Es handelt sich – unter Verwendung der Kurzbezeichnungen in der betreffenden Rohdatenmatrix – um die folgenden Einzelgrößen:

- Skalometer [der Zufriedenheit mit der Leistung der] Regierung“ ( $r = ,363$ );
- „Arbeit der Regierung gut“ ( $r = ,333$ );
- „Skalometer [der Zufriedenheit mit den Leistungen der] CDU/CSU in der Regierung“ ( $r = ,311$ );
- „Skalometer [der Zufriedenheit mit den Leistungen der] SPD in der Regierung“ ( $r = ,261$ );
- „Skalometer [der Zufriedenheit mit] A. Merkel ( $r = ,313$ ).

Die zwischen diesen Einzelvariablen bestehenden Beziehungen, die ihre Zusammenfassung zu einer übergreifenden Einflussgröße rechtfertigen, stellen sich – unter Nutzung von Daten der übergreifenden Korrelationsmatrix des kumulierten Politbarometers 2014 – in Tabelle 1 dar.

Tabelle 1 Korrelationen ausgewählter Variablen 2014

	Skalometer Regierung	Arbeit Regierung gut	Skalometer CDU/CSU	Skalometer SPD	Skalometer A. Merkel
Skalometer Regierung		r= ,585	r= ,768	r= ,686	r= ,640
Arbeit Regierung gut			r= ,517	r= ,451	r= -,533
Skalometer CDU/CSU				r= ,499	r= ,683
Skalometer SPD					r= ,413

Datenbasis: Politbarometer 2014 (kumulierter Datensatz, ZA5999), doi:10.4232/1.12372

Wie sich zeigt, bestehen zwischen allen abgebildeten Größen sehr hohe Korrelationen, die in der Tat auf enge Beziehungen zwischen ihnen schließen lassen. Der hieraus ableitbare hauptsächliche – und höchst bedeutsame – Befund ist, dass sich – in den Augen der Befragungsteilnehmer/innen – im Zeitpunkt der Erhebung in der Bundesregierung eine sehr enge und offenbar auch überwiegend harmonische Verbindung zwischen der Wahrnehmung von Exekutivfunktionen und der Verfolgung parteipolitischer Interessen und -zielsetzungen fand, die sich positiv auf ihre Demokratiezufriedenheit, bzw. auf die Demokratiezufriedenheit der Bevölkerungsmehrheit auswirkte.

Ein noch direkterer Blick auf die parteipolitischen Aspekte der Auswirkung der Regierungsbeurteilung auf die Demokratiezufriedenheit wird durch einen Vergleich der ebenfalls aus der Korrelationsmatrix 2014 ablesbaren Skalometer-Bewertungen von Regierungsmitgliedern ermöglicht. (Vgl. hierzu im ANHANG den Matrixauszug „Korrelationen Skalometer Politiker/innen Bundesregierung 2014“). Es zeigt sich hier mit überraschender Eindeutigkeit, dass die Bewertungen von Mitgliedern mit übereinstimmender Parteimitgliedschaft durchgehend sehr deutlich höher miteinander korreliert sind als die Bewertungen von Regierungsmitgliedern mit divergierender Parteimitgliedschaft. Die Teilnehmer der Befragung „sortieren“ die Regierungsmitglieder also unter offensichtlich sehr starker Berücksichtigung ihrer Partei-

enzugehörigkeit – eine Tatsache, bei deren Interpretation guten Gewissens die Annahme zugrunde gelegt werden kann, dass hierbei die eigene Parteineigung der Befragungsteilnehmer den Ausschlag gibt. Anders ausgedrückt wird die Leistung der Regierungsmitglieder umso positiver eingeschätzt, je mehr diese dem traditionellen Bedürfnis nach den „eigenen Leuten in der Politik“ entsprechen. Von daher gesehen lässt sich der Schluss ziehen, dass die – in der Regel aus dem Bundestag heraus berufenen und somit parteipolitisch gebundenen Mitglieder der Bundesregierung die „Repräsentationsschwäche“ ihrer Parteien offenbar tatsächlich – ungeachtet ihrer großen institutionellen und physischen Entfernung von den Menschen – in einem mehr oder weniger großen Ausmaß zu kompensieren vermögen.

### Die Bundesregierung als Zufriedenheits-Generator – ein vorläufiges Zwischen- Resümee

Angesichts der Stärke der positiven Bewertungen, die Regierungsmitgliedern seitens der Anhänger der von ihnen repräsentierten Parteien zuteil werden, kann die Feststellung, dass das vorstehende Ergebnis der „Verdrossenheits“- Diagnose zuwiderläuft, fast schon im Nebensatz hinzugefügt werden. Zwar besteht die Datenkonstellation, die zu dieser Diagnose geführt hatte, nach wie vor. Das vorstehende Ergebnis nimmt dieser Diagnose aber sehr weitgehend die ihr verschiedentlich

noch immer zugesprochene Bedeutung: Das Verdrossenheits-Syndrom liefert ganz offensichtlich keinen belastbaren Hinweis auf eine „Krise der Demokratie“. Es kann eher als ein Hinweis darauf interpretiert werden, dass ein in Gang befindlicher Umbruch der Parteidemokratie, konzeptionell und in der öffentlichen Wahrnehmung noch nicht ausreichend „angekommen“ ist.

Dass relativ wenige Personen an der Spitze der Exekutive die ehemals breit angelegten Massenparteien zukommende Aufgabe übernehmen können, die Interessen, Erwartungen und Bedürfnisse von Wählern zu repräsentieren und dadurch Demokratiezufriedenheit zu erzeugen, setzt voraus – um dieses zentrale Ergebnis der vorstehenden Analyse zu verdeutlichen – dass die Bundesregierung für die Bevölkerung *nicht ausschließlich ein „reines“ Exekutivorgan* ist, sondern vielmehr – in ihren Augen – eine Plattform darstellt, auf der sich exekutive und parteipolitische Zielsetzungen und Aktivitäten auf produktive Weise begegnen und gegenseitig durchdringen können. Naturgemäß ergibt sich hierbei zwar eine gewisse Verwischung der Trennung zwischen Exekutive und Legislative, d.h. ein Bedeutungsverlust der „Gewaltenteilung“, die sich aber ohnehin auf dem Rückzug befindet. In wieweit sich damit ein Verlust an Demokratiequalität verbindet, ist eine Thematik für sich, die hier ausgeklammert bleiben soll. Aktuell erörterungswürdig erscheint dagegen die Frage, in wieweit sich mit der aus den Daten ablesbaren Situation eine „*Personalisierung*“ der Politik verbindet, die verschiedenen gegenwärtigen Äußerungen zufolge eine Zeitlang als ein im Gang befindlicher Trend angesehen wurde, inzwischen aber angeblich nicht mehr als aktuelles Thema gelten kann. Ich denke demgegenüber, dass die vorstehenden Ergebnisse eine Weiterbehandlung dieses Themas nahelegen. Zwar wäre es sicherlich verfehlt, das Auftreten einflussreicher Einzelpersonen als Spitzenvertreter von Wählerinteressen als ein Novum betrachten zu wollen. Die entscheidende Veränderung besteht aber darin, dass die betreffenden Personen früher die hinter ihnen stehenden Bevölkerungsteile nicht nur zu „*vertreten*“, sondern vielmehr auch zu

„verkörpern“ hatten. Ein Arbeiterführer, der ins Parlament und ggf. auch in eine Regierungsposition gelangte, hatte aus dem Arbeitermilieu zu stammen, um glaubwürdig zu sein. Wie der Blick auf die Biographien der Mitglieder der Bundesregierung – nebenbei bemerkt aber auch der Mitglieder des Bundestages, der Landesregierungen und der Landtage – lehrt, hat sich hier etwas Grundsätzliches geändert. Dass zwischen den individual- und Sozialbiographien der Repräsentanten und der Repräsentierten grundsätzlich keine Kongruenz mehr zu bestehen braucht, eröffnet hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den beiden Seiten Spielräume, die zwar neue Probleme, jedoch auch neue Möglichkeiten mit sich bringen. So können die ersteren gegenüber den letzteren innovativ werden und mit Ideen werben, deren Übernahme keine biographischen Vorbedingungen mehr erfordert. Dem politischen Spitzenpersonal wachsen dadurch neuartige Gestaltungs-, Entscheidungs- und Selbstdarstellungschancen zu – eine Entwicklung, die sich durchaus als „Personalisierung“ kennzeichnen lässt!

Es sei weiterhin angemerkt, dass die Tatsache, dass relativ wenige Regierungsmitglieder, zu denen noch eine Anzahl prominenter Politiker/innen auf Bundes- und Landesebene hinzugerechnet werden können, in der Lage sind, die früher von aufwendig organisierten Massenparteien ausgeübten Funktionen der mentalen Einbindung breiter Teile der Gesamtgesellschaft zu übernehmen, natürlich nicht ohne die *Hilfestellung der Medien, wie auch der Social Media* denkbar ist. Diese lassen es möglich werden, dass zwischen Menschen, die sich auf verschiedenen Ebenen des Gesellschaftsaufbaus und möglicherweise in großer räumlicher Entfernung befinden, ein Verhältnis „virtueller Nähe“ besteht, das selbst da, wo es einseitig ist (die Gesellschaftsmitglieder sind ja – jedenfalls bei dem durch die Massenmedien hergestellten Verhältnis – nicht „Sender“, sondern ausschließlich „Empfänger“) tiefreichende und vielfältig handlungsbeeinflussende mentale Wirkungen zu erzeugen vermag. Es handelt sich hierbei um Gegebenheiten, die zwar schon vielfach bemerkt und beschrieben worden sind, die aber

noch immer vor allem von ihrer –zweifellos bestehenden – Problemseite her reflektiert werden. Dass es hierbei um Sachverhalte geht, die inzwischen zu den grundlegenden „institutionellen“ und „strukturellen“ Gegebenheiten moderner Gesellschaftssysteme hinzu zu rechnen sind, ist offenbar noch immer nicht ausreichend im öffentlichen Bewusstsein präsent.

### Die Kanzlerin als „Joker“

Das sich abzeichnende neuartige Bild politischer „Repräsentation“ weist allerdings – bis hierher betrachtet – Grenzen und Leerstellen auf, die zwar nicht gänzlich neuartig sind, nichtsdestoweniger aber kritische Fragen aufwerfen. Was keinesfalls zufriedenstellen kann, ist die Tatsache, dass Gesellschaftsmitglieder an der Chance, über Regierungsmitglieder als Vertreter ihrer eigenen Interessen verfügen zu können – *insoweit betrachtet* – nur unter der Bedingung partizipieren, dass Repräsentanten „ihrer“ Parteien an der Regierung beteiligt sind. Geht man von den vorstehend zugrunde gelegten Daten des Jahres 2014 (d.h. faktisch aber auch: von den Daten der Jahre 2005 – 2017) aus, dann würde dies bedeuten, dass – unter Zugrundelegung der bisherigen Regierungszusammensetzung – nur die überwiegend in der eher konservativ-liberal eingestellten gesellschaftlichen „Mitte“ angesiedelten Anhänger der CDU und der SPD und als „Trittbrettfahrer“ die Wähler der FDP damit rechnen könnten, für die Repräsentationsschwäche der Parteien durch ein einflussreiches Repräsentationspotenzial in der Regierung entschädigt zu werden. Insbesondere die von diesen Parteien weniger berücksichtigten, zur Linkspartei tendierenden Unterschichtangehörigen und die eher progressiv eingestellten Anhänger der Grünen müssten sich demgegenüber „abgehängt“ fühlen. Auch bei einer anderen denkbaren Regierungszusammensetzung würde ein so oder so beschaffener Rest von „Abgehängten“ hingenommen werden müssen

Dem lässt sich nun allerdings die Behauptung entgegenstellen, dass insbesondere *die Kanzlerin* nicht ohne weiteres auf die Position „ihrer“ eigenen Partei festzulegen ist, sondern – aus der

Perspektive der Befragten betrachtet! – gewillt und in der Lage ist, sich unter Nutzung der ihr verfügbaren Informationen für die Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Interessen einzusetzen, auch wenn sie der Wählerschaft anderer Parteien zuzurechnen sind. Die Kanzlerin bietet sich somit – wie die Daten erkennen lassen, in deutlich stärkerem Maße als vorausgehende Kanzler! – als derjenige „Joker“ an, der im politischen Spiel zur Geltung gelangen könnte, um das herkömmliche Konstruktionsdefizit der repräsentativen Parteiendemokratie zu übertrumpfen und –zumindest partiell – zu kompensieren (wobei ihr der mögliche Hintergedanke, in der Wählerschaft anderer Parteien zu „wildern“, konzediert werden muss).

Beim Blick auf die Daten kommt die diesbezügliche Sonderstellung der Kanzlerin A. Merkel – deutlich höher als bei den vorhergehenden Kanzlern H. Kohl und G. Schröder – u.a. darin zum Ausdruck, dass in einer die Variable „Demokratiezufriedenheit“ als abhängige Variable zugrunde legenden Regressionsanalyse der Daten des kumulierten Politbarometers 2016, (d.h. also auf dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“!) der Variable „Skalometer der Zufriedenheit mit A. Merkel“ mit dem Beta-Wert  $-16,7$  gegenüber allen in der Analyse erfassten auf Parteien bezogenen Größen, wie auch gegenüber den Skalometerwerten derjenigen Regierungsmitglieder, die als hauptsächliche Konkurrenten infrage kämen (S. Gabriel, Th. De Maiziere, W. Schäuble) eine haushoch überlegene Position zukommt, die sie in eine Reihe mit den beiden anderen Spitzenvariablen „Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft“ (Beta =  $,27,7$ ) und „Arbeit der Regierung gut“ (Beta =  $,16,3$ ) stellt.

Dass sich in diesem Ergebnis eine ungewöhnliche, keiner anderen prominenten Person im politischen Raum zukommende „Machtoption“ versteckt, wird bereits darin deutlich, dass A. Merkel im Politbarometer desselben Jahres bei der Frage nach der ihr zugemessenen Wichtigkeit eine Bejahungsquote von  $82,1\%$  zuteil wird, die sich – wiederum im Unterschied zu den beiden vorhergehenden Bundeskanzlern – gegenüber den von allen anderen angefragten Personen erzielten Werten in einer

einsamen Spitzenposition bewegt.

Die hierin zur Geltung gelangende Hintergrundsbedeutung kommt noch klarer zum Vorschein, wenn man untersucht, wie die Frage „Arbeit von A. Merkel gut“ von den Sympathisanten (und potentiellen Wählern) der verschiedenen Parteien bei der bekannten „Sonntagsfrage“ beantwortet wird. Das von dem kumulierten Politbarometer 2016 gelieferte Ergebnis ist – auch in Anbetracht der vorangegangenen „Flüchtlingskrise“ und des nachfolgendem Debakels der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 2017 – geradezu ein „Kracher“: Zwar ist die Zustimmungquote bei den Sympathisanten der CDU/CSU mit 90,8% erwartungsgemäß am höchsten. Sie liegt jedoch bei den Sympathisanten der SPD immerhin bei 76,3%, bei denen der Linken bei 60,5%, bei denen der Grünen bei 81,0% und bei denen der FDP bei 68,1%. Mit anderen

Worten könnte A. Merkel, wenn sie sich nach dem Vorbild von E. Macron als unabhängige Kandidatin zur Wahl stellen würde, mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit zumindest eine absolute Mehrheit erwarten, während die CDU/CSU das bei der Bundestagswahl 2017 erzielte „schlechteste Ergebnis seit 1949“ wahrscheinlich nochmals sehr deutlich unterbieten würde.

Dies ist natürlich zunächst nur eine Hypothese. Dass sie nicht aus der Luft gegriffen ist, lässt sich jedoch auch daran ablesen, dass auf die beim Politbarometer 2014 gestellte Frage nach dem Grund für die Erfolge der CDU bei Umfragen 81,4% der Befragten antworteten: „liegt an Angela Merkel“, während die Alternativkategorie „liegt an politischen Inhalten“ nur von 18,6 der Befragten bejaht wurde. Die *Schlussfolgerung* liegt nahe: Der „Joker“ A. Merkel würde stechen. Wenn sie wollte,

könnte A. Merkel mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit auf „personaler“ Grundlage regieren und damit die oben angemerkten Grenzen und Leerstellen der repräsentativen Parteiendemokratie überwinden. Die Systembezeichnung selbst würde bei alledem nicht geändert werden müssen, denn der parlamentarische Parteienunterbau der Regierung würde erhalten bleiben. Es könnte nicht einmal ausgeschlossen werden, dass eine von A. Merkel selbst geschaffene neue Parteibasis eines Tages von ihr wegführende eigene Wege einschlägt – es sei denn, A. Merkel orientiert sich am Vorbild Erdogans, was allerdings aus den allerverschiedensten Gründen eine eher unrealistische Perspektive ist.

Helmut Klages  
klages@uni-speyer.de

doi: 10.15464/isi.60.2018.35-39

Tabellenanhang Korrelationen der Skalometerwerte von Politiker/innen 2014

		Skalometer: S. Gabriel	Skalometer: U. von der Leyen	Skalometer: Th. de Maiziere	Skalometer: A. Merkel	Skalometer: A. Nahles	Skalometer: W. Schäuble	Skalometer: H. Seehofer	Skalometer: W. Steinmeier
Skalometer: S. Gabriel	Pearson-Korrelation	1	,345**	,367**	,327**	,543**	,362**	,206**	,548**
	Sig. (2-seitig)		,000	,000	,000	,000	,000	,000	,000
	N	28255	27911	18596	28192	22492	27872	27534	27259
Skalometer: U. von der Leyen	Pearson-Korrelation	,345**	1	,460**	,525**	,292**	,481**	,387**	,341**
	Sig. (2-seitig)	,000		,000	,000	,000	,000	,000	,000
	N	27911	29240	18891	29178	22637	28671	28229	27753
Skalometer: Th. de Maiziere	Pearson-Korrelation	,367**	,460**	1	,502**	,280**	,505**	,408**	,374**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000		,000	,000	,000	,000	,000
	N	18596	18891	19069	19036	16333	18899	18696	18493
Skalometer: A. Merkel	Pearson-Korrelation	,327**	,525**	,502**	1	,243**	,612**	,455**	,368**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000		,000	,000	,000	,000
	N	28192	29178	19036	29899	22780	29071	28549	28067
Skalometer: A. Nahles	Pearson-Korrelation	,543**	,292**	,280**	,243**	1	,239**	,193**	,378**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000	,000		,000	,000	,000
	N	22492	22637	16333	22780	22816	22633	22459	22374
Skalometer: W. Schäuble	Pearson-Korrelation	,362**	,481**	,505**	,612**	,239**	1	,410**	,420**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000	,000	,000		,000	,000
	N	27872	28671	18899	29071	22633	29135	28208	27749
Skalometer: H. Seehofer	Pearson-Korrelation	,206**	,387**	,408**	,455**	,193**	,410**	1	,142**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000	,000	,000	,000		,000
	N	27534	28229	18696	28549	22459	28208	28603	27387
Skalometer: W. Steinmeier	Pearson-Korrelation	,548**	,341**	,374**	,368**	,378**	,420**	,142**	1
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000	,000	,000	,000	,000	
	N	27259	27753	18493	28067	22374	27749	27387	28129

\*\* Korrelation ist bei Niveau 0,01 signifikant (zweiseitig)

Datenbasis: Politbarometer 2014 (kumulierter Datensatz, ZA5999), doi:10.4232/1.12372

---

#### Herausgeber

GESIS –  
Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften  
Wissenstransfer | Publikationen  
Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim

#### Redaktion

Dr. Philip Jost Janßen  
Dr. Stefan Weick  
  
Telefon 0621 / 12 46-0  
www.gesis.org/isi

#### Gestaltung

Bettina Zacharias  
  
GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft  
ISSN 0935-218X (Print)  
ISSN 2199-9082 (Online)

---

## Politbarometer (1977 – 2016)



Die Politbarometer werden seit 1977 etwa monatlich von der Forschungsgruppe Wahlen für das Zweite Deutsche Fernsehen durchgeführt. Seit 1990 steht diese Datenbasis auch für die neuen Bundesländer zur Verfügung

Mit der Untersuchung von Meinungen und Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung in der Bundesrepublik zu aktuellen Ereignissen, Parteien und Politikern stellen die Politbarometer ein wichtiges Instrument der politischen Meinungs- und Einstellungsforschung dar.

Die monatlichen Einzelumfragen eines Jahres werden von GESIS in einen kumulierten Datensatz integriert, nach internationalem Standard dokumentiert und archiviert.

Die Daten und Dokumente der Jahreskumulationen von 1977 bis 2016 werden von GESIS online über ZACAT und den Datenbestandskatalog für die sekundäranalytische Forschung zur Verfügung gestellt.

Neben den Jahreskumulationen, die alle Erhebungen eines Jahres und alle Variablen des jeweiligen Jahrgangs umfassen, steht für das Befragungsgebiet West (alte Bundesländer) eine partielle Kumulation mit 81 ausgewählten Variablen für den Zeitraum 1977 bis 2016 zur Verfügung. Darüber hinaus ist jetzt auch eine Gesamtkumulation erhältlich, die sowohl für Ost- als auch Westdeutschland für die Zeit von 1977 bis 2016 alle Variablen enthält, die öfter als einmal erhoben wurden. Die Studie steht unter der Nummer ZA5100 zum Download bereit.

Weitere Informationen im Internet:

- <https://www.gesis.org/wahlen/politbarometer>
- <https://www.gesis.org/wahlen/politbarometer/aktuelle-zeitreihe>
- <https://dbk.gesis.org/dbksearch/SDesc.asp?nf=1&search=Politbarometer&field=all&DB=D&sort=MA+DESC&maxRec=100&tproduct=on&till=10&tab=0&>